

# **MEMO-FORUM**

**Zirkular  
der  
» Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik «**

## **Nr. 17**

**mit dem Schwerpunktthema  
Von der Mitbestimmung  
zur Wirtschaftsdemokratie –  
Ökologisierung und Demokratisierung  
der Unternehmensverfassung**

**Bremen, Mai 1991**

Bereits am 19. März 1991 hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf einer gutbesuchten Pressekonferenz in Bonn die Kurzfassung des MEMORANDUM '91 zusammen mit einem vierseitigen Ergänzungspapier vorgelegt. Seit Ende April liegt die gesamte Buchausgabe des MEMORANDUM '91 vor und ist allen UnterzeichnerInnen und UnterstützerInnen kostenlos zugegangen.

Das MEMORANDUM '91 ist unter dem Titel "Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland" beim PapyRossa Verlag, Köln, zum Preis von DM 24,- erschienen. Über unsere Kontaktanschrift kann das MEMORANDUM '91 gegen Vorkasse (bar, Scheck oder Briefmarken) zum Sonderpreis von DM 17,- (incl. Porto) bezogen werden.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren sind für unsere Sommerschule noch einige Plätze frei. Die Sommerschule findet vom 23. bis 27. September 1991 in der Nähe von Göttingen statt. Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt DM 200,- bzw. DM 100,-. InteressentInnen können näheres ebenfalls über unsere Kontaktanschrift erfahren.

Die nächste Ausgabe des MEMO-FORUM ist für den kommenden Sommer geplant. Themenschwerpunkt wird die soziale Lage und Sozialpolitik in den neuen Bundesländern sein.

---

**Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik**  
**Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33**

Redaktion: Axel Troost

Preis: Einzelheft (auch im Abonnement) jeweils DM 4,-  
ab 10 Exemplare DM 3,-

Bankverbindungen: Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg  
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr.: 1000 11 – 203  
für Daueraufträge zur Finanzierung der Mitarbeiterstelle:  
Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg  
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr.: 2184 74 – 201

ISSN: 0176-5833

## **Inhalt**

Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung – Plädoyer für eine Gesetzesinitiative <i>Eckhard Stratmann-Mertens</i>	2
Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie – Überlegungen zur Mitbestimmungsdebatte anlässlich eines Gesetzentwurfes der "Grünen" <i>Jan Prieue</i>	24
Mitbestimmung für den Produktionsfaktor Natur <i>Horst Hochgreve</i>	45
Altlasten – die kontaminierte Umwelt als Herausforderung für die Industriepolitik <i>Dr. Günther Bachmann</i>	58
Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR Soziale Konstruktion und individuelle Bewältigung <i>Thomas Kieselbach</i>	70
Die Eingliederung der neuen Bundesländer in die Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft <i>Gabriele Werner</i>	82
Gewinnentstehung im Aufschwung Ein Vergleich zwischen 1975 – 1979 und 1983 – 1989 <i>Charles C. Roberts</i>	86

*Eckhard Stratmann-Mertens*

## **Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung – Plädoyer für eine Gesetzesinitiative**

### **I. Politischer Kontext des GRÜNEN Gesetzentwurfes**

Das Jahr 1988 war nicht nur ein Jahr ungeahnt heftiger sozialer Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Stahlstandortes Krupp-Rheinhausen. In diesem und im Folgejahr 1989 gab es auch einen scharfen politischen Streit um die Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP zur "Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung" (Bundestags-Drucksache 11/2503). Vor dem Hintergrund des unkalkulierbaren Krisen- und Konfliktpotentials in den Stahlregionen war allen politischen Kräften klar, daß ein Aushebeln der Montan-Mitbestimmung durch entsprechende Konzernstrategien nicht einfach zugelassen werden dürfe, sondern durch eine gesetzliche Regelung unterbunden (DGB, SPD), zumindest aber mittelfristig erheblich erschwert werden müsse (CDU/CSU).

In diese soziale und politische Gemengelage versuchten die GRÜNEN IM BUNDESTAG mit eigenen politischen Initiativen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu intervenieren. Nach einer heftigen Kontroverse in der Bundestagsfraktion im Frühjahr 1987 über soziale und ökologische Perspektiven für die Stahlindustrie und die Stahlregionen hatte sich mit deutlicher Mehrheit folgende Position durchgesetzt:

- aus ökonomischen, ökologischen und abrüstungspolitischen Gründen sei mittel- und langfristig ein Schrumpfen der Stahlproduktion wünschenswert;
- die damit einhergehenden Risiken für Arbeitsplätze und die Stahlregionen müßten rechtzeitig durch eine vorausschauende Diversifizierung in den Stahlunternehmen selbst und durch eine regionale Strukturpolitik (ökologischer und sozialer Umbau der Stahlregionen) aufgefangen werden;
- kurzfristig müßten alle Stahlstandorte und Stahlarbeitsplätze erhalten werden, u.a. durch konzerninterne Beschäftigungsgesellschaften;
- das Instrument der Montan-Mitbestimmung sei offensichtlich nicht in der Lage, die Interessen der abhängig Beschäftigten gegen die Konzernstrategien durchzusetzen; deshalb seien die Vergesellschaftung der Stahlkonzerne anzu-

streben und entsprechende Initiativen der Stahlbelegschaften und der IG Metall zu unterstützen.

Eindeutig wurde die Forderung nach Vergesellschaftung von den bekannten Formen der Verstaatlichung abgegrenzt. Die Stahlunternehmen sollten, einschließlich ihrer gewinnbringenden Teile, in neue Formen des Eigentums überführt werden. "Als mögliche Eigentumsform eignen sich Belegschaftsfonds. Regionale Vertreter u.a. von Umweltschutzverbänden und Vertreter der Standortkommunen sind an der Kontrolle der Unternehmenspolitik zu beteiligen."<sup>1</sup>

Die Erfahrungen mit der Vergesellschaftungsforderung aus dem Rheinhausen-Konflikt zeigten, daß diese Forderung zwar von Teilen der Belegschaft und des Betriebsrates ernsthaft in die politische Auseinandersetzung eingebracht wurde, aber keine mobilisierende Wirkung auf die Gesamtbelegschaft hatte. Der positive Bezug auf die Vergesellschaftung blieb meist, auch bei der IG Metall-Führung, politisch-rhetorischer Natur. Der Mangel an Mobilisierungsfähigkeit der Vergesellschaftungsforderung liegt m.E. in erster Linie an der Schwierigkeit ihrer politischen Durchsetzung und an den in der Regel völlig nebulösen Vorstellungen in den Belegschaften und in der Betriebs-Linken über Wesen und Form der Vergesellschaftung.<sup>2</sup>

Auf der Basis dieser Erfahrungen und der Niederlage der Belegschaft im Rheinhausen-Konflikt lag es nahe, angesichts des drohenden Auslaufens der Montan-Mitbestimmung Ende 1988 anders zu intervenieren als mit einem Gesetz zur Vergesellschaftung der Stahlunternehmen. Es kam darauf an, eine *gesetzliche Initiative in dem Bereich zwischen Montan-Mitbestimmung und Vergesellschaftung* zu entwickeln, die den Einfluß der Belegschaften über die Montan-Mitbestimmung hinaus in einer Weise erweiterte, daß Konzernstrategien gegen den Willen der Belegschaften und ihrer VertreterInnen in den Unternehmensorganen nicht durch-

---

1 Aus: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN: Sicherung der Stahlstandorte und der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und in den Stahlregionen, BT-Drs. 11/398 vom 2.6.1987. Siehe dazu auch die "Duisburger Erklärung der GRÜNEN zur Stahlkrise. Stahlstandorte und Arbeitsplätze sichern, Stahlindustrie und Stahlregionen umbauen, Konzerne vergesellschaften", verabschiedet auf der Bundesversammlung der GRÜNEN am 2.5.1987 in Duisburg; in: Stahlforum der GRÜNEN IM BUNDESTAG. Beiträge und Materialien, Hg.: DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, verantw.: Eckhard Stratmann (MdB), Bonn 1987.

2 Weithin wird in der Betriebs-Linken bis hinein in das Stahl-Programm der IG Metall Vergesellschaftung als Verstaatlichung verstanden. Den Gegnern der Vergesellschaftung fiel es somit leicht, auf die Misere in verstaatlichten Stahlindustrien (z.B. in Großbritannien oder im "Real-Sozialismus") oder Stahlkonzernen (z.B. Salzgitter AG) hinzuweisen und die Überzeugungskraft der Vergesellschaftungsforderung zu schwächen. Vgl. dazu: Eckhard Stratmann, Nicht privat – nicht staatlich. Vergesellschaftung der Stahlindustrie, in: Vergesellschaftung der Stahlindustrie – eine Alternative zur Stahlkrise? Diskussionsbeiträge. Hg.: DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, Bonn 1983, S. 5 ff.

setzbar sind. Darüber hinaus mußte der Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ausgeweitet werden, da nur so ein Aushebeln der Montan-Mitbestimmung verhindert werden kann. Eine solche Gesetzesinitiative zur Mitbestimmung sollte als ein *Zwischenschritt zu einer wirklich demokratischen Unternehmensverfassung mit Selbstverwaltung der Beschäftigten* dienen.

Während so das Anliegen nach einer *Demokratisierung der Unternehmensmitbestimmung* aus einer aktuellen politischen Situation resultierte, galt es darüber hinaus auch Umwelt- und VerbraucherInneninteressen in der Unternehmensverfassung zu institutionalisieren. Denn zu offenkundig war, daß allein eine stärkere Berücksichtigung von Beschäftigteninteressen bei der Unternehmensmitbestimmung noch keine Gewähr für eine ökologische Unternehmenspolitik ist. Allzu oft, wenn nicht in der Regel, gehen Kapital und Arbeit eine unheilige Allianz gegen die Umweltbelange ein, wenn es zum Konflikt zwischen Gewinn- bzw. Einkommensinteressen einerseits und Umweltinteressen andererseits kommt. Die *Ökologisierung der Unternehmensverfassung* sollte daher auf zweifache Weise verankert werden :

- Bei Großunternehmen sollten VertreterInnen von Umwelt- und Verbraucherverbänden auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung an der Aufsicht über die Unternehmensführung beteiligt werden, allerdings ohne die Position der abhängig Beschäftigten im Interessenkonflikt mit dem Kapital zu schwächen;<sup>3</sup>
- darüber hinaus sollte ein/e unabhängige/r Umweltschutzbeauftragte/r gegenüber der Unternehmensleitung eingesetzt werden.

Mit diesen politischen Zielsetzungen wurde auf Initiative und unter der politischen Federführung des Autors der Entwurf eines Gesetzes in Auftrag gegeben und Ende August 1988 der Fraktion zur weiteren Beratung übergeben. Der "*Entwurf (1. Fassung) eines Gesetzes zum Ausbau der Mitbestimmung im Unternehmen (incl. Montan-Mitbestimmung) und zur ökologischen Unternehmensverfassung*" hat die Form eines Artikelgesetzes:

---

3 So ist es auch vorgesehen im GRÜNEN Programm zum "Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung", verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN in Nürnberg im Sept. 1986; Hg.: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, Köln 1986. Siehe dazu: Präambel, Abschn. Basisdemokratische Wirtschaft, S. 11, und Kap. III.2. Die Rechte der Beschäftigten erweitern, S. 63.

## Artikel 1

Gesetz zum Ausbau der Mitbestimmung (incl. Montan-Mitbestimmung) und zur ökologischen Mitbestimmung im Unternehmen.<sup>4</sup>

## Artikel 2

Gesetz über Umweltbeauftragte in Unternehmen.<sup>5</sup>

Ursprünglich war geplant, beide Gesetze als Paket ins Parlament einzubringen; denn die Form des Artikelgesetzes umfaßt zwar zwei selbständige, aber aufeinander bezogene Einzelgesetze. Der Aufbau einer ökologischen Unternehmensverfassung umfaßt den/die UmweltdirektorIn im Vorstand, die SachwalterInnen von Umweltinteressen im Aufsichtsrat (Artikel 1) und den/die Umweltbeauftragte sowie den Umweltausschuß (Artikel 2). Da die internen Beratungen zu Artikel 2 wesentlich schneller und einfacher abgeschlossen werden konnten als zu Artikel 1, wurde der Artikel 2 als *Entwurf eines Umweltbeauftragtengesetzes*<sup>6</sup> im August 1989 in den Bundestag eingebracht. Die Beratungen zu dem Entwurf eines GRÜNEN Mitbestimmungsgesetzes (s.u. Kap. III.) konnten im Jahr 1989 nicht mehr abgeschlossen werden und fielen 1990 den deutschlandpolitischen Wirren zum Opfer, so daß der Entwurf nicht mehr abschließend beraten und eingebracht werden konnte.

## II. Darstellung des GRÜNEN Gesetzentwurfes

### A. Das GRÜNE Mitbestimmungsgesetz

Der GRÜNE Gesetzentwurf nimmt zahlreiche Vorschläge aus dem Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes des Leverkusener Kreises der SPD von 1974<sup>7</sup> und des

---

4 Im folgenden kurz "GRÜNES Mitbestimmungsgesetz" genannt. Der Gesetzentwurf zu Artikel 1 wurde ausgearbeitet von Frau RA Hilke Altona, Bremen, in enger Abstimmung mit Prof. Wolfgang Däubler, Bremen.

*Dieser Gesetzentwurf kann demnächst in Form einer Broschüre über die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Bonn (Colmantstr. 36) bezogen werden.*

5 Der Entwurf zu Artikel 2 wurde ausgearbeitet von Frau RA Ulrike Riedel, Frankfurt.

6 Gesetzentwurf der Abgeordneten Stratmann, Frau Saibold, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes über Umweltbeauftragte und Umweltberichterstattung in Unternehmen (Umweltbeauftragtengesetz), BT-Drs. 11/5362. Die erste Lesung des Gesetzentwurfes fand am 26.10.1989 statt (Plenar-Protokoll der 171. Sitzung, S. 12934 A ff.).

7 Alternativentwurf. Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfs eines Mitbestimmungsgesetzes (der SPD/FDP-Bundesregierung) von Hertha Däubler-Gmelin (MdB), Wolfgang Däubler; angenommen im sog. Leverkusener Kreis der SPD, in: U. Mayer/N. Reich (Hgg.),

DGB-Entwurfes eines Mitbestimmungsgesetzes von 1982 auf, geht aber in zentralen Punkten über beide Entwürfe hinaus. Der Gesetzentwurf soll sowohl das Montan-Mitbestimmungsgesetz als auch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 ablösen. Seine Gültigkeit erstreckt sich auf alle Großunternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, GmbH oder Genossenschaft ab einer Größenordnung von 1000 Beschäftigten. Eine Tariföffnungsklausel ermöglicht Mitbestimmungstarifverträge, soweit sie weitergehende Mitbestimmungsregelungen als das Gesetz beinhalten, die Existenz des Aufsichtsrates und die umweltrelevanten Vorschriften des Gesetzes nicht berühren.

### *Der Aufsichtsrat (AR)*

#### **1. Zusammensetzung**

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates werden zwei Alternativen vorgestellt:

Das *überparitätische Modell* geht von 20 Mitgliedern des AR aus (ab einer Beschäftigtenzahl von 10.000), die jeweils zur Hälfte von der Anteilseigner- bzw. der Beschäftigtenseite gewählt werden. Auf der Beschäftigtenbank ist kein leitender Angestellter qua Recht vertreten; das Entsendungsrecht der Gewerkschaft entfällt.<sup>8</sup>

Von den zehn *VertreterInnen beider Seiten müssen jeweils zwei SachwalterInnen von Umweltinteressen* sein. Für die Wählbarkeit der UmweltsachwalterInnen gelten besondere Anforderungen: Sie müssen Erfahrungen im Umweltschutzbereich mitbringen oder sich durch Wort und Tat für den Umweltschutz eingesetzt haben; sie dürfen zu den Vereinigungen der Anteilseigner bzw. der Beschäftigten und zu dem Unternehmen keine vertretungsmäßigen, arbeits-/dienstrechtlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen unterhalten.

Die VertreterInnen der Beschäftigten wählen den/die Aufsichtsratsvorsitzende/n, wenn er/sie nicht im ersten Wahlgang mit einer Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder des AR gewählt wird. Dies entspricht genau einer Umkehrung der Regelung nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976. Zur Auflösung einer Pattsituation im AR erhält der/die Aufsichtsratsvorsitzende doppeltes Stimmrecht.

Das *paritätische Modell* der Alternative B unterscheidet sich von dem überparitätischen Modell lediglich dadurch, daß zusätzlich zu den jeweils zehn Vertreter-

---

8 Im Verlauf der Beratungen des Entwurfes kristallisierte sich als Tendenz heraus, zumindest ein alleiniges Vorschlagsrecht der Gewerkschaften und ihrer Spitzenorganisationen für eine Minderzahl an außerbetrieblichen GewerkschaftsvertreterInnen vorzusehen.



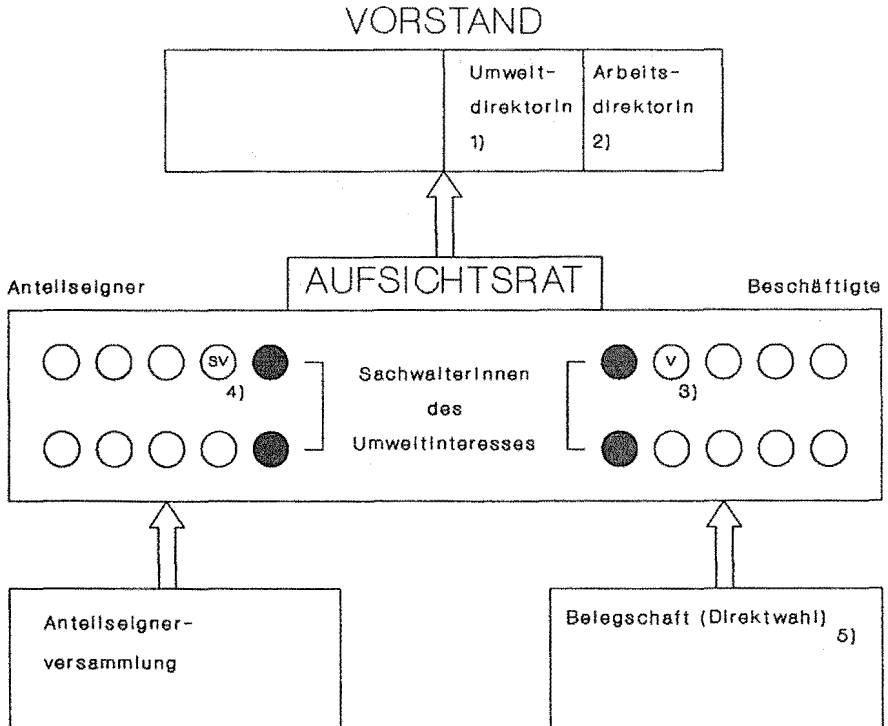
Innen beider Seiten ein weiteres Mitglied hinzukommt (also insg. 21 Mitglieder im AR; dieses Mitglied korrespondiert der neutralen Person nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz). Das weitere Mitglied muß ein/e SachwalterIn von Umweltinteressen sein und mit der Mehrheit der Stimmen der übrigen vier UmweltsachwalterInnen gewählt werden. Der/die AR-Vorsitzende wird mit einfacher Mehrheit gewählt. Wegen der ungeraden Mitgliederzahl ist eine Regelung zur Pattauflösung nicht erforderlich.

## ABB.1: ENTWURF EINES GRÜNEN MITBESTIMMUNGSMODELLS

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG (August 1988)

### Überparitätisches Modell

(für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten)



1) Nicht gegen die Mehrheit der SachwalterInnen des Umweltinteresses im Aufsichtsrat wählbar

2) Nicht gegen die Mehrheit der BeschäftigtenvertreterInnen im Aufsichtsrat wählbar

3) Vorsitzende/r: -wird von den BeschäftigtenvertreterInnen bestimmt, wenn er/sie nicht im ersten Wahlgang mit 2/3 Mehrheit aller Mitglieder gewählt wird. -hat bei Stimmengleichheit im Aufsichtsrat doppeltes Stimmrecht

4) Stellvertretende/r Vorsitzende/r

5) Statt Entsendungsrecht der Gewerkschaft alleiniges Vorschlagsrecht

Die Wahl der VertreterInnen der Anteilseigner findet durch die Versammlung der Anteilseigner statt; die Wahl der VertreterInnen der Beschäftigten durch die Betriebsrätevollversammlung, bei Unternehmen bis zu 10.000 Beschäftigten fakultativ durch Direktwahl der Beschäftigten.<sup>9</sup> Die in ausländischen Zweigstellen und Tochtergesellschaften deutscher Großunternehmen tätigen Beschäftigten entsenden anteilig Personen in die Betriebsrätevollversammlung. Frauen und Männer sollen im AR entsprechend ihrem zahlenmäßigen Verhältnis im Unternehmen vertreten sein.

Vorschlagsberechtigt für die Wahl der AR-Mitglieder beider Seiten sind neben den AnteilseignerInnen bzw. den Gewerkschaften im Betrieb, den einzelnen Betriebsräten oder einem Zwanzigstel der Beschäftigten des Unternehmens auch Umwelt- und VerbraucherInnenverbände, Kommunalparlamente am Sitz des Unternehmens und einzelne Fraktionen dieser Parlamente.

## **2. Stärkung des AR gegenüber Anteilseignerversammlung und Vorstand**

Das Letztentscheidungsrecht der Anteilseignerversammlung (nach §111 Aktiengesetz) wird ersatzlos gestrichen, um ein Aushebeln von AR-Entscheidungen durch die Kapitaleigner auszuschließen. Im Falle unterschiedlicher Beschlüsse von Anteilseignerversammlung und AR ist die Entscheidung des AR maßgeblich, mit Ausnahme von Entscheidungen der Anteilseignerversammlung zu der Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und Kapitalerhöhungen/Kapitalherabsetzungen.

Der Einfluß des AR gegenüber dem Vorstand wird erheblich ausgeweitet durch die Erweiterung seiner Zustimmungsrechte: Auf Antrag von einem Drittel der AR-Mitglieder kann jedes einzelne Geschäft des Vorstands für zustimmungspflichtig erklärt werden, ausdrücklich auch Investitionsentscheidungen.

Der Gesetzentwurf enthält einige Bestimmungen, die die Stellung und Kontrollfähigkeit der einzelnen AR-Mitglieder, insb. der Beschäftigtenseite, gegenüber dem Vorstand stärken und sie deutlicher an ihre eigene Basis anbinden. Die VertreterInnen der Beschäftigten erhalten weitgehende bezahlte Freistellungsansprüche für die Ausübung ihres Mandats und für dazugehörige Weiterbildung.

Das Unternehmen hat ihnen für die laufende Geschäftsführung in erforderlichem Umfang Räume, sachliche Mittel und Büropersonal zur Verfügung zu stellen. Jede/r BeschäftigtenvertreterIn kann zur Erfüllung seiner/ihrer Aufgaben auf

---

9 Im Laufe der Beratungen über den Gesetzentwurf ergab sich ein Konsens in der Fraktion, ausschließlich Direktwahl durch die Beschäftigten vorzusehen.

Kosten des Unternehmens Sachverständige hinzuziehen. Sie genießen Schutz vor Benachteiligung und Kündigung und haben wie alle AR-Mitglieder unbegrenzte Informations- und Einsichtsrechte.

Die BeschäftigtenvertreterInnen sind regelmäßig dem Betriebsrat (mindestens zweimal im Jahr) und der Betriebsversammlung (mindestens einmal im Jahr) gegenüber berichts- und rechenschaftspflichtig. Sie können vor Ablauf ihrer Amtsperiode von der Betriebsrätevollversammlung bzw. der Belegschaft abgewählt werden.

Die Stellung der UmweltsachwalterInnen beider Seiten ist besonders abgesichert: Qua Gesetz hat für sie "das Interesse an der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen ... unbedingten Vorrang" vor den Gewinninteressen des Unternehmens (§ 25). Infolgedessen können sie auch nicht von ihren Wahlorganen abgewählt werden; bei Verletzung ihrer Pflichten können sie auf Antrag nur von der Umweltstrafkammer des zuständigen Landgerichts amtsenthoben werden.

### *Der Vorstand*

Dem Vorstand müssen mindestens ein/e ArbeitsdirektorIn und ein/e UmweltdirektorIn angehören. Der/die *ArbeitsdirektorIn* kann nicht gegen die Mehrheit der Stimmen der BeschäftigtenvertreterInnen im AR gewählt und abberufen werden; der/die *UmweltdirektorIn* kann nicht gegen die Mehrheit der UmweltsachwalterInnen im AR gewählt werden.

Zu den *Aufgaben des/der Umweltdirektors/in* gehört es, sämtliche Aktivitäten des Unternehmens auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen; dem Gesamtvorstand Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Gefährdung der Umwelt sowie der Arbeitsplätze durch eine vorausschauende Unternehmenspolitik vermieden werden kann; fortlaufend *Ökobilanzen* des Unternehmens zu erstellen (vgl. dazu u. zum Umweltbeauftragtengesetz).

## **B. Das Umweltbeauftragtengesetz**

Der "Entwurf eines Gesetzes über Umweltbeauftragte und Umweltberichterstattung in Unternehmen" wurde nach einjähriger Vorarbeit und Beratung, insbesondere in enger Abstimmung mit entsprechenden Vorschlägen aus dem Gewerkschaftsbereich (Karin Roth, IG Metall-Hauptvorstandsbereich, und Horst Hochgreve, DGB-Landesbezirk Hessen) im August 1989 ins Parlament eingebracht (BT-Drs. 11/5362) und am 26.10.1989 in Erster Lesung debattiert. Durch die Regelungen dieses Gesetzes soll *das ökologische Interesse in dreifacher Weise auf*

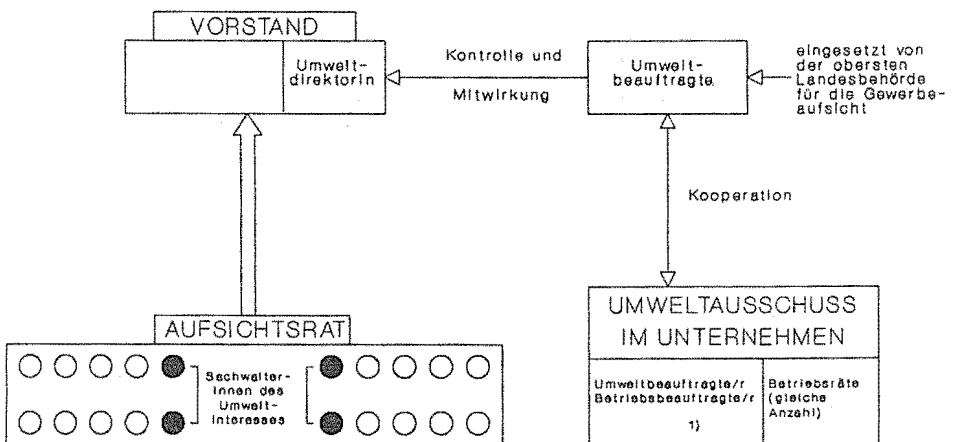
der Unternehmensebene institutionalisiert werden: durch die Institution des/der Umweltbeauftragten, die Einführung einer Umweltberichterstattung und die Einrichtung eines Umweltausschusses in Unternehmen.

### Der/die Umweltbeauftragte

In allen umweltrelevanten Unternehmen wird auf der Ebene des Unternehmensvorstandes die Institution des/der Umweltbeauftragten geschaffen. Seine/ihre Aufgaben sind:

- Überwachung der Einhaltung der Umweltschutzvorschriften im Unternehmen;
- Anordnung und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen;
- Vorschlags-, Beratungs- und Mitwirkungsrechte hinsichtlich aller unternehmerischen Planungen, Vorhaben und Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Umwelt;
- Erstellung regelmäßiger Umweltberichte sowie die Kontrolle der, durch den/die UmweltdirektorIn zu erstellenden, Ökobilanzen des Unternehmens;
- Informationspflichten gegenüber der Behörde, dem Betriebsrat, den Betriebsangehörigen und der Öffentlichkeit.

Abb.2: Institutionalisierung des Umweltinteresses in der Unternehmensverfassung (Großunternehmen)



1) für Immissionsschutz, Abfall, Gewässerschutz

Die Umweltbeauftragten sind "*AnwältInnen der Umwelt*" und als solche gegenüber dem Unternehmen (Kapital und Arbeit) unabhängig. Sie vertreten ausschließlich das öffentliche Interesse im Unternehmen. Sie werden von der obersten Landesbehörde bestellt, die für die Gewerbeaufsicht des Unternehmens zuständig ist. Bestellungskriterien sind Fachkunde und ökologische Zuverlässigkeit. Das Vorschlagsrecht zur Bestellung haben auch Umweltverbände, Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Vergütung und Arbeitsausstattung des/der Umweltbeauftragten wird durch das Unternehmen aufgebracht.

### *Die Umweltberichterstattung*

Eine jährliche Umweltberichterstattung sorgt für die notwendige *ökologische Transparenz* im Unternehmen und gegenüber der Öffentlichkeit: Sie umfaßt den jährlichen *Umweltbericht des/der Umweltbeauftragten* und die jährliche *Ökobilanz des Unternehmens*.

### *Der Umweltausschuß*

In den Unternehmen wird ein paritätisch besetzter Umweltausschuß eingerichtet: In ihm kooperieren der/die Umweltbeauftragte, die Betriebsbeauftragten für Umweltschutzfragen (Immissionsschutz, Abfall und Gewässerschutz) und eine gleiche Anzahl von Betriebsräten.<sup>10</sup> Die Mitglieder des Umweltausschusses können jederzeit Berater hinzuziehen.

## **III. Die Kontroverse um die Gesetzesinitiative**

Der Gesetzentwurf für einen Ausbau der Unternehmensmitbestimmung war Gegenstand monatelanger Beratungen mit Arbeits- und UmweltrechtlerInnen (u.a. Prof. Wolfgang Däubler, Bremen, der schon im Vorfeld zahlreiche Anregungen zu dem Entwurf beisteuerte), MitbestimmungsexpertInnen aus DGB und Einzelgewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Großunternehmen der Stahl- und Automobilbranche, VertreterInnen aus Umweltverbänden und von ökologisch orientierten Unternehmen (Förderkreis Umwelt future e.V.) und mit der Bundesarbeitsgemeinschaft "GRÜNE und Gewerkschafter/innen". Dabei fand der Entwurf Zustimmung und Unterstützung, stieß aber auch auf Kritik bis ent-

---

10 Regelungen zur Mitbestimmung des Betriebsrates in Umweltfragen und zur Einbeziehung von Umweltinteressen in den Betrieb finden sich in dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG: Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes 1989 (BT-Drs. 11/4525).

schiedene Ablehnung. Aus der Fülle der Einzelkritiken und Anregungen seien folgende zentralen Punkte der Auseinandersetzung hervorgehoben:

- Ausbau der Unternehmens- versus der betrieblichen Mitbestimmung,
- überparitätische versus paritätische Mitbestimmung,
- ökologische Mitbestimmung und autonome Repräsentanz der Umweltinteressen.

## 1. Ausbau der Unternehmens- versus der betrieblichen Mitbestimmung

Die weitestgehende Kritik an der Gesetzesinitiative kam aus den eigenen Reihen der Fraktion. Die Kritik von Ulrich Briefs (MdB) und Rainer Trampert (Mitarbeiter in der Fraktion) läßt sich so zusammenfassen:

- a) Für den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung gebe es kein handelndes Subjekt; dagegen sei in der Betriebs-Linken die Forderung nach Vergesellschaftung virulent.
- b) Der Ausbau der Unternehmensmitbestimmung sei eine falsche gesellschaftliche Forderung, da sie als Parole gegen weitergehende und radikalere Vorstellungen fungiere.
- c) Der Gesetzentwurf mit seiner zentralen Betonung des Aufsichtsrates und unangetasteten Rechten der Anteilseignerversammlung ( z.B. das Recht auf Kapitalherabsetzung) werde den basisdemokratischen Kriterien der GRÜNEN nicht gerecht.

Er nähere dagegen die Illusion, daß über die Mitbestimmung im Aufsichtsrat und Vorstand tatsächlicher Einfluß auf die Unternehmenspolitik ausgeübt werden könne. Ihr "Ansatz, der sich auf die Beschäftigten und ihre unmittelbaren Interessenvertretungen orientiert, schließt einen klaren Verzicht auf die Einbeziehung derjenigen Gremien und Institutionen in die Überlegungen mit ein, die in irgendeiner Form durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter gemischt besetzt sind, sei es auch paritätisch, also z.B. die Aufsichtsräte. Statt an der Mitbestimmung setzen wir an den Organen an, die die Interessensvertretung der Beschäftigten auch von ihrem historischen Ursprung her zum Ziel und Inhalt haben."<sup>11</sup>

Die Verabschiedung vom Aufsichtsrat als einem wirksamen Kontrollorgan im Interesse der Umwelt und der Beschäftigten ist Teil einer Absage an die integrative sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung und einer Rückbesinnung auf die

---

11 Aus: Michael Barg, Ulrich Briefs, Rainer Trampert, Einige Anmerkungen zum Gesetzentwurf "Ausbau der Mitbestimmung in Unternehmen", in: Rundbrief Nr.9 der Bundesarbeitsgemeinschaft "GRÜNE und Gewerkschafter/innen", Bonn, November 1988, S. 43.

Rätebewegung der Weimarer Republik. Statt dessen plädieren Briefs und Trampert für eine Strategie, die betrieblichen Schutzrechte der abhängig Beschäftigten auszubauen, die Rechte der Betriebsräte zu stärken (volle wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte mit Vetorechten) und die Mitbestimmung am Arbeitsplatz auszubauen.<sup>12</sup>

Bemerkenswert ist, daß die Kritik des HBV-Vorsitzenden Lorenz Schwegler an der Aufsichtsratsmitbestimmung in die gleiche Richtung weist mit ähnlichen Schlußfolgerungen: "Wir halten eine Umsteuerung der gewerkschaftlichen Reformpolitik zur Mitbestimmung auf den vorrangigen Ausbau der Betriebsverfassung für erforderlich, und zwar in Richtung sowohl auf verstärkte Beteiligungsrechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten als auch auf arbeitsplatznahe Mitbestimmungsformen." Und an anderer Stelle:

"Hier sind die Mobilisierungschancen und Durchsetzungschancen weit größer als bei einem erneuten Versuch, an der Aufsichtsratsmitbestimmung herumzudrehen..."<sup>13</sup>

Unbestritten ist es notwendig, Fortschritte bei der betrieblichen Mitbestimmung<sup>14</sup> wie auf allen Mitbestimmungsebenen (überbetrieblich und am Arbeitsplatz) anzustreben. Aber selbst wenn man die scharfe Kritik am Status quo der Aufsichtsratsmitbestimmung (Abgehobenheit, Mangel an effektiver Kontrollmöglichkeit, Gefahr korumpierender und sozialpartnerschaftlich-integrativer Wirkung, relatives Desinteresse der Belegschaft und der Betriebsräte) teilt, ist die Schlußfolgerung, deswegen auf die betriebliche Mitbestimmung *umzusteuern*, irreführend. Denn die Mängel der AR-Mitbestimmung müssen und können zum Gegenstand einer Mitbestimmungsreform gemacht werden. Gerade dies ist die Absicht des vorgestellten Gesetzentwurfes. Die Stärkung der Rechte des AR gegenüber Anteilseignerversammlung und Vorstand, die Stärkung und fachliche Qualifizierung der einzelnen AR-Mitglieder der Beschäftigteneseite, deren stärkere Anbindung an die Basis der Belegschaft (Modus der Wahl und Abwahl, regelmäßige Rechenschaftspflicht) wären geeignet, die offenkundige Distanz von Belegschaft/Betriebsrat gegenüber dem AR nennenswert zu verringern. An dem "Mobilisierungsargument" bleibt, daß es in der Breite immer leichter ist, Menschen für die Belange ihrer Alltagserfahrung zu bewegen als für "übergeordnete" Fragen. Dies allerdings zum Argument für eine relative Abkehr von der Mitbe-

---

12 Michael Barg u.a., a.a.O., S. 43.

13 Lorenz Schwegler in: Das Mitbestimmungs-Gespräch mit Lorenz Schwegler und Christian Götz über die mitbestimmungspolitische Initiative der HBV, in: Die Mitbestimmung 5/90, S. 324.

14 Vgl. dazu den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG: Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes 1989 (BT-Drs. 11/4525).

stimmung auf der Ebene der strategischen Unternehmensentscheidungen zu machen, hieße, die Entscheidungsstrukturen und die Machtverhältnisse auf dieser Ebene zu belassen, wie sie sind.

Das "Durchsetzungsargument" entspricht auch nicht den jüngsten tatsächlichen Erfahrungen mit der Reform des Betriebsverfassungsrechts. Sobald in Fragen neuer Technologien oder der Einführung neuer Produkte das Verfügungsrecht der UnternehmerInnen durch eine Ausweitung der Betriebsratsmitbestimmung substantiell eingeschränkt werden soll, sind die Widerstände nicht leichter zu überwinden als in Fragen der Unternehmensmitbestimmung. Dies gilt erst recht für die volle wirtschaftliche Mitbestimmung des Betriebsrates. Gerade der Durchsetzungsaspekt, den Schwegler wiederholt als Argument betont, läßt es geraten erscheinen, die Kompetenz- und Durchsetzungslücken in der wirtschaftlichen Mitbestimmung strategisch eher dort zu schließen, wo sie aufgrund der gewachsenen Strukturen geringer sind; und das ist ohne Zweifel im Bereich der Unternehmensmitbestimmung. Davon bleibt unberührt, daß nach dem jeweiligen Stand der Kräfteverhältnisse auf allen Ebenen der Mitbestimmung Initiativen sinnvoll und notwendig sind.

Unterstellt, die volle wirtschaftliche Mitbestimmung des Betriebsrates sei durchgesetzt, wird er sich mit zunehmender Betriebs- und Unternehmensgröße den gleichartigen Problemen der Basisabgehobenheit und des Defizits an notwendiger Kompetenz gegenübersehen, mit denen es seine KollegInnen im AR zu tun haben.

Was unterscheidet in dieser Hinsicht den/die Gesamtbetriebsrätin eines Großunternehmens von einem AR-Mitglied aus dem Unternehmen?

Unausweichliche Probleme der Organisationsgröße können nicht auf eine bestimmte Form der Mitbestimmung abgewälzt werden. Andernfalls machen sie sich durch die Hintertür wieder bemerkbar.

Gegenüber der Rückbesinnung auf die revolutionäre Rätebewegung Anfang der Weimarer Republik (Briefs, Trampert) ist einzuwenden, daß eine erfolgversprechende Reformpolitik an den gewachsenen Strukturen – auch in der Mitbestimmung – ansetzen muß, statt sich zu einem Status quo ante zurückzusehen. Der dargestellte Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes (überparitätisches Modell) kann gerade als ein Zwischenschritt auf dem Wege zur Überwindung von Sozialpartnerschaft und als ein *Baustein für eine Ökologische Wirtschaftsdemokratie* dienen.

Eine Initiative in Richtung auf den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung wäre um so wichtiger, als gerade im Zusammenhang des EG-Binnenmarktes '92 die Diskussion um die *Europäische Aktiengesellschaft* immer unausweichlicher



wird und das im internationalen Vergleich relativ fortschrittliche "deutsche Modell" der Unternehmensmitbestimmung (Aufsichtsrat/Vorstand) durchaus gute Realisierungschancen im EG-Rahmen hat.<sup>15</sup> Darüber hinaus stehen in den nächsten Jahren in den neuen Bundesländern zahllose strategische Unternehmensentscheidungen an (Betriebsschließungen, Übernahmen, Fusionen), für die die betriebliche Mitbestimmung nicht "paßt" und die bestehende Unternehmensmitbestimmung nicht ausreicht, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen.

## 2. Überparitätische versus paritätische Mitbestimmung

Der Streit über die Möglichkeiten und Grenzen der Unternehmensmitbestimmung zwischen den Gewerkschaften HBV und IG Metall, der Ende 1989/Anfang 1990 durch kritische Äußerungen von Lorenz Schwegler (s.o.) ausgelöst wurde, wurde schon bald auf dem 14. Ordentl. Bundeskongreß des DGB im Mai 1990 (Hamburg) durch die Annahme eines Leitantrages der IG Metall mehr befriedet, denn tatsächlich beigelegt. Der Antrag mit dem programmatischen Titel "Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie – Gewerkschaftliche Interessenvertretung zur Gestaltung des Wandels" proklamiert: "Wir wollen die Ergänzung der politischen Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie" und stellt darauf zutreffend fest: "Das gegenwärtig verwirklichte System der Mitbestimmung ist weder in den Betrieben noch in den Unternehmen ... darauf angelegt, wirtschaftliche und andere unternehmerische Entscheidungen wesentlich beeinflussen zu können."<sup>16</sup> Nach allen Erfahrungen, die noch in den 80er Jahren im Kohle- und Stahlbereich gemacht wurden, gilt dies auch für die paritätische Montan-Mitbestimmung. Doch dann beginnt der Abschnitt über die Mitbestimmung im Unternehmen: "Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene bleibt der wichtigste Ansatzpunkt zur Einflußnahme auf die Unternehmenspolitik und die Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen. Sie ist über die Realisierung einer Unternehmensmitbestimmung, die vom Montan-Modell ausgeht, durchzusetzen." In den Einzelbestimmungen wird vom DGB-Kongreß der Gesetzentwurf des DGB über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen aus dem Jahr 1982 bestätigt.

---

15 Kurze Zusammenfassungen zum Diskussionsstand über die Europäische Aktiengesellschaft gibt Ulrike Wendeling-Schröder im Gewerkschaftsjahrbuch 1989 (Hg. Michael Kittner), Köln 1989, S. 380 ff., und Gewerkschaftsjahrbuch 1990 (Hg. Michael Kittner), Köln 1990, S. 395 ff.

16 Abdruck des IGM-Leitantrags in: Mitbestimmungspolitische Konferenz der Gewerkschaft HBV und der Hans-Böckler-Stiftung am 22./23.3.1990 in Duisburg. Dokumentation, Hg.: Gewerkschaft HBV im DGB, Düsseldorf 1990

Es bleibt rätselhaft, wie die Montan-Mitbestimmung als Ansatzpunkt zur Realisierung von Wirtschaftsdemokratie dienen kann. Eine derartige Wirtschaftsdemokratie hat – im Bild gesprochen – mehr mit konstitutioneller Monarchie als mit Demokratie zu tun. Interessanterweise geht selbst auf der Basis einer voll paritätischen Mitbestimmung das Modell der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung deutlich über die Vorstellungen des DGB und der IG Metall hinaus: Dort wird die Parität im Aufsichtsrat auch auf die Zusammensetzung einer zu konstituierenden Unternehmensversammlung bezogen, die paritätisch von VertreterInnen der Kapitaleigner und der arbeitenden Unternehmensmitglieder gebildet wird und u.a. die Rechte der Anteilseignerversammlung ausübt (Satzungsänderungen, Kapitalbeschaffung/Kapitalherabsetzung, Verwendung des Bilanzgewinns, in bestimmtem Umfang Weisungen an den Unternehmensvorstand).<sup>17</sup> Für die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung und die Demokratisierung der Unternehmensverfassung dürfte ein derartiger Zugriff auf die Rechte der Anteilseignerversammlung unverzichtbar sein.<sup>18</sup>

### *Zur Verfassungsmäßigkeit der Überparität im AR*

Bei der Beratung des GRÜNEN Gesetzentwurfes mit MitbestimmungsexpertInnen von DGB und Einzelgewerkschaften wurde von IG Metall-Seite als Einwand geltend gemacht, daß die Parität im AR das Weitestgehende sei, was im Rahmen des Mitbestimmungsurteils des Bundesverfassungsgerichts von 1979 möglich sei.

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat in seinem o.g. Urteil zum Mitbestimmungsgesetz von 1976 gegen die Verfassungsbeschwerden aus dem Lager der Unternehmer und Wertpapierbesitzer den Ausgestaltungsrahmen für die Mitbestimmung im Unternehmen (Aufsichtsrat) sehr weit gefaßt.<sup>19</sup> Das BVG verweist auf das "leichte Übergewicht" der Anteilseignerseite nach dem Mitbestimmungsgesetz, u.z. sowohl aufgrund der faktischen Unterparität der Arbeitnehmerseite im

---

17 Das KAB-Modell einer Unternehmensverfassung (3. Fassung) ist dargestellt in: Der Arbeitnehmer als Unternehmensmitglied. Diskussionsbeitrag zur Verwirklichung einer Unternehmensverfassung, 3. Fassung, hg. v. der KAB Westdeutschlands, Köln 1984, S. 24 ff.

18 Der Entwurf eines GRÜNEN Mitbestimmungsgesetzes verzichtet aus ausschließlich pragmatischen Gründen auf die Ebene der Anteilseignerversammlung (mit Ausnahme ihres Letztentscheidungsrechts). Ein entsprechender Ansatz müßte tiefgreifende Änderungen des Aktiengesetzes zur Folge haben; die für die Bearbeitung und Beratung solcher Änderungen erforderliche Zeit stand im Sommer 1988 bei der Inauftraggabe des Gesetzentwurfes durch die Fraktion nicht zur Verfügung, da wir mit dem Entwurf in die Debatte um die geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes und die Erhaltung der Montan-Mitbestimmung (s.o.) intervenieren wollten.

19 Das Urteil des BVG ist abgedruckt in der Material-Broschüre "Mitbestimmung", hg.v. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1983. Zitate daraus.

AR (u.a. durch das doppelte Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der letztlich von der Anteilseignerseite bestellt wird) als auch durch die alleinige Zuständigkeit der Anteilseignerversammlung für die Grundlagenentscheidungen.<sup>20</sup> Hinsichtlich der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG differenziert das BVG folgendermaßen: Zum einen falle in Kapitalgesellschaften das Anteilseigentum und die Verantwortung für seinen Gebrauch in typischer Weise auseinander, so daß den Anteilseignern eine autonome Durchsetzung ihres Willens nicht möglich sei. Zum andern sei "der Gestaltungsbereich des Gesetzgebers bei sozialem Bezug und bei sozialer Funktion des Eigentums im Blick auf dessen Sozialbindung relativ weit".<sup>21</sup>

Es liegt nahe, diese Passage auch auf das überparitätische Modell des AR anzuwenden, da auch in diesem Falle die Rechte der Anteilseignerversammlung weitgehend unberührt bleiben.<sup>22</sup>

Was das BVG hinsichtlich der Sozialbindung des Eigentums und ihrer Bedeutung für die Ausgestaltung des AR ausführte, muß analog auch für die Umweltbindung des Eigentums und die Repräsentanz des Umweltinteresses im AR gelten.<sup>23</sup>

Nach dem Mitbestimmungsbeschluß des 14. Ordentl. Bundeskongresses des DGB werden alle Versuche abgelehnt, "für die Sicherung und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten verfassungsrechtliche Schranken zu konstruieren." H.-D. Küller von der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand kommt in seiner Bewertung des GRÜNEN Gesetzentwurfs hinsichtlich der überparitätischen Lösung im AR zu einer "vorläufigen Positionsbeschreibung" und meldet intensiven Diskussionsbedarf im DGB hierzu an: eine derartige Pattauflösung sei denkbar wegen des verbleibenden erheblichen wirtschaftlichen Einflusses der Anteilseigner in der Hauptversammlung. "Gleichwohl ist eine derartige Lösung wegen ihrer politischen Signalwirkung genau zu bedenken, der Widerstand auf Arbeitgeberseite wäre erheblich. Inwieweit dies für einen gewerkschaftlichen Vorschlag eine sinnvolle Lösung wäre, kann nur nach intensiver Abwägung aller Gesamtumstände entschieden werden."<sup>24</sup>

---

20 BVG-Urteil, C.I.1., a.a.O., S. 283-285.

21 BVG-Urteil, c.III.1., a.a.O., S. 298-303.

22 Prof. Wolfgang Däubler hält dieses Modell von überparitätisch bestimmtem AR und grundlagenentscheidender Anteilseignerversammlung daher auch für eigentlich paritätisch.

23 Vgl. zum Ganzen die entsprechende Begründung in dem GRÜNEN Gesetzentwurf.

24 DGB-Bundesvorstand Abt. Gesellschaftspolitik, Gesetzentwurf der Grünen im Bundestag zum Ausbau der Mitbestimmung und zur ökologischen Mitbestimmung im Unternehmen – Kurzdarstellung des Diskussionsentwurfs und gewerkschaftliche Bewertung, Düsseldorf 7.11.1988, S. 9 f.

Es ist klar, daß jeder Ausbau der Unternehmensmitbestimmung über die Montan-Mitbestimmung hinaus einen erbitterten Verfassungsstreit auslösen würde und früher oder später an die Grenze des Eigentumsvorbehaltes des GG stoßen würde. Deshalb ist es auch aus diesem Grund (neben anderen Gründen) sinnvoll und notwendig, daß die Beschäftigten zu Miteigentümern ihres Unternehmens werden. Sie wären dann doppelt, u.z. auf beiden Bänken des AR, vertreten: als Beschäftigte und in ihrer Rolle als Miteigentümer.<sup>25</sup>

### 3. Ökologische Mitbestimmung und autonome Repräsentanz der Umweltinteressen

Ursprünglich sollten nach dem Willen der GRÜNEN Bundestagsfraktion (und des Autors) die Umwelt- und VerbraucherInnenverbände eigene VertreterInnen in den AR der Unternehmen entsenden, um auf diese Weise das Umweltinteresse in die Unternehmensverfassung zu integrieren (s.o.). Im Verlaufe der Einzelberatung im Vorfeld der Inauftraggabe des Gesetzentwurfes wurde diese Vorstellung jedoch zugunsten der Kooptationslösung für den AR fallengelassen: Je zwei SachwalterInnen des Umweltinteresses werden von beiden Seiten des AR kooptiert. Anders schien die politische Vorgabe, daß die Position der abhängig Beschäftigten im Interessenkonflikt mit dem Kapital durch die Umweltvertretung nicht geschwächt werden dürfe, nicht gewährleistet werden zu können.

Eine dezidierte Gegenposition wird von Horst Hochgreve vertreten<sup>26</sup>, während Jan Prieue eine vermittelnde Position einnimmt.<sup>27</sup> Einigkeit besteht in der "Grundsatzthese, daß Umweltschutz nicht allein und auch nicht einmal überwiegend aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit hergeleitet werden kann" (Prieue). Unstrittig ist ebenfalls, daß hinsichtlich der ökologischen Verantwortung der Seiten Arbeit und Kapital Illusionslosigkeit angesagt ist: Allzuoft gehen Kapital und Arbeit ein Bündnis gegen die Natur und die Umweltinteressen ein.

Hochgreve kritisiert mit Recht die Vernachlässigung der Natur in der ökonomischen Theorie, auch in der Marxschen Arbeitswertheorie, und kommt in der Konsequenz zu der Auffassung von der Gleichrangigkeit der drei Produktionsfaktoren Arbeit, äußere Natur und Kapital. Seine Schlußfolgerung: "Als langfri-

---

25 Vgl. u. Kap. IV.: Demokratisierung durch Ausbau der Mitbestimmung und der Vermögensbeteiligung.

26 Vgl. Horst Hochgreve, Integration des ökologischen Interesses in die Unternehmensverfassung, in: WSI Mitteilungen 8/1989, S. 462 ff. H. Hochgreve war auch schon mit eigenen Ideenvorschlägen an den Vorberatungen für den GRÜNEN Gesetzentwurf beteiligt.

27 Vgl. Jan Prieues Beitrag in diesem Heft.

stige Perspektive sollten demnach Arbeit, Natur und Kapital in allen Unternehmensorganen gleichgewichtig, also in Drittelparität vertreten sein."<sup>28</sup> Die Mitbestimmung des Faktors Natur sollten Umweltverbände und von betrieblichen Umweltauswirkungen betroffene Kommunen ausüben. Lediglich aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit und Praktikabilität hält Hochgreve es für angezeigt, kurzfristig zunächst den Weg eines Übergangsmodells zu gehen: für den AR eine strikt paritätische Besetzung von Arbeit und Kapital, wobei Arbeit und Kapital je einen Vertreter der Faktors Natur kooptieren, die wiederum nur von Umweltverbänden und betroffenen Kommunen vorgeschlagen werden können.<sup>29</sup> Ansonsten ist die Ausgestaltung des Übergangsmodells weitgehend deckungsgleich mit dem GRÜNEN Gesetzentwurf.

Schon Hochgreves Begründung für die grundsätzliche Gleichrangigkeit der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Natur und Kapital weist Schwächen auf. Während die Herleitung des Faktors Arbeit aus der Arbeitswerttheorie und des Faktors Natur aus seiner Eigenschaft einer unbedingten Vorbedingung für menschliche Arbeit erfolgt<sup>30</sup>, wird das Kapital in seiner konkreten Form des Produktivkapitals als ein nur abgeleiteter, sekundärer Faktor angesehen, dennoch aber – in Anlehnung an die katholische Soziallehre – als gleichberechtigter Produktionsfaktor und das Eigentum an ihm als eine Art "Sondereigentum" betrachtet.<sup>31</sup>

Solche theoretischen Ableitungsversuche der Produktionsfaktoren und die politischen Konsequenzen daraus scheinen doch relativ willkürlich zu sein. Hilfreicher ist dagegen der direkte Bezug auf einen *interessenorientierten Ansatz*: Welche gesellschaftlichen Interessen sollten in welcher Gewichtung im Unternehmen und in seinen Organen vertreten sein?

Aufgrund ihrer Arbeitsleistung und ihres persönlichen Risikos sollten die Beschäftigten im Unternehmen so stark gemacht werden, daß gegen ihren Willen das Unternehmen nicht geführt werden kann; dies bedeutet in einem nächsten Schritt die Überparität im AR. Der Vorschlag Hochgreves einer "dritten Bank" für die Natur würde zwar nicht generell, aber doch in der Tendenz darauf hinauslaufen, daß Kapital und Natur ein Bündnis gegen die Arbeit eingehen; denn die Kompensationsmöglichkeiten, über die das Kapital aufgrund seiner Flexibilität verfügt, können von der Arbeit dem Faktor Natur nicht angeboten werden. Ein

---

28 Hochgreve, a.a.O., S. 466.

29 Hochgreve, a.a.O., S. 466.

30 "Quelle der Produktion, des Wohlstands und der Wohlstandsmehrung ist also immer das Zusammenwirken von Arbeit und äußerer Natur; sie sind untrennbar aufeinander angewiesen." Hochgreve, a.a.O., S. 464.

31 Hochgreve, a.a.O., S. 463 f.

Gedankenspiel: Im Fall Krupp-Rheinhausen wäre ein Zusammenstimmen von Kapital und Natur zur Stillegung des Stahlwerkes wahrscheinlich gewesen, da "kein Stahlwerk" umweltverträglicher ist als ein real existierendes.

Der unbestreitbare Vorteil einer dritten Umwelt-Bank im AR ist, daß auf diese Weise das Umweltinteresse besonders stark gemacht wird (Zünglein an der Waage). Dennoch ist auch im überparitätischen Modell das Umweltinteresse stark in der Unternehmensverfassung verankert, u.z. durch das System der Wechselwirkung von UmweltsachwalterInnen im AR, dem/der UmweltdirektorIn, dem/der Umweltbeauftragten und dem Umweltausschuß im Unternehmen (vgl. Abb. 2).

Priewe versucht die Vorzüge beider Modelle zu integrieren: Er plädiert einerseits aus einer normativen Grundwerteentscheidung für Demokratie in der Wirtschaft für eine Überparität der Beschäftigten im AR gegenüber den Anteilseignern. Gleichzeitig fordert er autonome Umweltsachwalter für den AR "in einer bestimmten Proportion", die von den Umweltverbänden autonom gewählt werden; ihr Stimmrecht im AR sollte allerdings ausschließlich auf umweltrelevante Fragen (per gesetzlichen Themenkatalog vorgegeben) beschränkt sein. Gegen diesen Vorschlag ist einzuwenden:

- Eine Abgrenzung von umweltrelevanten Fragen ist kaum möglich: Da ein umfassend verstandener Umweltschutz verästelte Konsequenzen für alle möglichen Bereiche hat, ist es nur folgerichtig, die UmweltsachwalterInnen mit unbegrenztem Stimmrecht auszustatten.
- Aber selbst unter Priewes Annahme eines begrenzten Umweltmandats unterhöhlen die autonomen Umweltsachwalter die von ihm favorisierte Überparität der Beschäftigten im AR. Allein wenn die Quote der Umweltsachwalter ausschließlich auf Kosten der Anteilseignerseite ginge, ließen sich beide Vorschläge integrieren, wäre die zahlenmäßige Überparität der Beschäftigten im AR gesichert. Eine solche Lösung wird aber von ihm nicht angedeutet, entbehrt auch wohl jeder Begründbarkeit und Durchsetzungschance.

#### **IV. Demokratisierung durch Ausbau der Mitbestimmung und der Vermögensbeteiligung**

Eine Demokratisierung der Unternehmensverfassung über den Ausbau der Mitbestimmung stößt früher oder später an ihre Grenzen durch die Eigentumsgarantie der Grundgesetzes (s.o.: Zur Verfassungsmäßigkeit der Überparität im AR). Wenn die Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten nur ein – wenn auch sehr langwieriger – Weg zur Selbstbestimmung in den Unternehmen, zu einer wirklich demokratischen Unternehmensverfassung sein soll, müssen Wege gefunden wer-

den, die der Eigentumsgarantie Rechnung tragen. Und dies nicht nur und auch nicht in erster Linie aus einem verfassungspolitischen Kalkül, sondern aus einem ökonomischen Interesse: Konzepte, die deutlich über die paritätische Mitbestimmung hinausgehen, die die Mitbestimmung über ihre Kontrollfunktion hinaus zu einem Gestaltungsmittel entwickeln wollen, müssen sich der Problematik der Haftung und des Haftungsrisikos für das eingesetzte Kapital stellen. Wer die Unternehmenspolitik verantwortlich mitgestalten will, muß auch bereit sein, über das Arbeitsplatzrisiko, das die Beschäftigten in jedem Fall tragen, hinaus das Haftungsrisiko mit zu tragen. Und hier könnte die Vermögensbeteiligung der abhängig Beschäftigten am Produktivkapital eine zentrale Rolle übernehmen.

Die bisher in größerem Maßstab praktizierten Modelle der Vermögensbeteiligung sind für eine solche Strategie allerdings nicht geeignet. Denn die *Vermögensbeteiligung* ("Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand") muß zweierlei miteinander verbinden:

- Sie muß ein plausibles Konzept anbieten, um Demokratisierung in den Unternehmen mit einer höchstmöglichen Produktivität zu kombinieren.
- Sie muß die *bisher getrennten Bereiche der Vermögenspolitik und der Unternehmensmitbestimmung zusammenführen*.

Konzepte der Vermögensbildung der Beschäftigten in Form von *Belegschaftsaktien*, *stillen Gesellschaftsanteilen* oder *Beteiligungen an Investmentfonds* halten die Beschäftigten von nennenswerter Einflußnahme auf die Unternehmenspolitik fern; sie befördern infolgedessen auch nicht das Eigeninteresse am wirtschaftlichen Wohlergehen des eigenen Unternehmens und eine dementsprechende Freisetzung von Verantwortungsbereitschaft und Initiative. In der Regel erreichen Belegschaftsaktien zusammen weniger als zehn Prozent des Unternehmenskapitals.

Konzepte zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in Form von *überbetrieblichen Tariffonds* unter Verwaltung u.a. von Gewerkschaften, wie sie z.B. in Schweden realisiert sind, sind ebenfalls keine perspektivreiche Alternative. Ihr Vorteil liegt in zusätzlichen Einkommensanteilen für die Beschäftigten. Darüber hinaus sind sie aber aufgrund ihrer Unternehmensferne kein Anreiz für mehr Verantwortungsbereitschaft und Initiative der Beschäftigten für das eigene Unternehmen. Sie erhöhen nicht die Mitentscheidungsrechte der Beschäftigten in ihrem Unternehmen, vielmehr verstärken sie den wirtschaftlichen Einfluß unternehmensferner Bürokraten bei der Verwaltung der Tariffonds.

Ein *dritter Weg zur Vermögensbeteiligung* könnte in folgender Weise erfolgen:<sup>32</sup>

1. Die Beschäftigten erhalten – durch Rahmengesetz und Tarifvertrag abgesichert – eine im Zeitablauf *progressive Gewinnbeteiligung* an ihrem Unternehmen. Dies führt zu einer wachsenden Identifikation mit dem Unternehmen. Ein kleinerer Teil der Gewinnbeteiligung (z.B. 10%) wird als "Dividende" individuell ausgeschüttet, ist also ein zusätzlicher Konsumlohnanteil. Der weitaus größere Teil der Gewinnbeteiligung (z.B. 90%) bleibt betriebsgebundenes Kapital; dies ist faktisch ein Investivlohnanteil der Beschäftigten. Schrittweise erhalten die Beschäftigten auf diesem Wege einen zunehmenden Anteil am Produktivkapital ihres Unternehmens. In einem Zeitraum von 20-25 Jahren könnten sie so über die Mehrheit am Unternehmenskapital verfügen. (Mögliches Beispiel für die progressive Gewinnbeteiligung: Im ersten Jahr fñnf erhalten die Beschäftigten 20% des Gewinns als betriebsgebundenes Kapital; in den nächsten fünf Jahren 40%; nach zehn Jahren erhalten sie gleichbleibend 60%.) Die Eigentumsrechte der bisherigen Privateigentümer bleiben unberührt, da die zunehmenden Kapitalanteile der Beschäftigten allein durch die Aufteilung des erwirtschafteten Gewinns des Unternehmens zustandekommen.

2. Damit nicht ein Teil der Beschäftigten im Falle von individuellen Belegschaftsanteilen durch Entnahme ihrer Anteile aus dem Unternehmen die Kapitalbasis des Unternehmens gefährden kann, sollten die Kapitalanteile der Beschäftigten in Form von *neutralisiertem Kapital* aufgebaut werden, also in gemeinschaftlichem Eigentum der Belegschaft und in gemeinschaftlicher Verfügung mittels ihrer gewählten RepräsentantInnen (Betriebsrat).

3. Auf diesem Wege wären die Beschäftigten in doppelter Weise im Aufsichtsrat des Unternehmens repräsentiert: als abhängig Beschäftigte auf der "Arbeitnehmer"bank im Aufsichtsrat und als Kapitaleigner auf der Unternehmerbank im Aufsichtsrat. Aus dem Belegschaftsanteil am Unternehmenskapital würde so eine *effektive mehrheitliche Mitverfügung über dieses Kapital und die Unternehmenspolitik* resultieren. Ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung der Unternehmen könnte so auch zu einer deutlichen Steigerung der Produktivität der Unternehmen führen. Denn die Beschäftigten und ihre RepräsentantInnen wären – bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs – gehalten, zu einer effektiven und marktkonformen Unternehmenspolitik beizutragen. Gegenüber dem Status quo wäre allerdings ihr Eigeninteresse in unvergleichlich stärkerer Weise angesprochen.

---

32 Vgl. dazu auch: Eckhard Stratmann, Umschichtung und Neutralisierung des Produktivkapitals, in: Das Neue Unternehmen 1/89.



Der skizzierte dritte Weg der Vermögensbildung am Produktivvermögen scheint vielleicht utopisch zu sein. Doch ist bedenkenswert, daß in den USA etwa 1500 Beteiligungsunternehmen mehrheitlich im Besitz der MitarbeiterInnen sind. Dort wird die Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung, der Employee Stock Ownership Plan (ESOP), steuerlich gefördert. Die meistgenannten Einführungsgründe für ESOP sind die Gewährung einer zusätzlichen Sozialleistung, die Ausnutzung von Steueranreizen und erwartete Produktivitätsvorteile. Im Falle der Weirton Steel Corporation (West-Virginia, USA) hat ein Mehrheitsbeteiligungsmodell zur erfolgreichen Sanierung eines vom Konkurs bedrohten Stahlwerkes beigetragen.

Ohne einer einfachen Kopie der US-amerikanischen ESOP das Wort zu reden, könnten aber deren Erfahrungen eine von Dogmen und Vorurteilen freie Debatte in Deutschland anreichern helfen und Phantasie in die relativ festgefahrene vermögenspolitische Diskussion bei uns bringen. Dies ist angesichts der notwendigen Umstrukturierung des gewaltigen Treuhandvermögens in den neuen Bundesländern auch dringend notwendig. Hier war der Vorschlag eines Mehrheitsbeteiligungsmodells für das ehemalige Robotron-Werk in Sömmerda (Thüringen) hoffnungsversprechend. Es war in Form einer Mustersatzung von der dortigen Betriebsdirektion und der Betriebsgewerkschaftsleitung unter Beratung der IG Metall/Hauptvorstandsbereich ausgearbeitet worden<sup>33</sup> und als Antrag bei der Treuhandanstalt zur Genehmigung eingereicht worden. Der Antrag wurde zwar abgelehnt; dennoch kann das Sömmerda-Modell als wegweisend für die Zukunft betrachtet werden.

---

33 Satzung eines Gesamthandfonds für Robotron Sömmerda, in: Positionen sichern und Interessen wahren. Handbuch für die abhängig Beschäftigten in der DDR, Hg.: Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus Berlin, Berlin 1990, S. 127-131.

Jan Prieue

## **Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie – Überlegungen zur Mitbestimmungsdebatte anlässlich eines Gesetzentwurfes der "Grünen"**

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des realen Sozialismus und der alten Sozialismusideen, vor dem Hintergrund der traditionsreichen gewerkschaftlichen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung und angesichts der wohl offensichtlichen Krise der real institutionalisierten Unternehmensmitbestimmung<sup>1</sup> soll in diesem Aufsatz ein äußerst innovativer, jedoch noch nicht ausgereifter Diskussionsvorschlag aus der (ehemaligen) grünen Bundestagsfraktion zur "überparitätischen" Unternehmensmitbestimmung vorgestellt und diskutiert werden. Dabei geht es nicht um eine pragmatische isolierte Initiative, sondern um einen Vorschlag, der verstanden werden muß als wichtige Komponente in einem ganzen Bündel verschiedener weitreichender reformpolitischer Maßnahmen. Daher soll zunächst auf den systemkritischen Zusammenhang der angesprochenen Fragen eingegangen werden.

### **1. Weder Pragmatismus noch fundamentalistischer Anti-Kapitalismus: Plädoyer für Konzeptionen mittlerer Reichweite**

Gescheitert war das System des realen Sozialismus mit zentraler Planwirtschaft, Staatseigentum an den Produktionsmitteln, Außenhandelsmonopol und fehlender politischer Demokratie schon seit langem, gemessen an ökonomischen, ökologischen und demokratischen Ansprüchen. Je mehr sich Transparenz gegenüber den Relikten der Ökonomie des realen Sozialismus herstellt, desto offenkundiger wird das wahre Ausmaß der ökonomischen Ineffizienz, der Naturzerstörung und der antidemokratischen Züge des alten Systems. Gescheitert sind auch, historisch gesehen, alle reformsozialistischen, alle marktsozialistischen Versuche der immanenten Veränderung der alten Systeme, teils weil die eingeleiteten Maßnahmen nicht tragfähig waren, teils weil die Versuche mit Gewalt abgeblockt wurden<sup>2</sup>.

---

1 So Helmut Martens, Mitbestimmung und Demokratisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1990, S. 492.

2 Vgl. für die Sowjetunion: Hansgeorg Conert, Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus, Münster 1990, S. 111 ff.; für andere Länder vgl. Włodzimierz Brus, Kazimierz Laski, Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem,

Schlimmer noch, es gab und gibt bis heute keine einigermaßen schlüssigen marktsozialistischen Konzeptionen. Zwar hat dieser Sachverhalt sehr viel mit staatlicher Repression oder Zurückdrängung kritischer Wissenschaft im Osten wie auch im Westen zu tun, jedoch dokumentieren die meisten sachkundigen Analysen ein sehr hohes Maß an Skepsis.<sup>3</sup>

Ebenso wenig besteht jedoch Anlaß, den real existierenden Kapitalismus als triumphierenden Endsieger der Systemauseinandersetzung anzusehen. Dessen immanente Widersprüche erzwingen ständige Veränderungen; wer die gleichen Bewertungsmaßstäbe an diese Systeme wie an die zusammengebrochenen östlichen anlegt, muß über weitreichende Veränderungen nachdenken. Dies gilt etwa für die traditionellen sozialen Fragen (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Einkommens- und Vermögensverteilung), für die Ökonomie der Geschlechterverhältnisse, für das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, für die Beherrschung technologischer Risikopotentiale, für die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die Partizipation der Arbeitnehmer im Wirtschaftsprozess. Dies gilt vor allem für die internationalen Probleme kapitalistischer Marktwirtschaften, die immer Weltmarktwirtschaften sind (im Gegensatz zu den Systemen des realen Sozialismus). Im kapitalistischen Weltsystem koexistieren fortwährend und wohl auch noch auf lange Sicht industrialistische Entwicklung in den relativ kleinen Metropolen und massenhafte Unterentwicklung in den meisten Ländern der "dritten Welt". Entwickelter und unterentwickelter Kapitalismus gehören zusammen, ohne daß damit Aussagen über monokausale Zusammenhänge beider "Welten" getroffen werden sollen.

Mit den alten realsozialistischen Konzeptionen läßt sich nicht mehr viel anfangen, auch nicht mit den alten Utopien. Zu Recht hat Dieter Senghaas kürzlich die jahrzehntelange unbekümmerte Naivität traditioneller Sozialismusvorstellungen, deren perpetuierte Vagheit und Leerformelhaftigkeit kritisiert.<sup>4</sup> Vieles, was als Utopie ausgegeben wurde, war nur Ausdruck mangelnder Reflexion und trotzig verweigerter Zur-Kenntnisnahme realer Probleme. Nach über 150 Jahren sozialistischer Theoriebildung ist antikapitalistischer Fundamentalismus, der sich in der Negation des Bestehenden sowie im Prinzip Hoffnung erschöpft, wenig überzeugend. Was Karl Korsch vor nahezu achtzig Jahren schrieb, ist heute immer noch – oder gerade wieder – gültig:

---

Marburg 1990, S. 65 ff.; siehe auch: Elmar Altvater, *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991, S. 36 ff.

3 Vgl. Włodzimierz Brus, Kazimierz Laski, *Von Marx zum Markt*, a.a.O.

4 Dieter Senghaas, *Jenseits des Nebels der Zukunft: Eine geschichtsmächtige Kontroverse neigt sich zum Ende*, in: *Leviathan* 2/1990, S. 185 ff.; ders., *Eine immer noch fröhliche Antwort auf meine Kritiker*, in: *Leviathan* 4/1990, S. 506 ff.

"Fragt man einen Sozialisten, was er unter 'dem Sozialismus' versteht, so wird man als Antwort bestenfalls eine Schilderung des 'Kapitalismus' erhalten. Und die Bemerkung, daß 'der Sozialismus' diesen Kapitalismus durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beseitigen werde. Aller Nachdruck liegt dabei auf der Negative, daß der Kapitalismus beseitigt werden soll; auch der Ausdruck 'Vergesellschaftung der Produktionsmittel' bedeutet zunächst weiter nichts als die Verneinung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sozialismus bedeutet Antikapitalismus. Der Begriff 'Vergesellschaftung der Produktionsmittel' hat einen klar negativen Sinn; nach der positiven Seite hin ist er leer und nichtssagend. Diese Inhaltlosigkeit der sozialistischen Formel für die Organisation der Volkswirtschaft war und ist solange unschädlich, als die praktische Wirksamkeit des Sozialismus auf die Bekämpfung und die Beseitigung von bestehenden Mißständen beschränkt ist. Sie wird schädlich, sobald der Augenblick gekommen ist, wo der Sozialismus irgendwie die Regierung antritt und nun aufgefordert wird, die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft zu vollziehen. Würde dieser Augenblick irgendwo eintreten, so würde er den Sozialismus unvorbereitet finden; der Sozialismus müßte bekennen, daß er eine ausreichende Konstruktionsformel für die Organisation der Volkswirtschaft noch nicht gefunden hat."<sup>5</sup>

Heute indessen ist die Negativformel sogar noch umfassender, denn sie wird auch immer eine Abgrenzung vom realen Sozialismus enthalten. Was Korsch ebenso wie der Theorietradition des Sozialismus und vielen zeitgenössischen Sozialisten gemeinsam vorschwebte, war die Idee einer "ausreichenden Konstruktionsformel". Auch Senghaas scheint wie Korsch eine derartige Formel zu postulieren – Korsch suchte sie, Senghaas hält die Suche für endgültig gescheitert. Dabei unterliegen beide dem Irrtum, als ob eine moderne Volkswirtschaft oder gar Gesellschaft auf einer schlichten Konstruktionsformel beruhen könne. Der moderne deutsche Kapitalismus beruht gerade nicht auf der Umkehrung der realsozialistischen Formel: also etwa Privateigentum an den Produktionsmitteln plus (Welt-) Marktwirtschaft plus politischer Demokratie, sondern auf einem komplizierten und sich ständig ändernden Gemisch von Markt, Staat, privatem und öffentlichem Eigentum, Markt und Plan, Macht und Gegenmacht etc., das nur notdürftig mit dem Begriff "gemischte Wirtschaft" umschrieben werden kann. War es nicht gerade der große Fehler des realen Sozialismus, Wirtschaft und Gesellschaft auf einer einfachen, mit Gewalt starr durchgehaltenen Konstruktionsformel aufzubauen: Staatseigentum an den Produktionsmitteln, Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol, Macht der Arbeiterklasse in Gestalt der kommunistischen Partei, die die Definitionsmacht für diese Formel monopolistisch innehat? Eine moderne

---

5 Karl Korsch, Politische Texte, Frankfurt/Main 1974, S. 18 (zitiert nach Dieter Senghaas, Jenseits des Nebels der Zukunft, a.a.O., S. 189.

und komplexe Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht "konstruiert" werden, und schon gar nicht nach einer bestimmten Formel. Sie muß sich entwickeln können, sie braucht Veränderungsmöglichkeiten und Bewegungsformen, sie muß zu sozialem Wandel fähig sein. Dazu bedarf es nicht einer, sondern vieler Formeln, und die Formeln müssen veränderbar sein.

Für Senghaas ist angesichts dieser Probleme zusammen mit dem realen Sozialismus auch das gesamte Projekt Sozialismus gestorben, und er fordert den paradigmatischen Wechsel zum vermeintlich siegreichen "liberalen Projekt". Indem er dessen Probleme, Widersprüche und Veränderungspotentiale weitgehend ausklammert, stolpert er unversehens in Apologetik: Da die anstehenden Veränderungen nicht mehr um das altsozialistische Paradigma "Plan, Kollektiveigentum und Außenhandelsmonopol" kreisten, reduziere sich alles auf "sozialdemokratische bzw. gewerkschaftlich-sozialdemokratische Politik", die er nicht sozialistisch nennen mag. Damit werden die riesigen realen Probleme in semantische miniaturisiert – und dem Triumph des "liberalen Projekts" wird faktisch Beifall gezollt.

An dieser Stelle soll nicht darüber philosophiert werden, ob der Begriff Sozialismus noch zukunftstauglich ist, wie er mit Inhalten und Leben gefüllt werden könnte, und wie er von konservativen sowie despotischen Gesellschaftsformen abgegrenzt werden kann.<sup>6</sup> Wichtiger scheint mir zu sein, auf die Fülle interessanter, weitreichender demokratischer Vorschläge und Konzeptionen zu verweisen, die in der langen Geschichte der sozialen Bewegungen entwickelt und durch realpolitisch-pragmatische Kompromisse oder konservative Umbrüche häufig verschüttet wurden. In dieser Tradition liegen zahlreiche Vorschläge der Gewerkschaften, die Arbeiten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wie auch viele Vorschläge aus dem Spektrum der "Grünen". Hier liegen viele "wirtschafts-demokratische" konzeptionelle Bruchstücke vor, keine geschlossenen sozialistischen Theoriesysteme, keine neuen Systementwürfe. Häufig sind sie nicht hinreichend diskutiert und zu Ende gedacht. Und hier besteht eine große "Bedarflücke": Konzeptionelle Zukunftsentwürfe mittlerer Reichweite, die handlungsleitend sein können für soziale Bewegungen, damit diese die Realität schrittweise und mit zukunfts-offenen Kompromissen verändern können; problem- oder bereichsorientierte Entwürfe, keine alternativen Zauberformeln für Systeme

6 Vgl. Helga Grebing, "Soziale Marktwirtschaft" – Zur Vorgeschichte und Entwicklung eines neutralen Schlagwortes in der deutsch-deutschen Diskussion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/6 1990, S. 321 ff.; Karlheinz Blessing, "Die Wirklichkeit drängt zum demokratischem Sozialismus". Eine Replik auf Dieter Wunder, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1990; vgl. auch die kritischen Kommentare zur Sozialismus-Debatte von Hartmut Häußermann, Katharina Bluhm, Helmut König, Rudolf Hickel und Bodo von Greiff, in: Leviathan 2/1990, S. 196 ff.; siehe auch Joachim Bischoff und Michael Menard, Marktwirtschaft und Sozialismus, Hamburg 1990.

"aus einem Guß", aber auch keine pragmatischen Ideen für anspruchslose blasse "Reförmchen". Diese Zukunftsoffenheit ist im übrigen auch die entscheidende Erfolgsformel für den sozialstaatlich regulierten deutschen Kapitalismus der Gegenwart: Wenn er erfolgreich war oder sein wird, so nur, insoweit er veränderungsfähig ist und wesentliche Impulse der Kapitalismuskritik aufnimmt und produktiv verarbeitet.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hatte im Rahmen ihres Memorandum 1990 ihr ordnungspolitisches Credo ausführlich dargestellt<sup>7</sup>, was gelegentlich als Positionswechsel hin zur "sozialen Marktwirtschaft" kritisiert wurde, obwohl gerade diese Position darin abgelehnt wurde. Kern dieses Credo ist, daß die Ausrichtung der Wirtschaft an gesellschaftlichen Zielen nicht die vollständige oder weitgehende Überführung von Privat- in Staatseigentum erfordere, wenngleich die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse im Rahmen einer industriepolitischen Konzeption instrumentell sinnvoll sein kann. Die "Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien" wird nicht als wirtschaftlicher oder politischer Selbstzweck, als Ziel sui generis angesehen, vielmehr sei die Demokratisierung der Verfügungsmacht über Kapital durch Wirtschaftsdemokratie die entscheidende Aufgabe. Die Eigentumsfrage sei als eine nach Sektoren differenzierte instrumentelle Frage zu begreifen. Übergeordnet sind strukturpolitische Konzeptionen. Zudem gebe es bereits einen großen öffentlichen Sektor sowie auch einen nichtstaatlichen non-profit-Sektor. Wichtiger als die Eigentumsfrage seien auch sozialstaatliche und ökologische Regulierungsnetzwerke für Märkte. Letztlich gehe es darum, das Zielsystem kapitalistischer Unternehmen so zu ändern, daß soziale, ökologische und demokratische Komponenten ein größeres Gewicht erhalten.

Diese Grundkonzeption bleibt recht allgemein, insbesondere die Art und Weise der Wirtschaftsdemokratie bleibt offen.<sup>8</sup> Betont wurde die Notwendigkeit des Ausbaus der verschiedenen Mitbestimmungsebenen der Arbeitnehmer, um zu einer neuen Unternehmensverfassung zu gelangen. Diese muß jedoch im Kontext einer alternativen wirtschaftspolitischen Konzeption diskutiert werden, also unter Einschluß von Forderungen nach staatlicher Investitionslenkung, regionaler und sektoraler Strukturpolitik, neuer umweltpolitischer Steuerungsinstrumente wie Öko-Abgaben etc. Wird die Eigentumsfrage jedoch in ihrer Bedeutung abgestuft gegenüber den traditionellen sozialistischen Konzeptionen, die ja in den Grund-

---

7 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '90, Köln 1990, S. 143-176.

8 Die Arbeitsgruppe hatte 1980 ausführliche Überlegungen zur Strukturpolitik, Investitionslenkung und volkswirtschaftlichen Rahmenplanung vorgelegt. Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 266-284; darüber hinaus wurden bereichsspezifische Alternativen entwickelt, insbesondere zur Stahlindustrie: dieselbe, Memorandum '81, Köln 1981, S. 205-313.

satzprogrammen der Gewerkschaften bis heute eine wichtige, wenn auch nur langfristige Rolle spielen, dann bekommen Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie einen viel höheren Stellenwert. Um so wichtiger ist die Untersuchung von Vorschlägen, die über den Status quo der Mitbestimmung hinausgehen.

Bereits 1988 hatten die Grünen im Bundestag einen Vorschlag für eine erhebliche Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung ausgearbeitet, der jedoch nicht veröffentlicht, nicht zu Ende diskutiert und nicht mehr in den Bundestag eingebracht wurde. Bevor nun dieser Gesetzentwurf näher untersucht wird, soll zunächst der Stand der Mitbestimmungsdiskussion in den Gewerkschaften kurz resümiert werden.

## **2. Die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung in den Gewerkschaften**

Die heutige Mitbestimmungsdebatte, soll sie nicht pragmatisch verengt, sondern als Zukunftsdiskussion geführt werden, muß in die lange Geschichte der Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung eingebettet werden. Nach dem ersten Jahrzehnt zwiespältiger Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik war das entscheidende Dokument die im wesentlichen von Fritz Naphtali geprägte Schrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) mit dem programmatischen Titel "Wirtschaftsdemokratie"<sup>9</sup>. Die darin vertretene Konzeption, deren Ausstrahlung bis heute reicht, konzentriert sich auf vier Dimensionen von Reformprogrammen<sup>10</sup>: (1) Demokratisierung der Wirtschaft durch Schaffung von Selbstverwaltungskörpern, öffentliche Betriebe, Gemeinwirtschaft und Genossenschaften; (2) Demokratisierung der Organe staatlicher Wirtschaftspolitik durch Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern im Staatsapparat; (3) Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsrecht, Betriebsdemokratie und Sozialpolitik; (4) Demokratisierung des Bildungswesens. Die Sozialisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln war langfristig als Kern der Sozialismusidee durchaus angestrebt.<sup>11</sup> Für Fritz Tarnow war Wirtschaftsdemokratie eine realistische Zwischenstufe auf dem Weg zum Sozialismus, den man nicht weiter ausmalen wollte.<sup>12</sup> Mitbestimmung kam in dieser Konzep-

---

9 Fritz Naphtali (Hrsg. im Auftrag des ADGB), Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Berlin 1928.

10 Vgl. Fritz Vilmar, Wirtschaftsdemokratie, in: Lexikon des Sozialismus, hrsg. von Thomas Meyer u.a., Köln 1986, S. 714.

11 Vgl. Klaus Novy, Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1978.

12 Vgl. Ulrich Borsdorf, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen, Heft 3/1986, S. 269 ff.

tion eigentlich eher nur am Rande vor: Die Wirtschaftsdemokratie war stark auf den Staat fixiert, Gewerkschaften und Betriebsräte hatten eine repräsentativ-korporatistische Funktion; allerdings sollten Vertreter der Arbeitnehmerschaft in den Geschäftsführungen monopolartiger Unternehmen mitarbeiten. Naphtali war skeptisch hinsichtlich der Mitarbeit von Betriebsräten in den Aufsichtsräten von Großunternehmen; im wesentlichen sah er nur Informationsfunktionen für diese Form der Repräsentanz.<sup>13</sup> Wenngleich hier die Wurzel der heutigen Mitbestimmung liegt, so hatte sie damals im Rahmen der Konzeption der Wirtschaftsdemokratie eine untergeordnete Funktion.

Mit der Bildung der Einheitsgewerkschaften nach 1945 wurde für die gewerkschaftliche Programmatik eine breitere und damit kompromißhaftere Grundlage benötigt. Immer noch wurde der Kern der gewerkschaftlichen Alternativen in der Wirtschaftsdemokratie gesehen, für die das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) eine Konzeption ausarbeiten sollte, während die Mitbestimmungsidee nach wie vor einen untergeordneten Stellenwert hatte. Borsdorf beschreibt die Geburt der Montanmitbestimmung wie folgt:

"Das Modell der Montanmitbestimmung war also nicht der zuerst verwirklichte Teil eines – 1946 nicht vorhandenen – Gesamtkonzeptes der Gewerkschaften zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern entstand aus der Politik einiger Betriebsräte in der Montanindustrie und einer Konstellation, die sich in der Gemengelage von Entflechtung, Demontage, Sozialisierungsabsichten und Sozialisierungsfurcht um die Jahreswende 1946/47 zwischen der britischen North German Iron and Steel Control..., den betroffenen Unternehmen und der noch inoffiziellen Gewerkschaftsführung in der britischen Zone unter Hans Böckler ergab."<sup>14</sup>

An anderer Stelle charakterisiert er die Montanmitbestimmung als die "isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit"<sup>15</sup>. Allein aus dieser historischen Betrachtung heraus sollte kein Anlaß bestehen, das Montanmodell als Fixpunkt der Unternehmensmitbestimmung zu überhöhen. Zu Recht fordert Borsdorf "einen neuen Schub von Ideen" für konkrete Utopien der Gegenwart.

Im Laufe der 70er Jahre hat sich zwar die programmatische gewerkschaftliche Diskussion erheblich gegenüber Naphtalis Wirtschaftsdemokratie-Konzept weiterentwickelt, aber sie blieb doch sehr blaß und häufig formelhaft. Fritz Vilmar

---

13 Ebenda, S. 271 f.

14 Ebenda, S. 276.

15 Ulrich Borsdorf, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982, S. 274.



faßt die neueren Wirtschaftsdemokratie-Vorstellungen mit drei Strategien zusammen: (1) Volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung, (2) Kontrolle unternehmerischer Macht einschließlich notwendiger Teilvergesellschaftung, (3) Mitbestimmung auf allen Ebenen und Humanisierung der Arbeit.<sup>16</sup> Die drei Teilelemente werden bekanntlich sehr unterschiedlich interpretiert und gewichtet; es mangelt an konsistenten Konzeptionen, die über Programmsätze hinausgehen.<sup>17</sup> In den 80er Jahren dominierte in der Programmdiskussion zudem die Frage nach den geeigneten Strategien gegen Arbeitslosigkeit, neue Kapitalstrategien und konservative Hegemonie, während die wirtschaftsdemokratischen Ziele eher in den Hintergrund als ideologische Kulisse rückten.

Seit einigen Jahren hat nun eine Diskussion über die Bestandsaufnahme der Unternehmensmitbestimmung, insbesondere der nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976, begonnen. Diese noch längst nicht abgeschlossene Diskussion kann wohl in folgender Weise vorsichtig resümiert werden<sup>18</sup>:

– Die Mitbestimmung von 1976 kann nicht als echte Mitbestimmung angesehen werden, da keine wirkliche Parität erreicht wird wegen des doppelten Stimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Pattauflösung und wegen der zur Arbeitnehmerseite gerechneten leitenden Angestellten. Es konnte keine Gegenmacht zu den Vorständen der Großunternehmen aufgebaut werden. Der Fortschritt gegenüber der drittelparitätischen Mitbestimmung gemäß Betriebsverfassungsgesetz ist gering.

– Die 76er Mitbestimmung hat überwiegend eine Informationsfunktion für die Arbeitnehmervertreter und damit eine dienende Funktion für die betriebliche Interessenvertretung. Die Aufsichtsratsvertreter operieren überwiegend relativ abgehoben in "Gentlemen-Gremien" ohne großen betriebspolitischen Nutzen. Bei starker betrieblicher Interessenvertretung lassen sich jedoch – ähnlich wie bei der Montanmitbestimmung – begrenzte Erfolge insbesondere in Krisensituationen erzielen. Insgesamt kann die Unternehmensmitbestimmung – sowohl die 76er als

---

16 Fritz Vilmar, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 714.

17 Vgl. die Diskussionsbeiträge in dem Sammelband: Heiner Heseler/Rudolf Hickel (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Über die Neuordnung ökonomischer Machtverhältnisse. Hamburg 1986.

18 Vgl. Ulrich Bamberg u.a., Aber ob die Karten voll ausgereizt sind ... 10 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976 in der Bilanz, Köln 1987; Helmut Martens, Gerd Peter (Hrsg.), Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven. Wiesbaden 1989; Helmut Martens, Mitbestimmung und Demokratisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1990, S. 481 ff.; Gerhard Leminsky, Die Perspektiven von Mitbestimmung angesichts des deutsch/deutschen Einigungsprozesses, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5-6/1990, S. 361 ff.; Heft 5/1990 von "Die Mitbestimmung" zum Thema "Die Zukunft der Mitbestimmung".

auch die Montanmitbestimmung – nicht als Weg zur Realisierung der höheren Ansprüche auf Wirtschaftsdemokratie angesehen werden.

– Unabhängig von der Mitbestimmung haben die Aufsichtsräte gegenüber den Vorständen von Großunternehmen einen erheblichen Bedeutungsverlust erlitten – analog zum Verhältnis von Parlamenten und Regierung. Aufsichtsräte sind immer weniger effektive Kontrollinstanzen für Unternehmen. Die Anteilseignervertreter beschränken sich häufig auf die Kontrolle der Einhaltung "angemessener" Dividendenzahlungen. Allerdings scheint es beträchtliche Unterschiede in der Aufsichtsratspraxis zwischen den Unternehmen und Branchen zu geben. Unbestritten ist jedoch, daß die Vorstände einen bedeutenden unkontrollierten Machtzuwachs gegenüber den Anteilseignern bei der Verfügungsmacht über Produktionsmittel, Finanzen und Arbeitskräfte erhalten haben.

– Die Montanmitbestimmung wird zwar positiver beurteilt, aber nicht durchgängig.<sup>19</sup> Im Montanbereich wurden bei aktiver Betriebspolitik in den Bereichen Arbeitsschutz, Arbeitsgestaltung, Personalplanung und Rationalisierungsschutz bessere Ergebnisse erzielt als anderswo, jedoch waren diese Erfolge häufig nur indirekt Auswirkung der Montanmitbestimmung.

– Die im Betriebsverfassungsrecht fehlende Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten kann durch die Unternehmensmitbestimmung nicht ersetzt werden. Es stellt sich damit die Frage, ob wirtschaftliche Mitbestimmung vorrangig auf Betriebsebene oder sowohl auf Betriebs- als auch auf Unternehmensebene zu fordern ist. Daß wirtschaftliche Mitbestimmung fehlt bzw. in den Aufsichtsräten nur schwach entwickelt ist, wird allseits als Manko angesehen.

– Unternehmensmitbestimmung ist eine Form repräsentativer "Stellvertreter-Demokratie". Prioritär ist der Ausbau basisdemokratischer partizipatorischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die derzeit kaum vorhanden ist. Das Management kann diese Lücke effektiv und geschickt durch partizipatorische, motivationsorientierte Führungsstile ausfüllen. Generell wird – insbesondere unter Mobilisierungs- und Durchsetzungsaspekten – dem Ausbau der betrieblichen und der arbeitsplatzbezogenen Mitbestimmung Vorrang zugebilligt.<sup>20</sup>

---

19 Für Helmut Martens gibt es keine allzu großen Unterschiede in der Praxis von Montan- und 76er Mitbestimmung: Mitbestimmung und Demokratisierung, a.a.O., S. 482. Sein zusammenfassendes Urteil zur Montanmitbestimmung: "Die Montanmitbestimmung blieb unvollendetes Programm und ist heute von diesem Blickwinkel aus wohl am treffendsten als eine 'altelhrwürdige Ruine' zu bezeichnen." Die Montanmitbestimmung gilt derzeit noch für 31 westdeutsche Unternehmen.

20 Vgl. Lorenz Schwegler und Christian Götz: Ist die Mitbestimmung über den Aufsichtsrat den Erwartungen gerecht geworden? in: Die Mitbestimmung, Heft 5/1990, S. 320 ff.; siehe

Bemerkenswert an dieser Bestandsaufnahme und Perspektiven-Diskussion ist dreierlei:

Erstens werden umweltpolitische Fragestellungen nahezu ausschließlich auf der Ebene betrieblicher Mitbestimmung (Produktmitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebsvereinbarungen, Forderung nach paritätisch besetztem Umweltausschuß etc.) diskutiert, zum Teil auch auf der Ebene von Tarifverträgen. Nur ganz vereinzelt wird die Ebene der Aufsichtsräte als Ort ökologischer Mitbestimmung thematisiert. So forderte etwa Horst Hochgreve (DGB Hessen) 1989 langfristig eine Drittelparität in den Aufsichtsräten für die Faktoren Arbeit, Kapital und Natur; übergangsweise sollen Vertreter des Faktors Natur von den Vertretern der beiden anderen Faktoren kooptiert werden. Diese Übergangslösung ähnelt sehr stark dem grünen Vorschlag.<sup>21</sup>

Nur gelegentlich wird darauf hingewiesen, daß Mitbestimmung, wenn sie Umweltschutz einbeziehen will, nicht allein aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ableitbar ist und insofern die Konzeption interessenorientierter Mitbestimmung sprengt.<sup>22</sup> Immerhin äußerte Franz Steinkühler in einer Podiumsdiskussion: "Wenn Produktmitbestimmung letzten Endes darüber entscheiden soll, welche Produkte hergestellt werden und welche nicht, dann kann man mit mir darüber reden, ob Mitbestimmung in diesem Fall nur wie bisher stattfinden soll zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Ich könnte mir jedenfalls vorstellen, daß andere, die nicht in der Gewerkschaft sind und nicht Arbeitgeberfunktionen ausüben, in dieser Frage ein entscheidendes Wort mitzureden hätten. Das heißt, daß wir gegebenenfalls auch über ganz neue gesellschaftliche Formen der Mitbestimmung zu reden haben."<sup>23</sup> Allerdings blieb es bislang bei dieser Ankündigung.

Zweitens wird in der Diskussion über Perspektiven der Mitbestimmung, was die Ebene der Aufsichtsräte angeht, nach wie vor das Montanmodell gewissermaßen als "Ende der Fahnenstange" favorisiert und "als Grundlage gewerkschaftlicher

---

auch Michael Bürger, Offene Strategie anstelle eines geschlossenen Konzeptes – Perspektiven gewerkschaftlicher Mitbestimmung, in: Die Mitbestimmung, Heft 5/1990, S. 335.

21 Vgl. Horst Hochgreve, Integration des ökologischen Interesses in die Unternehmensverfassung, in: WSI-Mitteilungen, Heft 8/1989, S. 466. Hochgreves Vorschlag wurde in das Memorandum '90 unverändert aufgenommen, vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '90, Köln 1990, S. 232 f. Auch Karin Roth (IG Metall) diskutiert Fragen eines ökologischen Mandates für den Aufsichtsrat, siehe: Ökologisches Mandat für den Aufsichtsrat ..., in: Die Mitbestimmung, Heft 11/12 1990, S. 692 ff.

22 Vgl. Helmut Martens, Mitbestimmung und Demokratisierung, a.a.O., S. 493.

23 "Bei den Produkten müssen wir auch über neue Formen gesellschaftlicher Mitbestimmung reden", in: Die Mitbestimmung, Heft 5/1990, S. 338.

Mitbestimmungsforderungen" (Ernst Breit) eingestuft.<sup>24</sup> Mir sind keine Mitbestimmungsvorschläge aus der Gewerkschaftsdiskussion bekannt, die wesentlich über das Montanmodell hinausgehen und der Kritik an diesem Modell der kooperativen Konfliktbewältigung Rechnung tragen. Zudem mangelt es der Mitbestimmungsdebatte an Überlegungen, wie die einzelnen Ebenen der Mitbestimmung vernetzt und in ein übergreifendes Konzept der Wirtschaftsdemokratie eingefügt werden können.

Drittens besteht in der Mitbestimmungsdebatte die Gefahr, daß die vier Ebenen der Mitbestimmung gegeneinander ausgespielt werden. Zweifellos ist es zutreffend, daß unter Mobilisierungs- und Durchsetzungsgesichtspunkten die Mitbestimmungsebenen Arbeitsplatz und Betrieb politische Priorität haben müssen und vorrangig weiterentwickelt werden müssen. Dies darf jedoch nicht heißen, daß ein resignierender klammheimlicher Rückzug aus der Unternehmensmitbestimmung sowie der ohnehin wenig entwickelten überbetrieblichen Mitbestimmung einsetzt, ohne hier weiterführende neue Konzeptionen zu durchdenken. Nach wie vor sind die Vorstände von Großunternehmen die wichtigsten Entscheidungszentren der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft, die, was Grundsatzentscheidungen angeht, in den vergangenen Jahrzehnten einen Bedeutungszuwachs und einen Kontrollverlust erfahren haben. Gegenmachtbildung und Wahrnehmung von Gestaltungsaufgaben kann nicht nur – und nicht einmal vorrangig – bei den Auswirkungen dieser Grundsatzentscheidungen auf der Ebene des Betriebes ansetzen.

### **3. Überparitätische Mitbestimmung und Umweltdemokratie im Aufsichtsrat – der grüne Entwurf**

Der grüne Gesetzentwurf<sup>25</sup> lehnt sich zwar sehr stark an den bereits erwähnten Gesetzesvorschlag des DGB aus dem Jahre 1982 an, der das Montanmodell favorisiert, geht jedoch in entscheidenden Punkten weit darüber hinaus. Bemerkenswert ist an der grünen Initiative, daß sie nicht nur die Unternehmensverfassung umweltpolitisch erweitern will durch Umweltvertreter im Aufsichtsrat wie

---

24 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen (Mitbestimmungsgesetz), Düsseldorf o.J. (Das Dokument stammt offensichtlich aus dem Jahre 1982), hier: S. 4 (Vorwort). Dieser Gesetzentwurf enthält zwar zahlreiche interessante Einzelvorschläge, die über die Montanmitbestimmung hinausgehen, jedoch wird am Modell der Parität mit einem weiteren neutralen Mitglied im Aufsichtsrat festgehalten.

25 Die Grünen im Bundestag, Gesetz zum Ausbau der Mitbestimmung (incl. Montanmitbestimmung) und zur ökologischen Mitbestimmung im Unternehmen. Hektografiertes Manuskript.

auch im Vorstand, sondern gleichzeitig die soziale und politische Reichweite der Mitbestimmung über die Meßlatte der Parität hinausschieben will. Implizit geht der Vorschlag von der Nachrangigkeit bzw. Nicht-Gleichrangigkeit des "Produktionsfaktors" Kapital gegenüber Arbeit und Natur aus. Mit der Vorstellung einer sozialpartnerschaftlichen Parität von Arbeit und Kapital wird also gebrochen.

Drei Grundideen kennzeichnen den Entwurf, der für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates zwei Varianten enthält:

(1) In der als "überparitätisches Modell" bezeichneten Variante wird der Aufsichtsrat aus je 6 bis 10 Vertretern oder Vertreterinnen der Arbeitnehmer sowie der Anteilseigner zusammengesetzt, die mit 2/3-Mehrheit den/die Aufsichtsratsvorsitzende(n) und dessen/deren Stellvertreter(-in) wählen – wie derzeit. Kommt die Mehrheit nicht zustande, wählt die Arbeitnehmerbank den/die Vorsitzende(n), die Kapitaleseite den/die Stellvertreter(-in), also umgekehrt im Verhältnis zur derzeitigen Lösung. Zur Pattauflösung im Aufsichtsrat hat der/die Vorsitzende zwei Stimmen. Die unterlegene Seite kann einen vom Aufsichtsrat gewählten paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsausschuß zur Vermittlung anrufen.

In dem als "paritätisches Modell" bezeichneten Alternativvorschlag wird analog zur Montanmitbestimmung der Aufsichtsrat paritätisch zusammengesetzt und ein "weiteres Mitglied" einbezogen, das jedoch Sachwalter(-in) des Umweltinteresses sein soll, das mit der Mehrheit der vier anderen Sachwalter(-innen) des Umweltinteresses (siehe unten) zu wählen ist. Kommt eine Wahl nicht zustande, so muß eine gerichtliche Bestellung vorgenommen werden.

(2) Sowohl auf der Arbeitnehmer- als auch auf der Anteilseignerbank müssen jeweils zwei "Sachwalter/-innen von Umweltinteressen" vertreten sein, die Fachkompetenz in Sachen Umweltschutz aufweisen, jedoch nicht "RepräsentantInnen" der Gewerkschaften oder der Arbeitgeberverbände sein dürfen, bei diesen nicht ständig beschäftigt sein und auch keine wirtschaftlichen Interessen an dem Großunternehmen haben dürfen. Die Anteilseignervertreter einschließlich der Umweltsachwalter werden von der Hauptversammlung gewählt, wobei neben der Hauptversammlung die Naturschutz- und Verbraucherverbände sowie das Kommunalparlament derjenigen Kommune, in der das Großunternehmen seinen Sitz hat, Vorschlagsrechte haben. Die Arbeitnehmervertreter einschließlich ihrer Umweltsachwalter sollen von der Versammlung sämtlicher Betriebsratsmitglieder des Großunternehmens gewählt werden, wobei neben den Betriebsräten und den Gewerkschaften ebenfalls die schon bei der Kapitaleseite genannten außerbetrieblichen Institutionen vorschlagsberechtigt sind.

(3) Neben dem Arbeitsdirektor und analog zu diesem soll ein(e) Umweltdirektor(in) als Vorstandsmitglied gewählt werden, der (die) jedoch nicht gegen die Stimmen der SachwalterInnen des Umweltinteresses im Aufsichtsrat bestellt werden kann.

Über diese drei Grundideen hinaus enthält der grüne Entwurf unter anderem die folgenden Bestimmungen, die mehr oder minder mit den gewerkschaftlichen Vorschlägen (DGB-Gesetzentwurf) übereinstimmen:

- Der Gesetzentwurf soll für alle Großunternehmen gelten und damit sowohl die Montanmitbestimmung als auch das 76er Gesetz ablösen.

- Die Zweigniederlassungen ausländischer Konzerne werden in die Mitbestimmungspflicht einbezogen. Die im Ausland tätigen Arbeitnehmer werden bei der Ermittlung der Größenschwelle hinzugezählt. Als Großunternehmen gelten alle Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten (derzeit 2000). Auch Gleichordnungskonzerne werden in die Mitbestimmungspflicht einbezogen.

- Per Tarifvertrag kann die Mitbestimmung über den gesetzlichen Rahmen hinaus ausgedehnt werden, auch auf weitere Unternehmen.

- Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat werden gegenüber der Belegschaft rechenschaftspflichtig.

- Der Arbeitsdirektor kann nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Die Zuständigkeit des Arbeitsdirektors wird genau definiert.

- Das Letztentscheidungsrecht der Hauptversammlung (mit 2/3-Mehrheit) bei Konflikten zwischen Vorstand und Aufsichtsrat entfällt (Änderung des § 111 Aktiengesetz), mit Ausnahme eines Katalogs von Entscheidungen (u.a. Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen, Kapitalerhöhungen etc.).

- Festlegung eines Mindestkataloges für zustimmungsbedürftige Geschäfte des Vorstandes. Der Katalog kann durch ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder erweitert werden.

- Stärkere Informationsrechte für den Aufsichtsrat, Erleichterung der Hinzuziehung von Sachverständigen, Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit durch Freistellungen, Weiterbildung etc.

In der Begründung zum Gesetzentwurf wird darauf verwiesen, daß Demokratie nicht am Werkstor enden darf, sondern der mündige Bürger müsse die Entscheidungsträger auf allen Ebenen wählen, kontrollieren und abwählen können. Die Demokratisierung der Wirtschaft sei angesichts der Kompetenzen der Hauptver-

sammlung nur durch ein leichtes Übergewicht der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat möglich. Umweltschutz sei allein durch staatliche Interventionen nicht durchsetzbar, sondern müsse in den Zielkatalog der Unternehmen einbezogen werden. Die SachwalterInnen des Umweltschutzes sollen einerseits relativ autonom sein, andererseits aber doch dem Paritätsmodell untergeordnet werden. Vor allem die Belegschaften hätten als potentielle Opfer von Umweltschäden ein Interesse an Umweltschutz.

Die Autoren des Entwurfes betonen die Verfassungsverträglichkeit ihres Ansatzes. Ihre Begründung sei hier ausführlich zitiert:

"Das in Artikel 14 Abs. 1 Satz 2 GG bestätigte Recht des Gesetzgebers, Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen, ist um so weiter, je mehr das Eigentumsobjekt in einem sozialen Bezug und einer sozialen Funktion steht (BVerfGE 50, 290, 340). Nutzung und Verfügung bleiben in diesem Fall nicht lediglich innerhalb der Sphäre des Eigentümers, sondern berühren Belange anderer, die auf die Nutzung des Eigentumsobjekts angewiesen sind. 'Unter dieser Voraussetzung umfaßt das grundgesetzliche Gebot einer am Gemeinwohl orientierten Nutzung das Gebot der Rücksichtnahme auf den Nichteigentümer, der seinerseits der Nutzung des Eigentumsobjekts zu seiner Freiheitssicherung und verantwortlichen Lebensgestaltung bedarf' (BVerfGE 50, 290, 341). Beschränkungen der Herrschafts- und Nutzungsrechte der Anteilseigner zugunsten der Arbeitnehmer lassen sich nicht zuletzt auch mit der Grundentscheidung des Art. 1 Abs. 1 GG rechtfertigen, die eine existentielle Abhängigkeit der Arbeitnehmer von fremdgesetzten, demokratisch nicht legitimierten Zwecken verbietet... Daß sich das Eigentum im Interesse des Umweltschutzes Beschränkungen gefallen lassen muß, bedarf im Hinblick auf die Sozialpflichtigkeit nach Art. 14 Abs. 2 GG keiner näheren Begründung."

Ergänzend wäre zu betonen, daß der Gesetzentwurf nicht frontal gegen die Gewinnerzielungsinteressen der Kapitaleigner gerichtet ist, sondern diese "lediglich" in eine neue Unternehmensverfassung einbetten will, die durch ein verändertes Zielsystem gekennzeichnet ist. Es geht also keineswegs um eine "kalte Enteignung" durch die Hintertür, um eine antikapitalistische Maßnahme gegen Profitmaximierung auf der Basis von einzelwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Würden die Arbeitnehmervertreter dies mithilfe überparitätischer Mitbestimmung anstreben wollen, müßten sie mit dem Rückzug der Kapitaleigner, Kursverfall an den Aktienbörsen, vermehrtem Kapitalexport und erschwerter Eigenkapitalzuführung in den mitbestimmten Unternehmen rechnen, wodurch die Sicherheit der Arbeitsplätze ernsthaft gefährdet würde, es sei denn, der Staat würde die Unternehmen massiv stützen. All dies kann und soll nicht Ziel des vorliegenden Mitbestimmungsentwurfes sein.

Im übrigen ist der Gedanke einer "Dritten Bank" im Aufsichtsrat, der ja immer auch die Möglichkeit der Überparität gegenüber dem Kapital beinhaltet, nicht neu, wie Hochgreve betont. Schon Anfang der 70er Jahre gab es im Europäischen Gewerkschaftsbund eine Diskussion über eine Europäische Aktiengesellschaft, in der eine dritte Bank mit Vertretern des öffentlichen Interesses vorgesehen war.<sup>26</sup>

Ökonomisch und gesellschaftstheoretisch scheint mir eine paritätische Mitbestimmung schwerer begründbar als eine überparitätische – sei sie für die Kapital- oder die Arbeitnehmerseite. Die Kapitalseite hat – einzig und allein – die formaljuristischen Eigentumsrechte auf ihrer Seite; indessen wird der Vorstand eines Großunternehmens heute angesichts der enormen Machtfülle seitens der Eigentümer nicht wirksam kontrolliert. Die Eigentumsrechte der Anteilseigner bestehen zwar, aber ihre Wirkung ist beschränkt (i.d.R. auf regelmäßige Dividendenzahlungen), während der Vorstand Verfügungsmacht besitzt, die sich immer weniger allein aus Eigentumsrechten herleitet. Eine Überparität der Arbeitnehmerseite läßt sich gesellschaftstheoretisch eigentlich leichter begründen – selbst der derzeitige Papst betont den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.<sup>27</sup> Wenn der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen soll, dann zählt die Zahl der Menschen und nicht die Höhe des eingesetzten Kapitals. Wer aus einer normativen Grundwertentscheidung heraus Demokratie in der Wirtschaft will, muß die Stimmen der Menschen zählen und nicht die Stimmrechte der Aktionäre: "One Man (and one woman), one vote". Die Arbeitnehmer als Produzenten der Wertschöpfung tragen die Folgen und wohl den überwiegenden Teil der Risiken der Entscheidungen einer Minderheit. Ökonomisch entscheidend ist indessen die Frage, ob überparitätisch mitbestimmte Unternehmen funktions- und wettbewerbsfähig sind. Dies wird maßgeblich von der Art und Weise verantwortlicher Mitbestimmungspraxis abhängen. Überdies gilt dies in gleicher Weise für die derzeitige überparitätische Machtposition der Unternehmensvorstände, deren Geschäftspolitik in zahlreichen Fällen nur als gesellschaftlich unverantwortlich bezeichnet werden kann – das Sündenregister reicht bekanntlich von Mißmanagement bis hin zu Gesetzesverstößen, Steuerhinterziehung, Umweltdelikten, Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz, illegalen Waffenexporten etc. Staatliche Kontrollen selbst der schärfsten Art würden nicht ausreichen, derartigen Tendenzen wirksam entgegenzuwirken, solange nicht "von innen heraus" verantwortlicher und damit auch kontrollierter gehandelt wird. Natürlich vermag wirksamere Mitbestimmung all dies nicht zu verhindern, aber sie könnte ein Signal setzen.

---

26 Horst Hochgreve, Integration des ökologischen Interesses, a.a.O., S. 466.

27 Darauf verweist Hans-Joachim Schabedoth, Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, in: Die Mitbestimmung, Heft 5/1990, S. 326.



#### 4. Kritische Bemerkungen zum grünen Gesetzentwurf

Der grüne Entwurf ist an einigen Stellen inkonsistent und nicht zu Ende gedacht. Dies gilt vor allem für die Position der Umweltsachwalter(innen) im Aufsichtsrat. Einerseits sind diese nur kooptiert von der Kapital- bzw. Arbeitnehmerseite, andererseits sollen sie relativ unabhängig sein. Sie werden wohl zwischen drei Stühlen sitzen müssen. Da die Umweltsachwalter(innen) vollberechtigte Aufsichtsratsmitglieder sind, sind sie immer mehr als nur Umweltsachwalter, immer auch Kapital- oder Arbeitnehmervertreter. Von einer autonomen Repräsentanz des "Produktionsfaktors Natur" kann keine Rede sein. Das Vorschlagsrecht der Naturschutz- und Verbraucherverbände sowie der Kommunalparlamente wird hier keine Abhilfe schaffen, denn entscheidend ist der Wahlmodus durch die Hauptversammlung bzw. die Betriebsräteversammlung.

Auch die paritätische Variante ist nicht ganz schlüssig: Das "weitere Mitglied" des Aufsichtsrates soll ein(e) fünfte(r) Sachwalter(in) des Umweltinteresses sein, dem/der damit die Funktion des "Züngleins an der Waage" zukommt. Diese Konstruktion wäre allenfalls bei umweltrelevanten Entscheidungssituationen überlegenswert, aber nicht bei den "traditionellen" wirtschaftlichen und sozialen Problemen, mit denen sich Aufsichtsräte zu befassen haben. Dann wäre es schon konsequenter, bei der "neutralen" Person des Montanmitbestimmungsmodells zu bleiben, wie es auch der DGB-Gesetzentwurf von 1982 vorschlägt. Will man aber über dieses Modell hinausgehen, dann muß man sich dem überparitätischen Modell zuwenden und die paritätische Variante ausklammern.

Gegen die volle Autonomie der Umweltsachwalter und damit gegen die Abkehr von der Kooptationslösung wird eingewendet, daß damit die mühsam errungene Parität des Montanmitbestimmungsmodells ausgehöhlt würde und zugunsten von Verbraucher- und anderen Verbänden aufgegeben würde (Oskar Lafontaine<sup>28</sup>). Dies wäre in der Tat bei einer drittelparitätischen Aufsichtsratsbesetzung mit drei autonomen Banken ein riesiges Problem. Hinzu kommt, daß die Umwelt- und Verbraucherverbände noch längst nicht die organisatorische Stabilität und Kontinuität sowie eine vergleichbare Mitgliederbasis haben wie die Gewerkschaften bzw. die gewählten betrieblichen Institutionen, die für die Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat zuständig sind. Ferner fehlt den Umweltsachwaltern das demokratisch legitimierte Mandat, in allen Fragen, die bei Aufsichtsratsentscheidungen relevant sind, also auch in nichtumweltbezogenen Fragen, das gleiche Stimmrecht zu erhalten wie gewählte Arbeitnehmervertreter. Umgekehrt im Kooptationsmodell: Hier ist die Anbindung an die Kapital- bzw. Arbeitnehmerbank zu stark, das Umweltinteresse könnte auf der Strecke bleiben. Dabei geht es

---

28 "Bei den Produkten müssen wir auch über neue Formen gesellschaftlicher Mitbestimmung reden." a.a.O., S. 341.

nicht nur um die zahlreichen häufig angeführten Beispiele, bei denen Arbeitnehmervertretungen wirtschaftliche Interessen dem Umweltschutz übergeordnet haben, sondern es geht auch um die bereits erwähnte Grundsatzthese, daß Umweltschutz nicht allein und auch nicht einmal überwiegend aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit hergeleitet werden kann. Daher ist eine von Arbeit und Kapital unabhängige Repräsentanz des Umweltinteresses notwendig.<sup>29</sup> Insofern ist der grüne Entwurf zu sehr an den traditionellen Interessengegensätzen orientiert. Als pragmatischen Kompromiß mag man das akzeptieren, aber die Konzeption ist als mittelfristiges Leitbild nicht konsistent.

Daher bietet sich eine Alternative an: Autonome Umweltsachwalter sollten in den Aufsichtsräten in einer bestimmten Proportion vertreten sein, und sie sollten von den Umweltverbänden autonom gewählt werden. Aber sie sollten nur ein Mandat erhalten, daß sich ausschließlich auf ihren Bereich erstreckt, also nur auf umweltrelevante Fragen im Aufsichtsrat. In den anderen Fragen erhalten sie kein Stimmrecht. Damit stellt sich natürlich das Problem der Abgrenzung umweltrelevanter von anderen Fragen; Umweltrelevanz sollte weit ausgelegt werden, und das Gesetz sollte einen Themenkatalog vorgeben. In Streitfällen könnte ein Schlichtungsausschuß angerufen werden. Ähnliche Abgrenzungsprobleme existieren im Prinzip auch bei der Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes. Neu und unüberwindbar wären die Probleme nicht. Daß die entsendenden Umweltverbände möglicherweise instabil oder noch nicht sehr weit entwickelt sind, muß hingenommen werden – Ähnliches galt auch für die Anfangszeit der Gewerkschaftsbewegung oder für relativ zersplitterte Gewerkschaften in manchen europäischen Ländern. Darüber hinaus mag es sinnvoll sein, daß auf den Seiten der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusätzliche Umwelt-Obleute sitzen, die aber in erster Linie vollwertige Interessenvertreter ihrer "Bank" sind. Ein derartiges Modell schließt natürlich die paritätische Variante des grünen Entwurfes aus: Das "weitere Mitglied" des Aufsichtsrates, das "Zünglein an der Waage", kann dann kein Umweltsachwalter mit eingeschränktem Stimmrecht sein. Vielmehr muß dann das überparitätische Modell mit dem Aufsichtsratsvorsitz und doppeltem Stimmrecht für eine(n) Arbeitnehmervertreter(in) logischerweise favorisiert werden, wenn man über das Montanmodell hinausgehen möchte.

---

29 Widersprüchlich ist in diesem Punkt der kritische Kommentar zum grünen Entwurf aus dem DGB-Bundesvorstand: Einerseits wird die Behandlung von Umweltfragen im Aufsichtsrat befürwortet, damit dieser neben "Klassenfragen" auch "Gattungsfragen" thematisiert, zugleich wird als Konsequenz daraus das Kooptationsmodell favorisiert. Die Kritiker wenden sich gegen die Herausbildung einer "Dritten Bank" im Aufsichtsrat. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gesellschaftspolitik, Zum Mitbestimmungsgesetzesentwurf der Grünen, Papier vom 7.11.1988, S. 9, 11.

Auf Einzelfragen des grünen Entwurfes soll hier nicht näher eingegangen werden; aus gewerkschaftlicher Sicht ist hier zu Recht Kritik geübt worden, etwa an dem im grünen Entwurf vorgesehenen Wegfall der Sitzgarantie für außerbetriebliche Interessenvertreter im Aufsichtsrat, an der Beschneidung gewerkschaftlicher Vorschlagsrechte, an dem Vorschlagsrecht für Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat durch Kommunalparlamente etc. Diese Fragen berühren jedoch nicht den "Nerv" des Entwurfes.

Insgesamt könnte die Idee der überparitätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Verbindung mit Umweltdemokratie zu einer erheblichen Aufwertung des Aufsichtsrates beitragen, ganz unabhängig von den Interessenpositionen der verschiedenen Seiten. Ziel müßte sein, den Aufsichtsrat zu einem wirklichen Kontrollinstrument bei gleichzeitiger Veränderung der Zielsysteme der Unternehmungen auszubauen.

## **5. Weitere Bausteine für Wirtschaftsdemokratie**

Das skizzierte Modell überparitätischer Mitbestimmung könnte die Mitbestimmungsdebatte wieder stärker an die alten Ideen der Wirtschaftsdemokratie heranführen. Freilich muß diese aus einer Fülle weiterer Komponenten bestehen. Was die anderen Ebenen der Mitbestimmung angeht, so soll nur betont werden, daß die politische Priorität sicherlich auf den unteren Ebenen der partizipatorischen Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie auf dem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung liegen sollte, gleichzeitig sollte jedoch konzeptionell stärker über die ebenfalls unterentwickelte überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung nachgedacht werden.

Bei der überbetrieblichen Mitbestimmung sollten vor allem drei schwierige Bereiche näher untersucht werden: Erstens die unternehmensübergreifende Mitbestimmung auf Branchenebene, bei der es u.a. um sektorale Entwicklungspläne, Produktpolitik und Umweltpolitik geht. Bamberg u.a. stellten fest, daß es kaum branchenbezogene Arbeitskreise von Betriebsräten oder Arbeitnehmer-Aufsichtsräten gibt.<sup>30</sup> Zweitens mangelt es an einer unternehmensübergreifenden Mitbestimmung in der vertikalen Linie: Bekanntlich existieren zwischen Zulieferern, Herstellern und Abnehmern erhebliche Probleme, die zu Konkurrenzbeziehungen zwischen den verschiedenen Belegschaften führen können und sich den herkömmlichen Mitbestimmungsformen vollkommen entziehen. Ähnliche Probleme

---

30 Ulrich Bamberg u.a., Aber ob die Karten voll ausgereizt sind ..., a.a.O., S. 314 ff.

tauchen auch konzernintern in Holdingunternehmen auf. Drittens sollte über werden, wie durch Tarifverträge Mitbestimmung ausgebaut werden kann.<sup>31</sup>

Von sozialistischer Seite wurde seit jeher als Kern der Wirtschaftsdemokrati Eigentumsfrage in Form der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien in Mittelpunkt gerückt. Bei dieser Fixierung gerieten andere Formen der schaftsdemokratischen Veränderung der Eigentums- und Verfügungsmacht weit aus dem Blickfeld. Es wurde auch nicht hinreichend beachtet, daß bei derzeit erhebliche Diskrepanzen zwischen Eigentum und Verfügungsmacht bestehen, beispielsweise in Form der Nachfragemacht des Einzel- und Großhändler oder großer Hersteller, etwa in der Automobilindustrie, gegenüber den Zulieferern; beispielsweise in Form von Wettbewerbsbeschränkungen durch Monopole oder Oligopole; beispielsweise durch das Depotstimmrecht der Banken; beispielsweise durch die öffentliche Subventionierung, wodurch die Kapitalbasis günstiger Unternehmen erheblich erweitert wird.

Hier kann nur angedeutet werden, in welcher Richtung unabhängig von der theoretischen Sozialisierungsfrage wirtschaftsdemokratische Veränderungen angestrebt und zunächst konzeptionell diskutiert und ausgearbeitet werden sollten:

- Nutzung des wettbewerbspolitischen Instrumentes der Entflechtung von Kartellen und Konzernen, sofern dadurch Wettbewerb intensiviert werden kann und gerade kein wettbewerbsbeschränkender Ausnahmesektor bestehen sollte (Überlegung z.B. im Energiesektor).
- Abschaffung oder deutliche Einschränkung des Depotstimmrechtes der Bank und Schaffung alternativer Formen der Stimmrechtsvertretung von Kleinaktionären auf Hauptversammlungen; Verbot oder Einschränkung der Industriebeteiligung von Großbanken.
- Umwandlung von staatlichen Subventionen (und Steuerbegünstigungen) in staatliche Eigentumsanteile an begünstigten Unternehmen. Mittlerweile ist das bundesdeutsche Subventionsvolumen so hoch und die Subventionsdauer so lang, daß vermutlich beträchtliche Eigentumsanteile des Staates bei entsprechender Umwandlung entstünden.

Schließlich soll an eine Diskussionslinie erinnert werden, die in der bundesdeutschen Diskussion nahezu völlig verschüttet und geradezu in Verruf geraten ist. Im Gegensatz zur Entwicklung in Schweden: Vermögensbeteiligung und -bildung der Arbeitnehmer durch kollektive, demokratisch selbstverwaltete Fonds. Die Idee dieser Fonds ist bestechend einfach: Unternehmen sollten einen Teil ihres

---

31 Ebenda, S. 330 ff.

winns in neues Eigenkapital verwandeln, wobei die Eigentums- und Stimmrechte den Arbeitnehmern unentgeltlich zufallen, die sie in überbetrieblichen Beteiligungsfonds bündeln. Diese Fonds begründen kollektive Eigentumsrechte der Arbeitnehmerschaft und können auf den Anteilseignerversammlungen Einfluß geltend machen, so daß mithilfe der verschiedenen Mitbestimmungsebenen eine Überparität der Arbeitnehmer erreicht wird. Derartige Vermögensbildung könnte steuerlich vom Staat begünstigt werden.

Überlegenswert wäre auch, daß die Ersparnisse der Arbeitnehmerhaushalte zu einem Teil zum Erwerb von Anteilen an diesen Fonds verwendet werden, so daß andere Sparformen zurückgedrängt werden. Durch geschickte Streuung der Kapitalanlage ließen sich die Risiken der Vermögensbildung mindern. Gerade wenn man berücksichtigt, daß die Geldvermögensbildung der Arbeitnehmerhaushalte (trotz aller Streuung) beträchtlich ist – laut DIW fließen ihnen rund 40% aller Geldvermögensseinkommen zu<sup>32</sup> – und angesichts langfristig steigender Einkommen, veränderter Konsumstrukturen und angesichts vererbter Vermögenszuwächse eine beachtliche Dimension erreichen wird, sollte verstärkt darüber nachgedacht werden, wie diese Vermögensbildung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht sinnvoll eingesetzt werden kann.

Immerhin ist es doch paradox, daß sich die Ersparnisse der Anteilseigner nicht nur in Dividenden oder in anderen Formen der Gewinnausschüttung versilbern, sondern zugleich auch in Anteils- und Verfügungsrechte über Produktivvermögen verwandeln; indessen zahlen sich die in der Summe der Arbeitnehmer sehr großen Ersparnisse in geringen Habenzinsen beim Kontensparen oder bestenfalls in günstigen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren aus, jedoch werden keinerlei Beteiligungsrechte erworben (sieht man einmal vom unbedeutenden Aktienerwerb durch Arbeitnehmer ab).<sup>33</sup> Trotz der vielbeschworenen Unternehmerrisiken stei-

---

32 1989 hatten alle privaten Haushalte im Durchschnitt ein Nettogeldvermögen von 95.000 DM, das freilich sehr ungleich verteilt ist. 30% der Haushalte erhielten 80% aller Zinsen und Dividenden. Rund 40% der Geldvermögensseinkommen flossen den Arbeitnehmern zu, im Durchschnitt je Haushalt 3.600 DM, je Nicht-Erwerbstätigenhaushalt 4.000 DM. Allerdings betrugen bei den Arbeitnehmer-Haushalten die rechnerischen Zinsen auf Versicherungen rund 40% ihrer Vermögensseinkommen. Klammert man diese aus, so erzielte ein durchschnittlicher Arbeitnehmer-Haushalt 1989 2.100 DM an Geldvermögensseinkommen, ein Nicht-Erwerbstätigenhaushalt 3.000 DM. Zieht man noch die Zinsen auf Konsumtenschulden ab, so verbleiben den Arbeitnehmerhaushalten jährlich 1.000 DM an Geldvermögensseinkommen (ohne rechnerische Zinsen auf Versicherungen), den Nicht-Erwerbstätigen 3.000. Vgl. DIW-Wochenbericht 30/90, S. 422 ff.

33 Die Geldvermögensseinkommen aller privaten Haushalte verteilen sich laut DIW auf die verschiedenen Anlagearten wie folgt (1989): Spareinlagen 18,2%, Zinsgutschriften auf Versicherungen 28,5%, auf Bauspareinlagen 2,7%, auf festverzinsliche Wertpapiere 26,8%, Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit 3,4%, sonstige Vermögensseinkommen 20,4%. Berechnet nach DIW-Wochenbericht 30/90, S. 423.

gen die Vermögenseinkommen der Selbständigen schneller als die der Arbeitnehmer.

Die Tücken derartiger vermögenspolitischer Konzeptionen liegen sicherlich im Detail. Zudem sind die Widerstände der Unternehmerverbände sehr groß, von denen bekanntlich die individuelle Vermögensbildung mit individueller Beteiligung am Unternehmenskapital favorisiert wird.<sup>34</sup> Auch in Schweden wurden die gewerkschaftlichen Vorstellungen stark verwässert.<sup>35</sup> Anfang der 70er Jahre hatten die bundesdeutschen Gewerkschaften relativ klare Konzeptionen entwickelt, die zwar auch von der SPD weitgehend übernommen wurden, dann jedoch in der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt scheiterten.<sup>36</sup>

Zweifellos ist die Entwicklung wirklich wirtschaftsdemokratischer vermögenspolitischer Konzeptionen sehr schwierig, und die Durchsetzungsprobleme sind groß. Zudem besteht stets die Gefahr, daß die Vorschläge in das Gegenteil kollektiver Beteiligung perversiert werden. Dennoch sollte gerade angesichts langfristig steigender Einkommen und steigender Geldvermögensbildung der Arbeitnehmer über Alternativen zur herkömmlichen Sparförderung nachgedacht werden.

---

34 Vgl. Michael Lezius, *Materielle und immaterielle Mitarbeiterbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1985. Lezius erwähnt auch die Möglichkeit der Kapitalneutalisierung, indem das Eigenkapital einer Gesellschaft auf eine Stiftung oder eine andere Institution übertragen wird, wodurch eine Loslösung von Kapitalbesitz und Entscheidungsstrukturen erreicht werden könnte und die Mitarbeiter "immateriell" an dem Unternehmen durch Partizipationsrechte etc. beteiligt werden (S. 21).

35 Vgl. Gösta Rehn, *Kapitalfonds von Arbeitnehmern in Schweden*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7/1983, S. 422 ff.; siehe auch aus traditioneller Sicht Hans-Michael Trautwein, *Zur Entschärfung tarifpolitischer Verteilungskonflikte durch kollektive Kapitalbeteiligung. Das Beispiel der schwedischen Arbeitnehmerfonds*, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 1988

36 Vgl. Claus Schäfer, *Ist Vermögensbildung nur Vermögenseinbildung? Zur Brauchbarkeit von Vermögenspolitik als gewerkschaftliches Instrument*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7/1983, S. 448 f. Schäfer gelangt zu einer generell ablehnenden Haltung, insbesondere angesichts der zahlreichen negativen Erfahrungen und Beispiele.

*Horst Hochgreve*

## **Mitbestimmung für den Produktionsfaktor Natur**

### **Bemerkungen zu einem innovatorischen Gesetzentwurf**

#### *Die Aufgabenstellung im Allgemeinen*

Wohl nie war das "Prinzip Bewahrung" so abhängig vom "Prinzip Innovation" wie in unserem Zeitalter der fortschreitenden Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen. Innovation darf jedoch nicht nur im Sinne der Entwicklung und Anwendung moderner Umwelttechnik verstanden werden, so wichtig diese auch ist. Innovation ist in allen Lebensbereichen gefragt, denn manches von dem, was in den Köpfen bis heute bewahrt wird, steht dem dringend zu Bewahrenden sehr entgegen.

Von einem Gesetzentwurf, der gewiß als Innovation in diesem weitergefaßten Sinne anzusehen ist, soll hier die Rede sein. Dieser Entwurf, aus der Mitte der Fraktion der Grünen im vorigen Deutschen Bundestag, stellt die Unternehmensverfassung in den Gesamtzusammenhang des Ziels der Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen; er zeigt auf, wie die Institution Mitbestimmung für dieses Ziel zu nutzen ist; er versucht, "Natur" als Produktionsfaktor in das Unternehmen einzubeziehen.

Was ist Natur? Der Begriff findet sich im Gesetzentwurf nicht, auch nicht in der Begründung dazu. Die dort verwendeten Begriffe "natürliche Lebensgrundlagen", "Umweltschutz" oder "Umweltinteressen" sind jedoch zu eng, als daß sich die notwendige Reform der Unternehmensverfassung damit begründen ließe. Deshalb wird hier der Begriff "Natur" eingeführt. Natur soll jedoch nicht nur verstanden werden als etwas, was sich "draußen" abspielt, etwa in Feld und Wald; Natur wird nicht nur gesehen als Naturdenkmal, als Landschaft, als Naturpark, auch nicht nur als einzelnes Element, etwa als Boden oder Luft. Natur wird vielmehr definiert als allumfassendes, vernetztes lebensstiftendes, lebenserhaltendes, lebensveränderndes, sich fortentwickelndes, tätiges, dynamisches System, das "immer wird und nie ist" (Schelling).<sup>1</sup> Natur ist mit ihren voneinander abhängigen Elementen sowohl Bestandteil des Produktions- als auch des Konsumtionsprozesses.<sup>2</sup> Sie ist, um nochmals mit Schelling zu reden, nicht nur Produkt, sondern "notwendig

---

1 Schelling, F.W.J., *Erster Entwurf eines Systems der Naturphilosophie* (1799), in: *Ausgewählte Schriften*, Band 1, Frankfurt a.M. 1985, S. 332

2 Vgl. Immler, H., *Vom Wert der Natur*, Opladen 1989, S. 191 ff.

zugleich produktiv"<sup>3</sup>, sozusagen Produktionsfaktor. Ihre unendliche Entwicklung vollzieht sich gleichzeitig als Linie und als Kreis. Dabei wirkt der lineare, grenzenlos fortschreitende Prozeß letztlich zerstörerisch, die Kreislaufbewegung mäßigend, ohne die lineare Entwicklung grundsätzlich und für immer aufhalten können.<sup>4</sup> "Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" (nicht nur für Mensch sondern für alle gegenwärtig existierenden Lebewesen) bedeutet folglich, durch menschliches Handeln beschleunigten linearen Zerstörungsprozeß durch Bewahren der Kreisläufe zu hemmen, zu verlangsamen, zu strecken. Selbstverständlich gehört dazu auch die viel beschworene "ökologische Modernisierung der Industriegesellschaften"; doch erscheint diese modische Formulierung nicht umfassend genug. Denn erstens wird mit ihr der Blick eingengt; sie führt dazu, die industriellen Gesellschaften als Gesellschaften, zu denen es keine Alternativen gibt, zu begreifen. Und zweitens zielt die Forderung nach ökologischer Modernisierung der Industriegesellschaften noch immer mehr auf die Modernisierung des Produktionsapparates, mehr auf "Umweltinvestitionen" als auf die Änderung des Gesamtverhaltens in ökologischer Hinsicht.

Daher sollte, weitergehend und in Anlehnung an einen bekannten Satz, die Forderung lauten: Die Welt muß ökologisiert werden.

### *Warum die herkömmliche Umweltpolitik nicht ausreicht*

Die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen, so wird argumentiert, sei in erster Linie eine politische Aufgabe, sei Sache des Staates. Als Ausgangsposition ist dies zunächst so akzeptiert werden. Denn Unternehmen und Konsumenten orientieren sich – und zwar systemunabhängig – im Prinzip nicht am gesamtgesellschaftlichen Nutzen, sondern an ihren selbst definierten Erfolgsinteressen. Ein umweltpolitische Konzept besteht daher darin, den Entscheidungen der Produzenten und Konsumenten einen, wenn nötig auch engen, Rahmen zu setzen. In diesem Rahmen gehört das gesamte umweltpolitische Instrumentarium<sup>5</sup>, von ökonomischen Instrumenten bis hin zu Auflagen und Verboten, die "auch in einer Wettbewerbsordnung notwendig sind" (Eucken).<sup>6</sup>

---

3 Schelling, F.W.J., Einleitung zu dem Entwurf eines Systems der Naturphilosophie (1797), in: Ausgewählte Schriften, a.a.O., S. 352

4 Vgl. Schütze, Chr., "Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht versöhnen", in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 8/1990, S. 727 ff.

5 Vgl. Der Rat vom Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1987, Stuttgart und Mainz 1987, S. 67 ff.

6 Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952, 4. Auflage 1968, S. 30f.



Allerdings müssen auch die Grenzen dieses Konzepts sehr deutlich gesehen werden:

Erstens treffen nach vorliegenden Erfahrungen die Unternehmen Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität im wesentlichen erst dann, wenn sie von der Gesetzgebung dazu gedrängt werden.<sup>7</sup> Vielfältige Lücken in der Gesetzgebung zeigen aber, daß der politische Wille, ökologisch motiviert zu handeln, nur teilweise vorhanden ist. Denn sonst wäre das sicherlich nicht schlechte, doch allein unzureichende und starre Instrument "Großfeuerungsanlagenverordnung" zur Verbesserung der Luftqualität längst durch die Einführung von Schadstoffabgaben ergänzt worden.

Zweitens überläßt die Legislative in der Umweltgesetzgebung der Exekutive vielfach einen breiten Ermessensspielraum, dessen Kennzeichen zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe sind.<sup>8</sup> Sie sind wiederum die Grundlage dafür, daß zum Beispiel der Inhalt von Abwasserbescheiden zwischen der Umweltverwaltung und dem Unternehmen ausgehandelt wird, wobei das Unternehmen naturgemäß über die besseren Informationen verfügt. Diese wird es im eigenen Interesse gegen die öffentliche Umweltverwaltung einsetzen, solange das ökologische Interesse nicht selbst in der Unternehmensverfassung verankert ist.

Drittens können weder Gesetze noch Verordnungen so fein dosiert werden, daß sie in der Lage wären, alle betrieblichen Möglichkeiten zu erfassen, die der Verbesserung der ökologischen Situation dienen könnten. Hinzu kommt, daß die Instrumente der externen Umweltkontrolle prinzipiell begrenzt sind.

Viertens schließlich können Maßnahmen aus dem politischen Raum den Unternehmen und Betrieben ökologische Kreativität nicht befehlen. Erst wenn ökologische Lasten voll zu betriebswirtschaftlichen Kosten werden, und erst wenn darüber hinaus besondere "Anwälte der Ökologie" im Unternehmen verankert werden, wären geänderte innerbetriebliche Verhaltensweisen zu erwarten.

Die Grenzen der externen Umweltpolitik aufzuzeigen, heißt nicht, für den Ersatz, für die Ablösung dieser Politik einzutreten. Die Beeinflussung von Produktion und Konsum durch staatlich gesetzte Rahmendaten, die den Wirtschaftsablauf im ökologischen Sinn beeinflussen, wird nach wie vor erforderlich sein, sogar in erhöhtem Umfang. Externe Umweltpolitik – so wäre die Ausgangsposition zu modifizieren – wird jedoch ergänzt werden müssen durch ein stärker an ökologischen

---

7 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Umweltschutzinvestitionen im produzierenden Gewerbe – auf wenige Branchen konzentriert, in: DIW-Wochenbericht 29/88 v. 21.7.1988, S. 374 ff.

8 Vgl. z.B. Möller, C., und Jüttner, W., Aktuelle und strukturelle Probleme der Umweltkontrolle, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 8/1988, S. 767 ff.

Kriterien orientiertes Verhalten von innen, das heißt aus den Unternehmen selbst heraus. Das setzt eine Umgestaltung der Unternehmensverfassung voraus, und genau diese Problematik ist Gegenstand des erwähnten Gesetzentwurfs.

### *Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfs*

Der Gesetzentwurf<sup>9</sup> bezieht sich auf Groß- und Großunternehmen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften. Der Entwurf will zunächst die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem "Mitbestimmungsgesetz 1976" umwandeln und zwar erstens durch Einführung der Parität von Arbeit und Kapital im Aufsichtsrat und zweitens durch die Verankerung eines vom besonderen Vertrauen der Arbeitnehmerbank abhängigen Vorstandsmitglieds (Arbeitsdirektor/Arbeitsdirektorin). Gleichwohl ist der Entwurf nicht voll vergleichbar mit dem Montanmitbestimmungsmodell, insbesondere weil der Einfluß der Gewerkschaften auf die Besetzung der Arbeitnehmerbank beschnitten werden soll.

Der Entwurf geht von einer zahlenmäßig gleichen Besetzung der Arbeitnehmer- und der Anteilseignerbank im Aufsichtsrat aus. Es werden dazu zwei Varianten angeboten: einmal ein zugunsten der Arbeitnehmer überparitätisches Modell, dergestalt, daß, sofern nicht ein Aufsichtsratsvorsitzender mit Zweidrittelmehrheit gewählt wird, die Arbeitnehmerseite das Recht erhält, den Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen. Dieser erhält, ähnlich wie im Mitbestimmungsgesetz 1976, nur mit umgekehrten Vorzeichen, ein Doppelstimmrecht, wodurch die faktische Überparität zustande kommt. Zum anderen stellt der Entwurf ein Paritätsmodell mit einem "weiteren Mitglied", jedoch nicht direkt angelehnt an das Montanmitbestimmungsmodell, zur Diskussion.

Der Entwurf beabsichtigt darüber hinaus, das ökologische Interesse in die Unternehmensverfassung einzuführen. Dies geschieht in der Weise, daß bei Aufrechterhaltung der Parität der Arbeitnehmer und der Anteilseigner im Aufsichtsrat je zwei Vertreter ("Sachwalter") des "Umweltinteresses" in die jeweiligen "Bänke" einbezogen werden. Beim Paritätsmodell soll zusätzlich das "weitere Mitglied" das ökologische Interesse vertreten. Es bedarf der Zustimmung der Mehrheit der den beiden "Bänken" angehörenden Sachwalter des Umweltinteresses. Auf der Ebene des Vorstandes soll – analog zum Arbeitsdirektor – "ein Umweltdirektor/eine Umweltdirektorin" tätig werden, die nicht gegen die Mehrheit der Sachwalter des Umweltinteresses im Aufsichtsrat gewählt und abberufen werden darf.

---

9 Vgl. "Gesetz zum Ausbau der Mitbestimmung (incl. Montan-Mitbestimmung) und zur ökologischen Mitbestimmung im Unternehmen" (Entwurf), vervielfältigt, vorgelegt von Mitgliedern der Grünen-Bundestagsfraktion, 11. Wahlperiode, o.O., o.J. (Bonn 1988)

Die Vertreter der Anteilseigner sollen "durch das nach Gesetz oder Satzung zur Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern berufene Organ bestellt" werden, die Vertreter der Arbeitnehmer durch die Betriebsrätevollversammlung beziehungsweise durch die Urwahl. Vorschlagsberechtigt sind nach dem Entwurf

– für die Anteilseignervertreter die Anteilseigner selbst, darüber hinaus Umwelt- und Verbraucherverbände sowie regional betroffene Kommunalparlamente und deren Fraktionen;

– für die Arbeitnehmer die im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften, die Betriebsräte, eine bestimmte Anzahl wahlberechtigter Arbeitnehmer, darüber hinaus ebenfalls Umwelt- und Verbraucherverbände sowie regional betroffene Kommunalparlamente und deren Fraktionen.

In dem Entwurf wird weiter vorgeschlagen, die bestehenden Letztentscheidungsbefugnisse der Hauptversammlung abzuschaffen. Die Unternehmensverfassung soll schließlich durch Tarifverträge weiter ausgestaltet werden können; die Einbeziehung der Sachwalter des Umweltinteresses soll jedoch durch Tarifverträge nicht änderbar sein.

#### *Eine (notwendige) Zwischenfrage: Was ist ein Unternehmen?*

Der Gesetzentwurf betrifft, wie auch in gleiche Richtung zielende Veröffentlichungen<sup>10</sup>, politisch und rechtlich gesehen, Neuland. Daher ist zunächst eine theoretische Standortbestimmung erforderlich, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Weil der Entwurf – völlig berechtigt – bei der Unternehmensverfassung und ihrer Reform ansetzt, muß am Anfang die Frage stehen: Was ist ein Unternehmen?

Die Antworten hierauf können sehr unterschiedlich ausfallen. Aus der Sicht einer eher konservativen Definition ist ein Unternehmen die Summe von Produktionsmitteln in der Hand eines Eigentümers oder eines von den Eigentümern beauftragten Unternehmers, dessen Ziel die möglichst rentable Produktion für den Markt ist. Das Eigentum an Produktionsmitteln legitimiere, so die Argumentation, zur Wahrnehmung der unternehmerischen Planungsfreiheit, und zwar nach außen und nach innen. Subjekt sei also nicht nur das *Unternehmen* im Marktgeschehen, sondern auch der *Unternehmer im Unternehmen*: Er kombiniert die Produktionsfaktoren aus der Interessenslage des im Unternehmen eingesetzten Kapitals. *Mitbestimmung*, von welcher Seite auch immer, könne es nicht geben; lediglich *Mitwirkung* sei denkbar. Alles andere verstoße gegen den grundgesetzlich garantier-

---

10 Vgl. Hochgreve, H., Integration des ökologischen Interesses in die Unternehmensverfassung, in: WSI-Mitteilungen 8/1989, S. 462 ff.

ten Schutz des Eigentums und passe auch nicht in die marktwirtschaftliche Ordnung.<sup>11</sup>

Man kann die gestellte Frage allerdings auch ganz anders beantworten. Nach der katholischen Soziallehre ist ein Unternehmen ein Verbund von Arbeitseinsetzern (Faktor Arbeit) und Sachmitteleinsatzern (Faktor Kapital) zum Zwecke wirtschaftlicher Leistung, das heißt der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen. Das Unternehmen habe unter einheitlicher Leitung zu stehen, einer unternehmerischen Leitung, der stets die Aufgabe zukomme, die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital miteinander zu kombinieren. Doch diese Leitung müsse aufgrund der Tatsache, daß Arbeitseinsatz und Sachmitteleinsatz untrennbar aufeinander angewiesen seien, von beiden Faktoren im Wege der gleichberechtigten und gleichgewichtigen Mitbestimmung legitimiert sein. Hierdurch werde die Stellung des funktionalen Unternehmers nicht geschwächt, sondern durch die breitere Legitimationsgrundlage eher gestärkt. Lediglich die bisherige Vorherrschaft der Anteilseigner werde beseitigt. Auf diese Weise sei es möglich, neben dem Rentabilitätsziel auch soziale Gesichtspunkte gleichermaßen zur Geltung zu bringen. Da die Autonomie des *Unternehmens* im System der dezentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses erhalten bleibe, sei ein Modell, das auf dieser Definition beruhe, völlig marktwirtschaftskonform.<sup>12</sup>

Ein wesentlicher Grund für die ausführliche Darstellung der Argumentation ist die der katholischen Soziallehre eigene Logik: Wenn Produktionsfaktoren sowohl im Unternehmen als auch im gesamten Wirtschaftsprozeß unverzichtbar sind, stets aufs Neue bereitgestellt werden müssen, folglich der Regeneration, oder auch: der Reproduktion bedürfen, dann erwachsen diesen Faktoren gewisse Rechte und Ansprüche, um den Reproduktionsprozeß sicherzustellen. Dazu gehört auch das Recht auf Mitbestimmung im Unternehmen.

### *Natur – der vergessene Produktionsfaktor*

Die nächste Frage, die uns interessieren muß, lautet: Sind Arbeit und Kapital elementare Produktionsfaktoren, von denen Produktion, sachlicher Reichtum und Wohlstandmehrung abhängen? Wir kommen zur Beantwortung dieser Frage noch einmal auf die These der katholischen Soziallehre vom "Verbund von Arbeit und Kapital" zurück. Deren Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß "aus keiner anderen Quelle als aus der Arbeit der Werktätigen der Wohlstand der Völker stamme".

11 Vgl. z.B. die Beiträge von Mestmäcker, E.J., Pernthaler, P., in der Wissenschaftlichen Konferenz des DGB vom 1.-3.10.1975 in Frankfurt, in: Vetter, H.O. (Hrsg.), Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz, Frankfurt 1976, S. 273 ff.

12 Vgl. u.a. Nell-Breuning, O.v., Eigentum, Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Mitbestimmung, Schriftenreihe der IG Metall, Band 64, Frankfurt 1975

Sodann verweisen die päpstlichen Enzykliken auf ein "Sondereigentum" in der Gestalt des Produktivkapitals, dessen Einsatz im Produktionsprozeß unverzichtbar sei; diese Feststellung leitet in den Lehrsatz vom "Verbund" über. Doch die katholische Soziallehre relativiert ihren ursprünglichen Ansatz noch weiter, indem sie hinzufügt: "Offensichtlich müßte die äußerste Kraftanstrengung nutzlos und gegenstandslos sein, ja sie wäre gar nicht einmal möglich gewesen, hätte nicht zuvor der Schöpfer des Alls ... natürliche Reichtümer ... in Fülle gespendet".<sup>13</sup> Hier tritt die Natur in die katholische Soziallehre ein, doch lediglich als Ansammlung von Naturkräften und Ressourcen, die "in Fülle" bereitstehen, als Materiallager, auf das man zurückgreifen kann und muß: Natur als Produkt. Doch die Natur ist nicht nur Produkt, sondern "notwendig zugleich produktiv". Mit dieser Erkenntnis ist (der frühe) Schelling der Realität näher als viele Vertreter der "reinen" Ökonomie. Die produktive Kraft der Natur, aber auch deren Verletzlichkeit wurden erst in jüngster Zeit (wieder-) entdeckt.

Die Produktivität der Natur zeigt sich oft erst dann, wenn sie nachläßt. Genauer formuliert: Die Natur ist nach wie vor tätig; der Mensch kann die Produktivität der Natur nicht bremsen oder gar aufheben, er kann sie jedoch so verändern, daß die lineare, zerstörerische Entwicklung sich verstärkt – auf Kosten der (über-)lebensnotwendige Kreisläufe. Steigende Aufwendungen für Umweltreparaturen sind nichts anderes als Beispiele für derartige Veränderungen der Produktivität der Natur. Noch anders ausgedrückt: Die "Naturschranke", von der Marx annahm, sie weiche mit dem Vortreten der Industrie zurück<sup>14</sup>, sie tritt der Industriegesellschaft unerbittlich entgegen, wenn auch in anderer Form als im Agrarzeitalter.

Was bedeutet das in unserem Zusammenhang? Es bedeutet einmal, den von den französischen Physiokraten schon einmal – allerdings unter anderen historisch-ökonomischen Bedingungen – entdeckten Produktionsfaktor Natur erneut und erneuert in das Zentrum von Politik und Wirtschaft zu rücken.<sup>15</sup> Es bedeutet zum anderen, zu erkennen, daß menschliche Arbeitskraft – die selbst der Natur zugehörig ist – immer nur *mit* dem Produktionsfaktor Natur wertbildend wirken kann, daß also Arbeit und (äußere) Natur untrennbar aufeinander angewiesen sind. Es bedeutet zum dritten eine Neudefinition des Faktors Kapital. (Produktiv-)Kapital

---

13 Vgl. die Päpstlichen Enzykliken "Rerum Novarum" (1891) und "Quadregesimo anno" (1931), in: Texte zur katholischen Soziallehre (Hrsg. Katholische Arbeitnehmerbewegung), Köln 1975, S. 41 und S. 111

14 Vgl. Marx, K., Das Kapital, Erster Band, Berlin 1947, S. 540

15 Vgl. u.a. Immler, H., Natur in der ökonomischen Theorie, Opladen 1985, S. 295 ff. Eine "erneuerte" physiokratische Theorie würde nicht nur den landwirtschaftlich genutzten Boden, sondern Natur insgesamt zum Inhalt haben. Der für die Physiokraten bedeutsame "hohe Kornpreis" wäre aus "erneuerter" Sicht z.B. ein hoher Energiepreis.

ist nichts anderes als vom Faktor Arbeit umgeformte Natur, also kein elementarer, sondern ein aus dem Zusammenwirken der Elementarfaktoren Arbeit und Natur abgeleiteter Faktor. Daraus dürfen jedoch keine falschen Schlüsse gezogen werden. Weil Kapital produktive Kräfte und Ressourcen bindet und weil auch Produktivkapital stets der Erneuerung bedarf, liegt sein rationeller Einsatz im ökonomischen und ökologischen Interesse. Daher werden in Kenntnis der prinzipiellen Nachrangigkeit des Faktors Kapital sowohl der Begriff "Faktor" als auch die darauf hergeleiteten Zuständigkeiten akzeptiert.

Wenn wir vor diesem Hintergrund die Frage: Was ist ein Unternehmen? nochmals stellen, dann lautet die Antwort: Ein Unternehmen ist eine Institution, in der nach Wirtschaftlichkeitskriterien über den Einsatz der Faktoren Natur und Arbeit zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen entschieden wird. Notwendiges Hilfsmittel ist dabei das Produktivkapital, ein Ergebnis aus vorgetaner Arbeit und umgeformter Natur. Während Arbeit und Kapital von Personen vertreten werden, die ihre Interessen direkt artikulieren können, hat die "sprachlose" Natur Sachwalter im Unternehmen bisher nicht.

Wer ökologisches und sozialverträgliches Wirtschaften als Aufgabe der Zukunft, ja als Überlebensfrage begreift, muß die oftmals divergierenden Interessen zusammenführen. Daher darf der Produktionsfaktor Natur nicht aus den Entscheidungsabläufen ausgeschlossen werden. Wäre er in die Unternehmensverfassung einbezogen, müßten sich Arbeit und Kapital ökologischen Belangen im Unternehmen stärker öffnen, und zwar nicht nur in "Schönwetterzeiten". Umgekehrt wären die Vertreter des Faktors Natur bei einer Einbeziehung in die Verantwortung gehalten, sich nicht nur mit ökologischen, nicht nur mit sozialen, sondern auch mit ökonomischen Gesichtspunkten auseinanderzusetzen. Kommt ein fester, ökologisch orientierter, politisch gesetzter Ordnungsrahmen hinzu, wird deutlich werden, daß Ökonomie und Ökologie gemeinsam mit Problem der Knappheiten zu tun haben.

Ökologie, so erklärte der (frühere) AEG-Vorstandsvorsitzende Dürr, müsse neben Kapitalverzinsung, Arbeitsplatz und Güterversorgung der Gesellschaft als Unternehmensziel festgeschrieben werden.<sup>16</sup> Diese Überlegung ist gewiß zu unterstreichen; es kommt nur darauf an, hierfür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Gesetzentwurf zeigt die Grundlagen dafür auf.

---

16 "Die Ökologie muß Unternehmensziel werden", in FAZ v. 1.10.1990

### *Unternehmensmitbestimmung – die bisherige Praxis*

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird zutreffend festgestellt, daß dort, wo die wirtschaftlichen Entscheidungen fallen, jede Mitbestimmung ansetzen muß. Die bisherige Mitbestimmungsdiskussion beschränkte sich vorrangig auf die Frage der Herstellung der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeit und Kapital.<sup>17</sup> Ein Ansatzpunkt in der Praxis war dabei die Herstellung der Parität von Arbeit und Kapital in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften.

Die Wirksamkeit eines Aufsichtsrates sollte weder über- noch unterschätzt werden. Seine Kompetenzen und Einflußmöglichkeiten beschränken sich auf Grundsätzliches; die Verantwortung für die täglich notwendigen, aktuellen Entscheidungen liegt beim Vorstand, doch dieser wird vom Aufsichtsrat eingesetzt und gegebenenfalls abberufen, sozusagen legitimiert. Mitbestimmung heißt also in erster Linie: Mitbestimmen über Personen, die bestimmen. Um den Kern der Mitbestimmung zu wahren, ist ein Gleichgewichtsmodell erforderlich. Dieses ist in der Praxis nur teilweise verwirklicht, und zwar in der Montanwirtschaft, aus heutiger Sicht also in einem Wirtschaftszweig mit abnehmender volkswirtschaftlicher Bedeutung. In allen anderen Wirtschaftssektoren ist die Unternehmensmitbestimmung – mit einigem Recht auch wirtschaftliche Mitbestimmung genannt – nur formal verwirklicht. Die Einbeziehung von leitenden Angestellten in die "Arbeitnehmerbank" im Aufsichtsrat – ideologisch überhöht als Vertretung des "Faktors Disposition" bezeichnet – sowie das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden zugunsten der Anteilseigner machen die formale Parität zu einer Scheinparität. Auf der Ebene des Vorstandes gibt es in der Montanwirtschaft ein vom besonderen Vertrauen der Arbeitnehmer abhängiges Vorstandsmitglied, das, jedenfalls mit dieser besonderen Legitimation, im Mitbestimmungsgesetz 1976 fehlt.

Alle Unternehmensorgane, besonders aber Aufsichtsrat und Vorstand, bieten sich für Überlegungen an, das ökologische Interesse in die Unternehmensverfassung einzuführen, oder besser: für den Faktor Natur Anwälte einzusetzen. Institutionelle Änderungen der Unternehmensverfassung sind auch deshalb erforderlich, weil von den bisher verwirklichten und diskutierten Mitbestimmungsmodellen, in denen Arbeit und Kapital "unter sich" bleiben, nicht unbedingt erwartet werden kann, daß sie ökologische Belange optimal vertreten. Wo Arbeit und Kapital "unter sich" sind, gibt es immer wieder Beispiele dafür, daß sie fatale Kompro-

---

17 Aus der Fülle der Literatur der letzten vierzig Jahre seien erwähnt: "Mitbestimmung im Unternehmen – Bericht der Sachverständigenkommission", Bochum 1970, Bundestagsdrucksache VI/334 sowie: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Gewerkschaften und Mitbestimmung, Bonn 1978

misse auf Kosten der Natur eingehen. Der "Fall Buschhaus" ist dafür ein besonders spektakuläres und abschreckendes Beispiel.<sup>18</sup>

### *Kritische Anmerkungen zu (wichtigen) Einzelfragen*

Den Gesetzentwurf grundsätzlich zu begrüßen heißt nicht, ihn in allen Einzelheiten zu akzeptieren. Kritische Anmerkungen erscheinen zu drei Vorschlägen angebracht, und zwar erstens zum überparitätischen Modell, zweitens zum Vorschlags- und Wahlverfahren sowie drittens auch zur Stellung der Hauptversammlung.

Ein Paritätsmodell, wie es in dem Entwurf alternativ erscheint, ist einem – in dem Entwurf favorisierten – Überparitätsmodell vorzuziehen, auch wenn es hier zugunsten des Faktors Arbeit eingeführt werden soll. Das Wesen der Mitbestimmung besteht darin, daß kein Produktionsfaktor andere beherrschen kann. Es ist wichtig, diesen Grundsatz zu beachten. Ein Gleichgewichtsmodell ist Garant für die gleichrangige Berücksichtigung wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Sicherheit im Unternehmen, die einen engen Bezug zueinander haben, zum anderen aber auch beste Voraussetzung für die Installierung eines eigenständigen und unabhängigen Faktors Natur. Grundlage für den Vorschlag, den Aufsichtsrat neu zu besetzen, wäre daher eine strikte Parität von Arbeit und Kapital, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch faktisch, das heißt ohne Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, für welche Seite auch immer, und ohne eine Sondervertretung leitender Angestellter (die erklärtermaßen in dem Entwurf auch fehlt).

In Hinblick auf das Vorschlags- und Wahlverfahren zu den Aufsichtsräten ist zunächst nicht einsichtig, weshalb die Vertreter der Arbeitnehmer und der Anteilseigner auch von den Organisationen und Gruppierungen zur Wahl vorgeschlagen werden können, die den Faktor Natur repräsentieren. Umgekehrt ist es nicht hinnehmbar, daß Wahlvorschläge für die Vertretung des Faktors Natur auch von den Faktoren Arbeit und Kapital kommen können, über die dann in der Hauptversammlung einerseits und in der Betriebsrätevollversammlung andererseits entschieden wird. So sehr die drei Faktoren in der Praxis des Alltags auf Kooperation angewiesen sind, so sollten ihre Vertreter doch unabhängig voneinander installiert werden. Das bedeutet: Die Vertreter der Arbeitnehmer sollten von den Arbeitnehmern und die Vertreter der Anteilseigner von den Anteilseignern vorgeschlagen und gewählt werden. Würden andererseits die Betriebsrätevollversammlung und die Hauptversammlung die Vertreter des Faktors Natur wählen, gerieten diese zu sehr in den Einflußbereich der Faktoren Arbeit und Kapital. Will man ein Entsendungsrecht der Organisationen und Gruppierungen, die den Faktor

---

18 Vgl. "Alle haben versagt", Interview mit Gustav Fehrenbach, in: Welt der Arbeit v. 9. August 1984



Natur vertreten sollen, vermeiden, so bietet sich am ehesten ein Kooptationsmodell an, wie es der Verfasser dieses Beitrages früher bereits vorgeschlagen hat. Danach wählen Arbeitnehmer- und Anteilseignerbank nach den Vorschlägen der erwähnten Organisationen und Gruppierungen (und nur nach diesen!) die Vertreter des Faktors Natur hinzu und unterliegen damit eher einem Begründungszwang als Betriebsrätevollversammlung und Hauptversammlung, von einer Urwahl ganz zu schweigen.

Für die Neuregelung der Befugnisse der Hauptversammlung gibt es zur Herstellung eines durchgängigen Kräftegleichgewichts zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Hauptversammlung paritätisch von Arbeit und Kapital unter Hinzunahme des Faktors Natur besetzt – gleichsam in eine Unternehmensversammlung umgewandelt – oder der Hauptversammlung werden bestehende Letztentscheidungsbefugnisse entzogen. Der Entwurf schließt sich der letzteren Möglichkeit an, weil offenbar der dringlichere Handlungsbedarf für Änderungen auf den Ebenen des Aufsichtsrates und des Vorstandes gesehen wird. Hierin steckt sicherlich eine große Portion Realismus, doch bleibt festzustellen, daß dieser doch immerhin von Grünen erarbeitete Gesetzentwurf nicht an ältere Vorschläge anknüpft, eine durchgängig demokratische Unternehmensverfassung zu verwirklichen.<sup>19</sup>

#### *Das Kernstück: Die Dritte Bank und das von ihr abhängige Vorstandsmitglied*

Es entspricht der eigenständigen, der überragenden, ja der umfassenden Bedeutung des Faktors Natur, im Unternehmen nicht nur mit der "Dritten Bank" – einschließlich des weiteren Mitglieds – im Aufsichtsrat, sondern auch mit einem eigenen Vorstandsmitglied im Unternehmen vertreten zu sein.<sup>20</sup> Dieses Vorstandsmitglied wäre zunächst für die Wahrung der gesetzlichen Vorschriften zivil- und strafrechtlich verantwortlich. Darüber hinaus obläge ihm und seinen Mitarbeitern die Ausgestaltung der Palette "Ökologie im Unternehmen" von der Forschung über den Stoff- und Energieeinsatz, die Produktion, den Absatz bis hin zur Entsorgung der Produkte.<sup>21</sup> Das Berufungsverfahren, das der Gesetzentwurf vorschlägt und das sicherlich als Kernstück betrachtet werden kann, folgt der Logik

---

19 So 1972 von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, vgl. Weis, J., Wirtschaftliche Mitbestimmung, Limburg a.d.L. 1975, S. 231

20 Der Gedankenansatz "Dritte Bank", besetzt mit Vertretern des "öffentlichen Interesses", ist nicht grundsätzlich neu; er entsprach den Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes im Rahmen der Diskussion um eine Europäische Aktiengesellschaft. Vgl. Geschäftsbericht des DGB-Bundesvorstandes 1972-1974, Düsseldorf o.J., S. 25 – Zur grundsätzlichen Problematik vgl. Christmann, A., Kunze, O., Leminsky, G., Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, Bd. 1 und 2, Köln 1964.

21 Vgl. Hildebrandt, E., Pfriem, R., Die Ökobilanz – ein Instrument zur Umorientierung von Unternehmenspolitik, in: Die Mitbestimmung 4/1988, S. 194 f.

jeder Mitbestimmung: Wie der Arbeitsdirektor nach dem Montanmitbestimmungsgesetz nicht gegen die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gewählt und abberufen werden kann, so darf der Umweltdirektor nicht gegen die Stimmen der Vertreter des Faktors Natur gewählt und abberufen werden können.

Zur Unterstützung der unternehmensinternen Ökologiepolitik erscheint zusätzlich die Schaffung einer einheitlichen und unabhängigen Institution "Umweltbeauftragter im Unternehmen" sinnvoll. Bereits heute gibt es gesetzlich vorgesehene, jedoch von der Unternehmensleitung abhängige Immissionsschutz-, Gewässer- und Abfallbeauftragte, deren Zuständigkeiten in der Institution "Umweltbeauftragter" zusammengefaßt werden müßten. Wichtig wäre deren Unabhängigkeit von der Unternehmensleitung; diese könnte dadurch gewährleistet werden, daß die letzte Entscheidung über Berufung und Abberufung bei einer externen Institution, etwa bei der für den Umweltschutz zuständigen obersten Landesbehörde läge. Der Umweltbeauftragte sollte jedoch nicht als ökologieorientierte "Nebenregierung" im Unternehmen angesehen werden. Das Tätigkeitsfeld des für Ökologiefragen zuständigen Vorstandsmitglieds sollte auf die Ausgestaltung und Durchführung der Ökologiepolitik im Unternehmen, das des Umweltbeauftragten auf deren Kontrolle bezogen sein. Dadurch wäre auch sichergestellt, daß das für Ökologie zuständige Vorstandsmitglied nicht zu einem "Überdirektor" wird.

Umweltbelastungen, die sich aus dem Produktionsprozeß heraus ergeben, wirken in vielfacher Weise nach außen, aber in hohem Maße auch nach innen; sie werden zu Problemen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten. Daher ist auch in der *Betriebsverfassung* die verbindliche Verankerung des Handlungsfeldes "Ökologie" notwendig.<sup>22</sup> Weder die Installierung eines Umweltbeauftragten noch die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Betriebsverfassung sind Gegenstand des Gesetzentwurfs und können es auch nicht sein. An dieser Stelle soll jedoch, der Vollständigkeit halber, der Handlungsbedarf aufgezeigt werden. Dabei kann eine ökologisch orientierte Reform der Betriebsverfassung eine Reform der Unternehmensverfassung, wie sie der Entwurf anstrebt, nicht ersetzen. Die Betriebsverfassung ist nur ein Teil der Unternehmensverfassung, und die betriebliche Mitbestimmung reicht nicht an die Ebene heran, auf der die unternehmenspolitischen Entscheidungen fallen.

---

22 Vgl. insbesondere die Vorschläge der IG Chemie-Papier-Keramik, Vorschläge der IG CPK zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, in: Gewerkschaftliche Umschau 2 - 3/1987, S. 6 f., sowie der IG Metall, Umweltschutz im Betrieb, in: IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie, Köln 1988, S. 175 ff.

### *Die Stellungnahme des DGB zu dem Gesetzentwurf*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, vertreten durch die Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, hat nach vorausgegangenen Beratungen im Arbeitskreis "Unternehmensmitbestimmung" im September 1988 gegenüber der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen.<sup>23</sup> Der Position, die im folgenden in den wichtigsten Punkten skizziert werden soll, stimmte im Arbeitskreis eine große Mehrheit zu; insbesondere in Hinblick auf die Einführung einer "Dritten Bank" im Aufsichtsrat und eines vom besonderen Vertrauen dieser "Dritten Bank" abhängigen Vorstandsmitglieds wurde auf den vorläufigen Charakter der Stellungnahme hingewiesen.

Grundsätzlich begrüßt der DGB die Initiative, die auf eine dauerhafte Regelung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene ziele, nicht zuletzt deshalb, weil andere Parteien dadurch in Zugzwang gebracht würden. Zustimmung finden alle Vorschläge, die mehr Mitbestimmung herstellen und dauerhaft sichern wollen. Abgelehnt werden dagegen insbesondere der Wegfall der "Sitzgarantie" für außerbetriebliche Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die im Entwurf enthaltene Absage an das Entsendungsrecht der Gewerkschaften und deren Spitzenorganisation, sowie das Vorschlagsrecht, das bestimmten Organisationen und Fraktionen in Kommunalparlamenten auch bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter in dem Entwurf zugestanden wird. Die leichte Überparität zugunsten der Arbeitnehmer, die in dem Entwurf favorisiert wird, sei "nur nach intensiver Abwägung aller Gesamtumstände" zu entscheiden. Die grundsätzliche Entscheidung über die Reichweite der Mitbestimmung müsse der Gesetzgeber treffen – und nicht, wie im Entwurf als Möglichkeit vorgesehen wird, die Tarifvertragsparteien.

Die Einbeziehung des ökologischen Interesses in die Unternehmensorgane wird nicht abgelehnt: "Sofern nicht das Prinzip der Parität zwischen Kapital und Arbeit einerseits sowie der Grundgedanke der qualifizierten Mitbestimmung auf Unternehmensebene, nämlich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit als Ausgangspunkt, gefährdet ist, spricht nichts gegen die Einbeziehung auch des Umweltinteresses in die Arbeit des Aufsichtsrates". Ein Kooptionsmodell wird dabei bevorzugt. Befürwortet wird auch die Einführung eines für Ökologiefragen zuständigen Vorstandsmitgliedes. Abgelehnt wird jedoch die Unabhängigkeit des Faktors Natur; es heißt in der Stellungnahme abschließend: "Sowohl der Einbezug eines Umweltdirektors in den Vorstand als auch der Umweltinteressen in den Aufsichtsrat sind eine sinnvolle Lösung. Gleichwohl ist damit nicht die direkte Anbindung des Umweltdirektors an die Vertreter des Umweltinteresses im Auf-

---

23 Abteilung Gesellschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, "Kurzdarstellung (des Gesetzentwurfs) und gewerkschaftliche Bewertung", vervielfältigte Stellungnahme, Düsseldorf, November 1988

sichtsrat sinnvoll. Auch wenn eine stärkere Berücksichtigung des Umweltinteresses innerhalb der Unternehmenspolitik angesichts der allseits gestiegenen Umweltsensibilität eine angemessene Lösung darstellt, sollte doch vermieden werden, der Tendenz zur Herausbildung einer 'Dritten Bank' im Aufsichtsrat, dargestellt als Vertreter des Umweltinteresses, Vorschub zu leisten."

*Nachwort: Den Gesetzentwurf gut aufbewahren!*

Der Gesetzentwurf aus der Mitte der Fraktion der Grünen im 11. Deutschen Bundestag darf nicht im Aktenkeller verschwinden. Von anderen Fraktionen ist bisher nichts dergleichen bekannt geworden; dabei wäre eine entsprechende Reform der Unternehmensverfassung eine gute Voraussetzung dafür, die "Innenwelt" der Produktionsabläufe im ökologischen Sinne – und das heißt vor allem: zu Produktionskreisläufen – umzugestalten. Vermutlich wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis nicht mehr verdrängt werden kann, daß die Industriegesellschaft auf dem Wege ist, sich selbst abzuschaffen.<sup>24</sup> Spätestens dann werden diejenigen, die den Gesetzentwurf in der Wiedervorlage aufbewahrt haben, gefordert sein. Denn auch Politik zeichnet sich dadurch aus, daß sie "immer *wird* und nie *ist*."

---

24 Vgl. Beck, N., "Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab", in: FAZ v. 19.10.1990

*Dr. Günther Bachmann*

## **Altlasten – die kontaminierte Umwelt als Herausforderung für die Industriepolitik**

### **1. Altlasten der DDR**

Altlasten – der Begriff hat Konjunktur. Mit großer Beliebtheit wird derzeit alles als DDR-Altlast bezeichnet, was noch vom SED-Regime herrührt oder beeinflusst zu sein scheint. Das können sowohl Menschen als auch Institutionen, Einrichtungen, Eigentumsverhältnisse, Gebäude und Anlagen etc. sein; schließlich zählen hierzu auch ökologische Schäden im weitesten Sinne. Wenn dagegen im folgenden von Altlasten gesprochen wird, so ist der Begriffsinhalt eingeschränkt auf das umweltpolitische Verständnis von Altlasten, das sich in den 80er Jahren in der alten BRD herausgeprägt hat.

In diesem Sinne werden als Altlasten solche Gebiete und Standorte verstanden, von denen aus alten Ablagerungen von Müll und Sonderabfällen sowie aus stillgelegten und verlassenen Industrieflächen Giftstoffe austreten, die eine Gefahr für die Menschen und die Umwelt darstellen (zu der definitorischen Abgrenzung vgl. im einzelnen Bundesregierung 1985, Sachverständigenrat für Umweltfragen 1990). Bei der Altlasten-Politik geht es um die Erfassung dieser Flächen, die Ermittlung der Umweltgefahren, um die Planung von nachfolgenden Nutzungen und die Ableitung von Sanierungszielen, schließlich um die Durchführung von sofortigen und dauerhaften Maßnahmen mit dem Ziel der Kontrolle, Beseitigung und Eindämmung der Gefahren sowie um die rechtliche Verpflichtung des Verursachers zur Sanierung kontaminierter Standorte.

Wieviele solcher Flächen in der alten BRD vorliegen, ist nicht mit Gewißheit anzugeben. Die Erfassung der Verdachtsflächen und die sich anschließende Überprüfung, welche dieser Verdachtsflächen tatsächlich kontaminiert sind, ist Aufgabe der Länder. Die Arbeiten laufen seit ca. 6 Jahren. Die Länder gehen hierbei trotz gewisser methodischer Abstimmungen in der Sache recht unterschiedlich und jedenfalls nicht im gleichen Tempo vor. Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß mit ca. 100.000 Verdachtsflächen zu rechnen ist. Die Erfassung der Rüstungsaltlasten und militärisch bedingten Kontaminationen als Sondertypen von Altlasten hat erst kürzlich begonnen.

Die Verdachtsflächen auf DDR-Gebiet sind zur Zeit aufgrund der allgemein bekannten politischen Umstände nicht annähernd so präzise erfaßt. Abschätzungen aufgrund der angelaufenen Überblickserfassungen sprechen von 14 – 20.000 Verdachtsflächen (TÜV Rheinland laut Tagesspiegel vom 11.10.90). Für die aktuell zu treffenden politischen Entscheidungen zur Entwicklung und Finanzierung einer Sanierungsstrategie spielt es allerdings kaum eine Rolle, ob nun von 20-, 30- oder gar 50.000 Verdachtsflächen auszugehen ist. In jedem Fall stellt die Größenordnung eine umwelt-, industrie- und finanzpolitische Herausforderung dar, die die Regulationsfähigkeit der bisherigen staatlichen Politik übersteigt.

## **2. Besonderheiten der DDR-Altlasten**

Eine einfache Gleichsetzung von Altlasten-West und DDR-Altlasten im Hinblick auf die Art der Kontaminationen, die räumliche (flächenproportionale) Verteilung und die Sanierung ist nicht ohne weiteres möglich. Natürlich gibt es ein gemeinsames Grundmuster von Kontaminationstypen, soweit es sich um altindustrialisierte Gebiete, ähnliche Produktionsprozesse und die Folgen ungeordneter Abfallbeseitigung handelt.

Besonderheiten der DDR-Altlasten sind sowohl in materieller als auch in rechtlicher Hinsicht auszumachen, wobei sich die rechtliche Dimension aus den allgemeinen Umständen des DDR-Niederganges und der Vereinigungspolitik ergibt. Sie wird unter Punkt 5 behandelt.

Materielle Besonderheiten sind im Hinblick auf mehrere Faktoren einzuräumen. Ihrer Aufzählung muß der generelle Vorbehalt vorangestellt werden, daß die bisherigen Erfahrungen der Sanierungspraxis in der alten BRD und in den Niederlanden, den USA und Großbritannien (als den insoweit am weitesten fortgeschrittenen Staaten) immer wieder überraschende Erkenntnisse über die Art und den Umfang von Kontaminationen erbracht haben, teilweise auch erst, nachdem man glaubte, einen guten Überblick zu haben. Deshalb muß über eine Unterscheidung von Normalfall und Besonderheit mit aller Vorsicht gesprochen werden. Immerhin begegnet man in den Altlasten allen (!) Stoffen, Stoffgemischen und -verbindungen, die die industrielle Risikogesellschaft hergestellt oder genutzt hat. Unter Umständen kombinieren sie sich bei den physiko-chemischen Bedingungen einer Altlast zu weiteren unbekannten Umweltgiften. Stellen schon die produzierten und vermarkteten Stoffe ein Universum von Risiken dar, so reproduziert und erweitert sich dies noch einmal in den Altlasten, bei denen immer unterschiedliche geologische, hydrogeologische und klimatische Bedingungen zu einer prinzipiell nicht vorhersehbaren Vielzahl von immer wieder variierten Erscheinungsformen führen können.

Zu alledem muß für die DDR-Altlasten mit einigen materiellen Besonderheiten gerechnet werden. Diese ergeben sich vorrangig aus ihrer Entstehungs-, erst in zweiter Linie durch ihre Wirkungsweise:

- Faktor Nutzungsdynamik: Die DDR-Wirtschaft weist eine im Vergleich zur BRD weitaus geringere Dynamik der industriellen Ausstattung auf. Dies bedeutete eine längere Nutzungsdauer vor allem auch alter Produktionsanlagen, denen i.d.R. ohnehin ein höheres Kontaminationspotential zugemessen werden muß. In gleicher Weise wirkte der fortwährende Einsatz verschlissener Produktionsmittel.
- Faktor andere Betriebstypen: Insbesondere im ländlichen Raum hat die agrarpolitische Zentralisierung Betriebstypen hervorgebracht, die in dieser Form in der BRD nicht existieren. Z.B. sind die MTS (Motoren- und Traktoren-Stationen) und die ACZ (Agrochemischen Zentren) sowie agroindustrielle Großanlagen mit unsachgemäßer Güllebeseitigung zu nennen. In den industriellen Ballungszentren ist bei Großbetrieben eine eigenartige Mischung von Alt-Ablagerung und Alt-Standort zu beobachten, die aus dem Umstand herrührt, daß die DDR-Wirtschaftspolitik die Betriebe angehalten hatte, selbst viele vor- und nachgelagerte Tätigkeiten (z.B. Erstellung von Rationalisierungsmitteln, Entsorgung) zu übernehmen.

Durch Einsparversuche auf Betriebsebene führte dies u.a. oft zur ungeordneten Ablagerung von Abfällen auf dem Betriebsgelände.

– Faktor Innovationstyp der DDR-Industrie: Mit der Herausbildung der DDR-Umweltpolitik wurde speziell für den industriellen Sektor das Ziel verfolgt, mit einer sparsamen Verwendung und Wiedernutzung von Rohstoffen und Industrie nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch umweltpolitische Erfolge zu erzielen. Diese als Materialökonomie bezeichnete Strategie wurde für einige Stoffe und Produkte sehr intensiv angewandt. Indessen hatte sie auch negative Umweltfolgen in solchen Fällen, in denen sie zu produktionstechnischen Lösungen führte, die zwar für ein bestimmtes materialökonomisches Ziel optimiert waren, aber in anderer Hinsicht, z.B. in Handhabung/Handhabungsverlusten, Lebensdauer/Verschleiß, Emissionen, nachteilige Effekte aufwiesen.

– Faktor geogene Verhältnisse und Bergbau: Besondere Altlasten ergeben sich durch die in großer Zahl vor der Schließung stehenden oder schon geschlossenen Bergbau-Anlagen. Generell läßt sich trotz einiger schon von DDR-Regierungen veranlaßter Maßnahmen sagen, daß die Stilllegung der Anlagen zu einer Vielzahl von gefährlichen Standorten führen wird. Zu nennen sind insbesondere

- offene, unverwahrte Grubenräume und die durch sie ausgelösten Bergsenkungen (die zu Deformationen des Oberflächenreliefs führen können); für die Bergbaubetriebe Sachsens und Thüringens werden ca. 3.500 Schächte und Tagesöffnungen, ca. 900 Stollen und bebaute Gänge sowie 1.169 Pingen (Bruchgebiete an der Oberfläche mit bis zu 100 m hohen Wänden und bis zu 300 m breitem Durchmesser) gezählt,
- das an der Oberfläche zu Halden aufgehäufte, umwelthygienisch problematische Abraummateriale, wobei die Halden zumindest teilweise ungesicherte Böschungen, keine Abdichtung und keine Sickerwasserfassung aufweisen,
- unsachgemäße Ablagerung von Abfällen in Bergbausenken,
- die komplizierten Eingriffe in den Wasserhaushalt, die sowohl im Bergbau als auch im Tagebau der Braunkohle erforderlich sind, um den Abbau zu ermöglichen; bei Stilllegung muß sorgfältig geprüft werden, welche Folgen auf den Wasserhaushalt zu erwarten sind bis hin zu den befürchteten Vernässungen und Durchspülungen von Abfall-Deponien durch Grundwasser (vgl. zu Bergbau-Altlasten Förster 1990),
- ein Problembereich besonderer Art stellen der Abbau von Uran und seine Folgewirkungen dar (der Betriebsdirektor eines der sechs Wismut-Bergbaubetriebe schätzt den Aufwand für die geordnete Schließung mit Flutung der Gruben und Abräumung der strahlenden Halden auf 1,4 Milliarden DM, vgl. Tagesspiegel vom 18.10.90).

- Faktor strukturelle Bedingungen des DDR-Umweltschutzes: Der Vollzug des DDR-Umweltschutzes nahm trotz weitgehend anders lautender Rechtsgrundlage eine im Regelbetrieb ungeordnete Abfallentsorgung in Kauf. Sie hat – und zwar länger als dies in der alten BRD der Fall war – zu einer Vielzahl von wilden Müllkippen und unsachgemäßen Ablagerungen in der Landschaft geführt.

- Faktor rechtlich/ökonomische Situation: Im Gefolge der wirtschaftspolitischen Gesamtsituation der ostdeutschen Länder kommt es zu einer hohen Zahl von Betriebsschließungen. Da nach gängiger Definition mit dem Begriff Altlasten nur solche Betriebsgelände erfaßt werden, die stillgelegt sind, und nicht etwa auch solche, die zwar kontaminiert, aber noch in laufendem Betrieb sind, muß in Ostdeutschland rein quantitativ mit einer Nennung von mehr Altlasten als dies bei konjunktureller Prosperität der Fall wäre, gerechnet werden.

Diese Faktoren bedingen für die DDR-Altlasten eine Zuspitzung des ohnehin vorhandenen Altlasten-Risikopotentials der industriellen Produktionsweise. Es wurde noch verstärkt durch die Grundzüge einer undemokratischen und unsachgemäßen DDR-Umweltpolitik (vgl. Bachmann 1990), die zudem ihre Schwerpunkte auf die Themenfelder Immissionsschutz und Wasserhaushalt, jedenfalls nicht auf Boden, Abfall, Altlasten setzte.

### **3. Umweltpolitische Bedeutung**

Jeder alte Industriestandort und jede alte Deponie bzw. Müllkippe begründen den Verdacht, die Umwelt zu kontaminieren und damit unter Umständen die Gesundheit der Menschen zu gefährden. Letzteres wird insbesondere über die Verschmutzung von Trinkwasser, bei Verwehungen über die Verschmutzung der Atemluft, durch den direkten Kontakt (spielende Kinder, arbeitende Menschen) oder durch das Verzehren verunreinigter Lebensmittel (z.B. aus Kleingärten) zu befürchten sein. Ob dies der Fall ist und ob es sich damit bei der Verdachtsfläche tatsächlich um eine Kontamination handelt, ist für den Einzelfall durch geeignete Untersuchungen zu ermitteln. Praktische Erfahrungen aus dem Umgang mit westdeutschen Altlasten lassen den Schluß zu, daß es sich bei einer Vielzahl der DDR-Verdachtsflächen tatsächlich um Altlasten handelt – jedenfalls sofern man die umwelthygienischen Maßstäbe aus der alten BRD heranzieht. Nicht zuletzt deuten umweltmedizinische Erkenntnisse aus dem Süden der DDR in diese Richtung, wobei allerdings noch weitere wichtige Faktoren wie die Luftverschmutzung eine (u.U. größere) Rolle spielen.

In der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, der Wende, in der DDR und auch später im "Nachnovember" kam dem Bewußtsein der Bevölkerung, in verschmutzter Umwelt zu leben, eine wichtige Bedeutung als Auslöser von Unzu-



friedenheit und Gegenmacht zu. Heute ist dieses Bewußtsein einer Umweltkrise nicht mehr in gleichem Maße wirksam. Es bleibt dahingestellt, ob es durch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme lediglich zeitweilig überlagert oder ob es ganz verdrängt worden ist. Aus westlichen Ländern sind viele Beispiele bekannt, wo Anwohner und Betroffene von Altlasten sich teils sehr wirkungsvoll politisch engagieren und ihre Interessen artikulieren. Die hierbei gemachten Erfahrungen zeigen, daß eine solche Artikulation und in deren Folge eine Teilhabe an den Entscheidungsprozessen über Sanierungsziel, Wiedernutzung, Entschädigung etc. zu einer qualitativ anderen Sanierungspolitik führen kann. Auch zeigt sich, daß eine staatliche und industrielle Sanierungspolitik, die ohne partizipative Elemente auszukommen glaubt, oftmals durch mangelnde Akzeptanz ihrer Entscheidungen von den Betroffenen blockiert wird.

Eine Sanierbarkeit ist in technischer und ökologischer Hinsicht (von der finanziellen ganz zu schweigen) nicht immer gegeben. Es liegen Kontaminationen des Bodens und des Grundwassers vor, die mit heutigen Methoden nicht auf eine Nullbelastung bzw. auf die Qualität natürlicher Böden gebracht werden können. Was allerdings an jedem Standort möglich und nötig ist, ist die Eindämmung von austretenden Giften und die Abwehr der Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung (vgl. zur Darstellung und Kritik der derzeitigen Sanierungspolitik in der BRD: Sachverständigenrat für Umweltfragen 1990 und BUND-Bundesarbeitskreis Altlasten 1990).

#### **4. Industriepolitische Bedeutung**

Altlasten kommt neben der umweltpolitischen eine wichtige industriepolitische Bedeutung zu.

Die Sanierung eines Altstandortes hat immer eine bestimmte Wiedernutzung zum Ziel. In industriellen Ballungsgebieten wie z.B. dem Ruhrgebiet ist dies oftmals eine gewerbliche oder industrielle Nutzung. Die Standortqualität trägt heute maßgeblich zu Ansiedlungsentscheidungen bei. Dies gilt auch für die Wiedernutzung von sanierten Altlasten als Wohnstandort oder Grünanlage, weil diese als Umfeld für Standortentscheidungen wesentlich sind. Im internationalen Maßstab kann durchaus von einem Wettbewerb um die Wiedergewinnung der Standort-Attraktivität von altindustrialisierten Gebieten gesprochen werden. Sanierungs- wird als Infrastrukturpolitik verstanden. Hierbei ist Umweltqualität ein wichtiger Standortfaktor. Er kann nur durch eine aktive und innovative Sanierungspolitik gewährleistet werden. Ein Beispiel hierfür liefert der US-Staat New Jersey, der den hohen Ansiedlungsdruck internationaler Konzerne und Firmen dazu nutzte, die industrielle Ausstattung des Landes von der alten Schwerindustrie auf neue weiße Indu-

strien umzubauen und hierbei die kontaminierten Standorte zu sanieren. Industrielle Grundbesitzer, die ihren Standort verkaufen oder ihre Anlagen stilllegen wollen, müssen dem Staat gegenüber darlegen, daß der Standort nicht kontaminiert ist, bzw. ihn ggfs. sanieren. Seit Mitte der 80er Jahre ist dieses umfangreiche Regularium mit Erfolg in Gang gesetzt (vgl. Bachmann 1989). Unter anderem folgt aus einer aktiven staatlichen Sanierungs- und Infrastrukturpolitik die Schaffung eines Marktes für Leistungen der Beratung, Untersuchung, technische und bauliche Maßnahmen. Er bewirkt Anreize zu technischen Innovationen und zu einem hohen Qualifikationsniveau der Fachkräfte.

Liegt eine solche offensive Vorgehensweise nicht vor, so ist oft zu beobachten, daß Altlasten als Hemmnis für Investitionen wirken und den Grundstücksmarkt blockieren. Z.B. werden trotz einiger – offenbar insoweit aber noch unzureichender Maßnahmen – für die Regierungspräsidien Arnsberg, Düsseldorf und Münster 8 – 10.000 industrielle Brachflächen geschätzt (Wiegandt 1991).

Für die DDR-Altlasten ist in dieser Hinsicht eine negative Entwicklung zu befürchten, wenn es nicht gelingt, Standorte in solcher Weise zu sanieren, daß sie als Beitrag zur regionalen Standortqualität "vorzeigbar" sind.

Positiv ist allerdings zu vermerken, daß auf politischer Ebene die industriepolitische Dimension des Problems durchaus erkannt ist. Dies markiert einen Unterschied zu der bisherigen Problemwahrnehmung in der alten BRD. Zwar sind in Fachkreisen beide Dimensionen durchaus benannt worden; es war bislang jedoch nicht zu beobachten, daß den Altlasten in der "großen Politik" ein entsprechender Stellenwert eingeräumt worden wäre. Deutlich wird diese Abstufung auch dadurch, daß die BRD nicht dem US-amerikanischen Beispiel folgte. Dort erklärte man 1980 die Altlastensanierung zu einer Aufgabe mit nationaler Dimension und zog auf dieser Basis auch die Industrie zu einer branchenbezogenen und kollektiven Mitfinanzierung heran (vgl. Bachmann/Claus/Weingran 1990). Eine entsprechende Wahrnehmung der umwelt- und industriepolitischen Herausforderung durch Altlasten haben sich die deutschen Bundesregierungen seit Beginn der 80er Jahre nicht zu eigen gemacht.

Zu fragen ist, ob sich dies unter den veränderten Bedingungen ändert.

## **5. Freistellungsklausel des Einigungsvertrages**

Im Einigungsvertrag wird die standort- und industriepolitische Bedeutung der Altlasten erkannt; Investoren sind aufgrund seiner Regelung von der Verantwortung für derartige Umweltschäden entbunden:

"Erwerber von Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden, sind für die durch den Betrieb der Anlage vor dem 1. Juli 1990 verursachten Schäden nicht verantwortlich, soweit die zuständige Behörde im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde sie von der Verantwortung freistellt. Eine Freistellung kann erfolgen, wenn dies unter Abwägung der Interessen des Erwerbers, der Allgemeinheit und des Umweltschutzes geboten ist. Der Antrag auf Freistellung muß spätestens bis zum 31.12.1991 gestellt sein. Die Haftung auf Grund privatrechtlicher Ansprüche bleibt unberührt." (Einigungsvertrag Anlage II, Kap. XII, Abschnitt III Nr. 1 b)

Die Freistellungsklausel formuliert den Versuch einer Entkopplung einer industriellen Standortentscheidung und der haftungsrechtlichen Verantwortung für den Standort. Sie hat ihren Hintergrund in der rechtlichen Ausgangssituation der Altlastensanierung. Solange eine speziell für die Regelung der Altlasten zugeschnittene Rechtsgrundlage fehlt, werden in der Sanierungspraxis die Möglichkeiten des Umweltrechts und vor allem des Polizei- und Ordnungsrechtes genutzt, um gegenüber den individualrechtlich Haftenden eine Sanierungsverpflichtung anzuordnen. Um Gefahren in erster Linie für Leben und Gesundheit von Menschen, für das Trinkwasser und die öffentliche Ordnung abzuwehren, kann nach Polizei- und Ordnungsrecht derjenige zu Maßnahmen veranlaßt werden, der für die gefährdenden Handlungen und/oder für den gefährlichen Zustand des Standortes verantwortlich ist. Hierbei setzt die Zustandsverantwortlichkeit weder eine Verursachung noch ein irgendwie geartetes schuldhaftes Verhalten voraus (Staupe 1990, S.176).

Das bedeutet, daß Käufer ostdeutscher Betriebe und Standorte nach üblichem bundesdeutschen Recht als Verantwortliche für die Altlastsanierung heranzuziehen wären. Dies wird als ein unangemessenes Risiko für die potentiellen Investoren angesehen; die Klausel soll es reduzieren. Dieses Anliegen wirkt natürlich als Abschwächung umweltschützender Rechtsnormen. Eine Aufrechterhaltung dieser Rechtsnormen wäre indessen angesichts der dem Umweltschutz ja weitestgehend vorgegebenen vereinigungs- und wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen wohl kaum sachgerecht gewesen. Insofern kann der Freistellungsklausel eine immanente Rationalität im Rahmen des Vereinigungsprozesses durchaus zugestanden werden. Inwieweit sie sich als eine angemessene und zukunftsfähige Entscheidung erweist, hängt indessen von ihrer realen Wirkungsweise und der in ihrem Gefolge einzuführenden Sanierungskonzeption ab.

## 6. Aktive Sanierungspolitik?

Eine Abschätzung der Wirkungsweise muß zunächst einräumen, daß mit dem Vollzug der Klausel eine Reihe von teils gravierenden Rechtsfragen verbunden ist: Unklar ist, was der Ausschluß der privatrechtlichen Ansprüche zur Folge hat, wie die Klausel sich auf Rechtsnachfolger auswirkt, wie ihr Begriff "verursachte Schäden" in der Praxis anwendbar ist (Nachweis- und Beweisführungsprobleme) und schließlich, in welcher Weise die Länder-Zustimmung durch dortige Sachkenntnis abgesichert werden kann. Hier dürften mehr praktische und rechtliche Probleme und Zweifelsfälle auftreten, als die Klausel u.U. zunächst erwarten ließ.

Zur ihrer Wirkungsweise wird vermutet, daß die Treuhand ggfs. nur die Anlagen eines industriellen Standortes an Neu-Investoren veräußert, während sie selbst Eigentümerin und damit Sanierungsverantwortliche für Boden und Grundstück bleibt (Meyerhoff 1990).

Daß dies eine regelmäßige Wirkung ist, steht außer Frage. Jedoch gehen Konzerne mit industrieller Führerschaft wie z.B. Daimler auch einen anderen Weg, von dem die ZEIT meint, er sei ein Musterfall für viele andere Investoren (DIE ZEIT: P.Christ, Konzept ohne Risiko, vom 19.10.90, S. 29). Der Daimler-Konzern errichtet ein neues Lastwagen-Werk in Ludwigsfelde nicht unter Nutzung des alten IFA-Standortes, sondern auf der grünen Wiese. Damit läßt man sich erst gar nicht auf eine Altlastendiskussion ein.

Einen Ausschluß der Haftung erstreben Bosch in Eisenach und die BASF bei der Übernahme der Schwarzheide AG. Mit dieser Praxis wird die Treuhand AG zum (vermutlich weltweit größten) Alleinverantwortlichen für die Sanierung Tausender Altstandorte. Die Folgen liegen auf der Hand:

### *– Doppelte Umweltschäden*

In der umweltschützerischen Bilanz wird als negativ aufzuführen sein, daß wegen Geldmangel die einen Standorte nicht saniert, während dafür aber ökologisch intakte, "saubere" zu Industriegebieten vernutzt werden.

### *– Fonds wider Willen*

Während Bundesregierung und Industrie jahrelang kategorisch die Einrichtung eines Solidarfonds zur Altlastensanierung abgelehnt haben, ist faktisch dem Bund nun unversehens und unter der Hand ein solcher Altlastenfonds zugewachsen – in Gestalt des Treuhand-Vermögens und der Finanzierung der "Deutschen Einheit".

*- Fonds ohne innere Logik*

Diese fondsartige Altlastenverantwortung ist jedoch aus der Not geboren und nicht aus systematischen oder mindestens bewußten politischen Entscheidungen hervorgegangen. Dringend benötigt wird nunmehr die Schaffung von Regularien und Verfahrensweisen für die schrittweise erfolgende Sanierung der Standorte. Hierzu gehört auch die Schaffung neuer und neuartiger Finanzierungsinstrumente. Auf Länderebene liegen Erfahrungen aus der alten BRD vor. Jedoch erscheinen die vorhandenen, länderweise recht unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente nicht als umweltpolitisch hinreichend effektiv, während effektivere Instrumente wie Sonderabgaben an verfassungsrechtliche Anforderungen gebunden sind, die sie schwer realisierbar machen (Brandt 1990).

*- Notwendige Neuordnung der Altlastensanierung*

Es ist daher naheliegend, daß die entstandene Situation genutzt wird, um den Umgang mit Altlasten grundsätzlich neu zu ordnen. Dies ist ohnedies auch in der alten BRD erforderlich, wobei eine wesentlich stärkere bundespolitische Verantwortung bereits angemahnt worden ist (Sachverständigenrat 1990). Der Altlastenfonds könnte Gegenstand einer gemeinsamen Finanzierung von Bund, Ländern und Industrie sein, er könnte in rechtlicher und verfahrensmäßiger Hinsicht in einer Weise durch neue bundeseinheitliche Regularien geordnet werden, daß hieraus eine auch gegenüber der heutigen Praxis dringend nötige Verbesserung der Rechtssicherheit entsteht. Die der Öffentlichkeit vom Bundesumweltminister vorgelegten Vorschläge für das Aktionsprogramm "Ökologischer Aufbau" (Tagesspiegel vom 20.2.1991) müssen sich an diesen Kriterien messen lassen. Zur Zeit sind die Vorschläge, insbesondere im Hinblick auf ihre administrative Umsetzung, für eine Beurteilung zu vage.

*- Nutzung von positiven Beispielen*

Es liegt eine Reihe von Beispielen aus der internationalen Sanierungspolitik vor, die kritisch adaptiert werden können. Zu nennen sind technische und verfahrensmäßige Beispiele aus den USA, den Niederlanden, aber auch aus dem Grundstücksfonds Ruhrgebiet, der als revolvierender Fonds brachgefallene Industriegrundstücke wieder städtebaulich nutzbar machen soll. Mit einigen Verbesserungen insbesondere hinsichtlich seiner umweltpolitischen Kriterien ist er ein Modell, das auch auf kommunaler Ebene in Ostdeutschland sinnvoll anzuwenden ist (Wiegandt 1990).

### *– Entwicklung endogener Innovationen*

Altlastensanierung ist in hohem Maße mit wissenschaftlichen Leistungen und technischen Innovationen verbunden. Die technische Entwicklung von Sanierungsanlagen ist noch längst nicht abgeschlossen. Eine Sanierungsstrategie der ostdeutschen Länder und Gemeinden kann bei einer entsprechenden Steuerung und Berücksichtigung der Binnenstrukturen wesentlich zur Stärkung und Entwicklung endogener Innovationspotentiale und damit zukunftsträglicher Arbeitsplätze beitragen. Problematisch ist dabei sicherlich der einfache Zukauf westdeutscher Sanierungsanlagen (z.B. die im Aktionsprogramm "Ökologischer Aufbau" geplanten sechs Behandlungszentren für kontaminierte Böden zu je ca. 250 Mio. DM), weil dies kaum Anreize für die wissenschaftlich-technische Entwicklung am Ort selbst auslöst. Zwar hat die westdeutsche Sanierungsindustrie einen auch weltweit erheblichen Vorlauf, umgekehrt dürfte in den ostdeutschen Administrationen ein sachgerechtes Know-how in der Regel nicht in zureichendem Maße vorhanden sein – gerade dies macht aber die Herausforderung an die politische Gestaltungskraft deutlich.

Selbstverständlich ist die hier skizzierte Strategie nur erreichbar im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, die als aktive Infrastrukturpolitik eine insoweit lenkende und steuernde Funktion des Staates akzeptiert und sachgerecht ausbaut.

Befürchtungen, daß eine solche aktive Sanierungspolitik nicht oder nicht im erforderlichen Maße realisiert werde, betreffen mehrere Elemente der Sanierungspolitik: So ist zu vermuten, daß die Erfassung und Erkundung der Verdachtsflächen unter Umständen nicht in gleicher Weise sorgfältig (und damit auch längere Zeit in Anspruch nehmend) erledigt wird; fraglich ist auch, ob es für die Festlegung von Sanierungszielen in der Bundesrepublik zu einheitlichen Grenzwerten kommt oder ob die erhöhte Grundbelastung in den alt-industriellen Gebieten der DDR zur Orientierung an der sog. ortsüblichen Belastung führt – was dann wiederum als Maßstab auch in der alten BRD gewertet werden könnte. Die großflächigen Bodenkontaminationen, die in rechtlichem Sinn nicht als Altlasten anzusehen sind, bilden ein sowohl vom bundesdeutschen Umweltrecht als auch vom Einigungsvertrag nicht aufgegriffenes Problem. Schließlich ist auch zu vermuten, daß der umweltpolitische Tenor des Einigungsvertrages hinsichtlich der Verkürzung und Vereinfachung umweltrechtlicher Genehmigungsverfahren auch für die Altlastensanierung (Sanierungsanlagen sind i.d.R. in einem abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahren zu genehmigen, das u.U. eingespart werden könnte) zu einer Verminderung bei den Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung führt.

## Literatur

- Bachmann, G., Bodensanierung in den USA, in: Rosenkranz, Einsele, Harreß (Hg.) Bodenschutz. Ergänzbare Handbuch der Maßnahmen und Empfehlungen für Schutz, Pflege und Sanierung von Böden, Landschaft und Grundwasser, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 1989
- Bachmann, G., F. Claus und C. Weingran, Zehn Jahre US-amerikanischer Superfund – ein Erfolg, in: ZAU 3. Jg. (1990), Heft 2, S. 182-193
- Bachmann, G., Vom Geheimthema zur Nebensache – Schicksale der DDR-Umweltpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 35. Jg. (1990), Heft 7, S. 805-818
- Brandt, E., Finanzbedarf und Finanzierungsansätze, in: Brandt, E. (Hg.), Altlasten. Bewertung, Sanierung, Finanzierung, 2. Auflage, Eberhard Blottner Verlag, Taunusstein 1990, S. 184-188
- BUND-Bundesarbeitskreis Altlasten, Das Altlastengutachten des Sachverständigenrates – eine kritische Wertung aus Sicht des BUND –, in: ZAU 3. Jg. (1990), Heft 3, S. 308-323
- Bundesregierung 1985, Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, Bt-Drs. 10/2977 vom 7.3.1985, Verlag Kohlhammer, Stuttgart 1985
- Förster, W., Altlasten des Erzbergbaus, in: Arendt, Hinsenveld, van den Brink (Hg.), Altlastensanierung '90 (3. Internationaler TNO/KfK-Kongress Altlasten, Karlsruhe 1990), Kluwer Academic Publisher, Dordrecht, Boston, London 1990, S. 137 ff.
- Franzius, V., R. Stegmann und K. Wolf (Hg.), Handbuch der Altlastensanierung. R.v. Decker's Verlag G. Schenk, Heidelberg, und Economica Verlag, Bonn, Loseblattsammlung (ab 1988)
- Meyerhoff, J., Altlasten als Investitionshemmnis in der ehemaligen DDR?, in: IÖW/VÖW-Informationsdienst 5. Jg. (1990), Nr. 5, S. 7f.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen, Sondergutachten Altlasten, Bt-Drs. 11/6191 vom 3.1.1990
- Staube, J., Individualrechtliche Haftung für Altlasten, in: Brandt, E. (Hg.), Altlasten. Bewertung, Sanierung, Finanzierung, 2. Auflage, Eberhard Blottner Verlag, Taunusstein 1990, S. 167-183
- Wiegandt, C.-C., Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen: Das Modell einer Fondslösung am Beispiel des Grundstücksfonds in Nordrhein-Westfalen, in: Rosenkranz, Einsele, Harreß (Hg.), Bodenschutz. Ergänzbare Handbuch der Maßnahmen und Empfehlungen für Schutz, Pflege und Sanierung von Böden, Landschaft und Grundwasser, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 1991

*Thomas Kieselbach*

## **Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR Soziale Konstruktion und individuelle Bewältigung<sup>1</sup>**

Die Länder der ehemaligen DDR standen bereits kurz nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober in einer Situation, in der Massenarbeitslosigkeit, die im Bewußtsein ihrer Bürger bislang nur als Grundübel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein eher exotisches Phänomen darstellte, zu einem existentiell bedrängenden Problem für eine große Zahl von Menschen geworden war und für viele andere darüber hinaus zweifellos noch werden wird. Alle Umfragen spiegeln diese Angst vor Arbeitslosigkeit bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern wider, wenngleich solche Ängste verknüpft sind mit großen Hoffnungen, daß es sich bei dem Anpassungsprozeß der DDR-Wirtschaft an die Bedingungen westdeutscher Kapitalverwertung um einen zwar unvermeidlichen, aber dennoch absehbar vorübergehenden Prozeß handelt, der auch für den einzelnen Betroffenen nur transitorischen Charakter haben wird.

In einer solchen Situation erscheint es geboten, wissenschaftliche Ergebnisse zu betrachten, die in den vergangenen Dekaden im Bereich sozial- und humanwissenschaftlicher Forschung zu den individuellen psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit erarbeitet worden sind, um jene Probleme antizipieren zu können, die auf einen großen Teil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern zukommen werden.

### **1. Ergebnisse der psychologischen Arbeitslosenforschung**

Es kann kaum Zweifel daran geben, daß die zwangsweise Ausgrenzung aus bezahlter Arbeitstätigkeit für einen erheblichen Teil der Arbeitslosen zu einer Verschlechterung der psychosozialen Gesundheit führt. Wenn man ebenso die indirekt von Arbeitslosigkeit Betroffenen einbezieht, kann man in diesem Zusammenhang gerechtfertigterweise davon sprechen, daß die gegenwärtigen und die prognostizierten Niveaus der Massenarbeitslosigkeit für die davon betroffenen Länder eine 'größere epidemiologische Katastrophe' implizieren, wie es die Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahre 1986 formuliert hat (WHO 1986).

Die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit bei den direkt Betroffenen sowie ihren Partnern und Kindern sind inzwischen relativ gut wissenschaftlich belegt

---

1 Vortrag auf der 12. Workshop-Tagung Politische Psychologie "Moderne Mythen – Mythen der Moderne" Universität Jena, 4. – 8. Dezember 1990



(Kieselbach & Wacker 1985, Westcott, Svensson & Zöllner 1985, Schwefel, Svensson & Zöllner 1987, Kieselbach 1988b, Kieselbach & Svensson 1988, Starin, Svensson & Wintersberger 1989, Kieselbach 1991). Die nachgewiesenen psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit wie Depressivität, Ängstlichkeit, Schlaflosigkeit, Reizbarkeit, allgemeine Nervosität und Konzentrationsstörungen können, wenn die Arbeitslosigkeit längere Zeit andauert, auch zu einer direkten Beeinträchtigung der körperlichen Gesundheit führen. Selbst unter gesellschaftlichen Bedingungen, bei denen der Arbeitsplatzverlust nicht unmittelbar zu Armut führt wie beispielsweise in Schweden, zeigt sich bereits nach 9 Monaten Arbeitslosigkeit eine statistisch bedeutsame Verringerung der Immunabwehr des Körpers (Arnetz et al. 1987). Der mit Arbeitslosigkeit verbundene Verlust an längerfristigen Perspektiven, die für eine gesunde Lebensführung eine wesentliche Voraussetzung bilden, kann ebenfalls zu einem risikohafteren Gesundheitsverhalten führen und damit gesundheitliche Spätschäden bewirken.

Betroffen von den psychosozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit sind aber nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern in erheblichem Umfang auch diejenigen, die von ihnen wirtschaftlich abhängig sind oder mit ihnen zusammenleben, d.h. ihre Ehe- oder Lebenspartner sowie ihre Kinder, jene also, die wir als "Opferdurch-Nähe" in der Arbeitslosigkeit bezeichnen (Kieselbach 1988a). Ehefrauen Arbeitsloser zeigen häufig mit einem Verzögerungseffekt vergleichbare Symptome wie die direkt betroffenen Arbeitslosen. Kinder Arbeitsloser weisen ein deutlich geringeres Selbstwertgefühl auf, machen häufiger selbstabwertende Äußerungen, sind depressiver, einsamer, weniger gesellig, mißtrauischer und weniger in der Lage, Streß zu bewältigen (Kieselbach, Lödige-Röhrs & Lünser 1989).

## **2. Prekarisierung des Arbeitsmarkts**

In einer Vielzahl von industrialisierten Ländern hat sich in den vergangenen beiden Dekaden die Ausgrenzung aus dem primären Arbeitsmarkt für eine große Zahl von Menschen mit der Konsequenz einer verstärkten Segregation und Marginalisierung verschärft. In der BRD spricht man inzwischen von einer 'Zwei-Drittel-Gesellschaft', in der sich seit Anfang der achtziger Jahre innerhalb von nur acht Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen beträchtlich erhöhte, die auch in der letzten Zeit trotz einer expandierenden Wirtschaft mit äußerst positiven ökonomischen Indikatoren nur geringfügig zurückgegangen ist. Die Zahl der über 1 Jahr Arbeitslosen versechsfachte sich, jene der bereits über 2 Jahre Arbeitslosen liegt jetzt achtmal so hoch wie zu Beginn der 80er Jahre. Langzeitarbeitslosigkeit wurde dabei zu einem zentralen Verarmungsrisiko. Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen ist die Warnung vor einer dauerhaften Marginalisierung und Aus-

grenzung Arbeitsloser und ihrer Familien mit der Konsequenz einer Verfestigung eines 'sozialen Friedhofs' von Langzeitarbeitslosen nicht unberechtigt.

Hinzu tritt, daß das wirkliche Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Ländern deutlich höher anzusetzen ist, da in den meisten Arbeitsmarktstatistiken systematische Korrekturen vorgenommen wurden, im wesentlichen mit dem Ziel einer Verringerung der offiziellen Zahlen. Die in der Statistik offiziell ausgewiesenen Zahlen sind aber wiederum bestimmend für die gesellschaftliche Konstruktion von Arbeitslosigkeit und damit auch die öffentliche Rezeption von Arbeitslosigkeit als sozialem Problem.

Die gegenwärtige Situation in den neuen Bundesländern läßt sich charakterisieren als eine Entwicklung zur Massenarbeitslosigkeit, welche in Prognosen Anfang 1990 zwischen 200.000 und über 4 Millionen variierte, d.h. in den pessimistischsten Ansätzen bis zu einer Arbeitslosenrate von fast 50% geht. Die Anfang März 1991 bereits erreichten Zahlen von ca. 750.000 offiziell registrierten Arbeitslosen sowie 1,9 Millionen Kurzarbeitern (die sich wahrscheinlich weitgehend mit späteren Arbeitslosen gleichsetzen lassen) deuten darauf hin, daß die reale Entwicklung sich eher auf den pessimistischen Pol der Prognosen zu bewegt. Momentan ist also schon ein Viertel der Erwerbsbevölkerung der ehemaligen DDR von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Für Ende 1991 geht inzwischen sogar der Sachverständigenrat der Bundesregierung von rund zwei Millionen Arbeitslosen und 1,1 Millionen Kurzarbeitern aus (FR v. 16.11.90).

### **3. Die soziale Konstruktion von Massenarbeitslosigkeit**

Für die individuelle Bewältigung von Arbeitslosigkeit sind gesellschaftliche Erklärungs- und Bewältigungsmechanismen der Massenarbeitslosigkeit von erheblicher Bedeutung. Diese lassen sich auch verstehen als zentrale Determinanten der sozialen Konstruktion von Arbeitslosigkeit, die dann wiederum die individuellen Bewältigungsformen direkt und indirekt Betroffener wesentlich mitbestimmt.

#### **3.1 Bagatellisierung, Individualisierung und Naturalisierung**

Ansätze der Bagatellisierung von Arbeitslosigkeit beispielsweise sind dazu geeignet, das Ausmaß an gesellschaftlicher Spaltung zu verbergen, indem bereits durch die Erfassungskriterien der Arbeitsmarktstatistik Arbeitslose in einzelne Gruppen aufgespalten und z.T. aus der Statistik ganz herauseskamotiert werden, zumindest wird die Gewährleistung von Leistungen an zunehmend engere Kriterien gebunden, was eine Ausgrenzung wachsender Gruppen von Arbeitslosen auch aus der öffentlichen Rezeption zur Folge hat.

Wenn im gesellschaftlichen Diskurs über Arbeitslosigkeit Mechanismen der individuellen Schuldzuweisung vorherrschen, wird auch dem einzelnen Arbeitslosen eine ständige Legitimationsbereitschaft abverlangt, nicht zu derjenigen Gruppe von Arbeitslosen zu gehören, die ihre Situation ja selber verschuldet hat.

Eine naturalisierende Betrachtungsweise schließlich, bei der ein kontinuierlicher, bestimmter Sockel von Arbeitslosen als unumgänglich und als ein mit politischen oder ökonomischen Maßnahmen nicht zu beseitigender Tatbestand angesehen wird, wird gesellschaftliches Engagement bei Betroffenen lähmen. Die Bereitschaft bei Beschäftigten, sich für umfassendere Lösungsmodelle zur Gleichverteilung von Arbeit einzusetzen, in die auch sie selbst einbezogen sind, wird dadurch abgebaut oder völlig verhindert. Bei Politikern führt dies zu einer Verringerung des politischen Handlungsdrucks.

Die sozial- und individualpsychologische Funktion der angeführten Mechanismen von Individualisierung, Naturalisierung und Bagatellisierung sind am Beispiel der BRD in den achtziger Jahren untersucht worden (Kieselbach 1988a). Diese übernehmen im wesentlichen die politisch-psychologische Funktion einer gesellschaftlichen Delegitimation von Arbeitslosen. Delegitimation als sozialpsychologisches Konzept wird hier verstanden als eine Form, eine soziale Gruppe negativ darzustellen, um

- sie damit sozial zu entwerten und eine Identifikation mit ihr zu erschweren,
- Grenzen zwischen der delegitimierten Gruppe und der übrigen Bevölkerung aufzurichten (wobei die Differenzen akzentuiert und verschärft werden) mit dem Ziel, diese Gruppe
- von normalen Rechten auszuschließen oder
- negative Maßnahmen und Verhaltensweisen gegen sie zu rechtfertigen.

Die politische und soziale Funktion der hier angeführten sozialpsychologischen Bestandteile einer sozialen Konstruktion von Realität in Form der Mechanismen von Bagatellisierung, Individualisierung und Naturalisierung will ich in 8 Thesen zusammenfassend einschätzen:

1. Die *Individualisierung* akzentuiert und verschärft die Abgrenzung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen.
2. Sie verstärkt die soziale Stigmatisierung von Arbeitslosen.
3. Sie erleichtert zudem den Beschäftigten die Illusion der Kontrolle des eigenen Arbeitslosigkeitsrisikos mittels Wohlverhaltens.
4. Sie versucht darüber hinaus, die Gruppe der Arbeitslosen selbst zu spalten in Teilgruppen, um Massenarbeitslosigkeit nicht mehr als einheitliches gesell-

schaftliches Problem, sondern nur als spezifische Defizite von Problemgruppen erscheinen zu lassen.

5. Sie macht als Bestandteil einer 'blaming the victim' – Ideologie aus den Opfern der Arbeitsmarkt-Krise die Täter ihres eigenen Schicksals und nimmt damit den Betroffenen eine wesentliche Grundlage, um kollektiv politisch für die Verbesserung ihrer eigenen Lage zu kämpfen.
6. Sie delegitimiert Ansprüche von Arbeitslosen an die Gesellschaft, womit diese weitgehend konfliktunfähig gemacht werden.
7. Die *Bagatellisierung* verschleiert das wirkliche Ausmaß, in dem sich in einer Gesellschaft gegenwärtig gesellschaftliche Spaltungsprozesse ausdehnen, vertiefen und verfestigen.
8. Die *Naturalisierung* bewirkt, daß Massenarbeitslosigkeit aus dem Bereich politischen Handelns weitgehend ausgegrenzt und ihr damit die Perspektive bewußter Veränderbarkeit entzogen wird.

Diese Mechanismen einer gesellschaftlichen Konstruktion von Massenarbeitslosigkeit produzieren damit schlimmstenfalls – wenn ihrer Verbreitung nicht stärker entgegengetreten wird – bei vielen langfristig oder dauerhaft von Arbeitslosigkeit Betroffenen Passivität, Demoralisierung und Selbstzerstörung.

### 3.2 'Verdeckte Arbeitslosigkeit' und 'schöpferische Zerstörung'

Ich will im folgenden einige Momente der gesellschaftlichen Konstruktion von Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR aufzeigen und mich dabei auf die Konzepte der 'verdeckten Arbeitslosigkeit' und der 'schöpferischen Zerstörung' beziehen.

In Westdeutschland lassen sich mit ansteigender Arbeitslosenzahl in den neuen Bundesländern Tendenzen beobachten, die versuchen, das Ausmaß an Arbeitslosigkeit damit zu erklären, daß es genau einer fiktiven "verdeckten Arbeitslosigkeit" im bisherigen ökonomischen System der DDR entspräche.

Eine zentrale Sprachfigur in der gegenwärtigen Debatte um die Ursachen für die Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR ist in der Argumentation zu sehen, daß die Arbeitslosigkeit ja bereits vorher vorhanden gewesen und durch die Marktwirtschaft lediglich offengelegt worden sei. Diese Argumentationsfigur verwendet die Begriffe der 'verdeckten' oder 'versteckten' Arbeitslosigkeit, womit gemeint ist, daß viele Beschäftigte – gemessen an den Kriterien effektiver Produktion nach Maßstäben westdeutscher Verhältnisse – entbehrlich gewesen seien, aber dennoch ihren Arbeitsplatz behalten hätten.

Nun gab es zweifellos genügend empirische Hinweise auf eine geringere Produktivität der gesellschaftlich organisierten Arbeit in der DDR, deren konkrete Arbeitsbedingungen z.T. kaum als persönlichkeitsförderlich eingeschätzt werden können. Sie beinhalteten Momente von Kränkung produktiver Bedürfnisse, begleitet von Gefühlen von Nutzlosigkeit, wie die folgende Schilderung illustrieren soll.

Es handelt sich hier um die Darstellung einer inzwischen arbeitslosen Büroangestellten im Ost-Berliner Gesundheitswesen, die rückblickend ihren Arbeitsalltag sehr selbstkritisch beschreibt: "Ich war fünfeinhalb Jahre in dem Betrieb. (...) Arbeitszeit war von sieben bis sechzehn Uhr fünfzehn. Wir hatten so wenig zu tun, daß ich nicht viel darüber erzählen kann. Morgens habe ich als erstes den Kessel aufgesetzt, Kaffee gekocht. Frühstücksversorgung war in der Kantine, wir haben uns belegte Schrippen geholt. (...) Meistens haben wir bis mittags gefrühstückt. Mitunter bin ich zwei, drei Stunden einkaufen gegangen. (...) Manchmal habe ich mich in die Straßenbahn gesetzt und bin zum Alex gefahren. Arztbesuche, Kosmetik, Friseur, wir konnten kommen und gehen, wann wir wollten. Ich wußte manchmal nicht mehr genau, warum ich eigentlich arbeiten gehe. Als ich anfang beim Gesundheitswesen, war es schwer für mich zu begreifen, daß ich nichts zu tun habe. (...) Ich saß vor meiner Schreibmaschine, mir gegenüber mein Kollege, eine Zeitung in der Hand, eingeschlafen. Trotzdem bin ich gern arbeiten gegangen, ich wollte nicht zu Hause sitzen. Wie jetzt." (Vogt 1990).

Dennoch leidet diese Arbeitslose – wie der weitere Bericht ausweist – unter ihrer gegenwärtigen Situation erheblich, die gekennzeichnet ist mit dem Verlust

- an sozialen Kontakten,
- der Regelmäßigkeit ihres Tagesablaufs,
- der institutionellen Einbindung
- sowie dem weitgehenden Wegfall externer Anforderungen.

Eine 'offene Arbeitslosigkeit' bedingt also auch in diesem wahrscheinlich extremen Fall für die Betroffene eine massive Verschlechterung ihrer psychosozialen Situation, völlig abgesehen von den finanziellen Folgen der Verringerung ihres Familieneinkommens.

In diesem Zusammenhang muß allerdings auf die paradoxe Situation verwiesen werden, daß es in der DDR einerseits zweifellos Formen unproduktiver Beschäftigung, zum anderen aber auch offiziell einen deutlichen Arbeitskräftemangel gegeben hat, der mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zu beheben versucht wurde. Diese unter Effizienzkriterien gewiß dysfunktionale gesellschaftliche Organisation von Arbeit – in der das verfassungsmäßig garantierte Recht auf

Arbeit mit dem Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz verwechselt wurde, wie Jürgen Kuczynski kritisch angemerkt hat (Kuczynski 1990, S. 206) – bildet gegenwärtig eine zentrale Legitimationsgrundlage, um auch das volle Ausmaß einer sich erst noch entwickelnden Massenarbeitslosigkeit ausschließlich dem früheren gesellschaftlichen System anzulasten.

So schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung: "Die verdeckte Arbeitslosigkeit durch unproduktive Beschäftigungen (Politfunktionäre, Verwaltungsbürokratie) vor der Wende schätzt das Bundeswirtschaftsministerium auf rund 1,4 Millionen Personen. Rechnerisch entspricht das jener Zahl, die bis zum kommenden Jahr an Arbeitslosigkeit befürchtet wird" (FAZ v. 15.8.90). Oder es ist die Rede von einem Potential an "verdeckter Arbeitslosigkeit", wobei diese "verdeckte Arbeitslosigkeit" aus personellem Aufwand für soziale und politische Aufgaben und aus der durch Organisations- und Planungsmängel bedingten Überbesetzung resultiere. Nach Einschätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wird ein so hohes Maß an "verdeckter Arbeitslosigkeit" in gewissem Umfang in offene Arbeitslosigkeit umschlagen" (Weser-Kurier v. 31.8.90).

Und die Frankfurter Rundschau ergänzte – sich allerdings leicht distanzierend: "Vor dem Übergang zur deutsch-deutschen Währungsunion im Juli waren rund 15 Prozent der Beschäftigten in der DDR verdeckt arbeitslos. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie des Münchner Ifo-Instituts. Danach waren hochgerechnet rund 1,4 Millionen Menschen in der sozialistischen Planwirtschaft an ihrem Arbeitsplatz nicht ausgelastet und entsprechend 'unproduktiv'. Echte Vollbeschäftigung gab es insofern in der DDR nicht. (...) Das Bonner Arbeitsministerium geht allerdings just davon aus, daß es bis Ende dieses Jahres etwa 1,4 Millionen Stellenlose, einschließlich Kurzarbeiter, in der DDR geben wird" (FR v. 27.8.90).

Bereits im Oktober 1990, nachdem ein weiterer Anstieg der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen abzusehen war, fand Finanzminister Waigel sogar plötzlich heraus, daß sich die verdeckte Arbeitslosigkeit der DDR auf insgesamt 3 Millionen belaufen habe. "In der Haushaltsdebatte des neuen gesamtdeutschen Bundestages am 4. Oktober betonte der Finanzminister Waigel hinsichtlich der zu erwartenden Kosten der Vereinigung, daß "die Erblast der sozialistischen Wirtschaft in den neuen Bundesländern schlimmer als erwartet sei. Die verdeckte Arbeitslosigkeit belaufe sich nach Berechnungen des Münchner IFO-Instituts auf fast drei Millionen" (FAZ v. 6.10.90). In der Fernsehdebatte am Wahlabend des 2. Dezember wiederholte er seine Argumentationsfigur, daß es sich bei der "verdeckten Arbeitslosigkeit" in der DDR um ein "Lügegebäude" gehandelt habe, welches jetzt zum Einsturz gebracht worden sei (ARD, 2.12.90, Diskussion der Parteivorsitzenden).

Diese Ansätze verfolgen in durchsichtiger Weise den Zweck, eine vollständige Schuldzuweisung auch für den Umfang der Massenarbeitslosigkeit an das alte ökonomische System vorzunehmen.

Eine solche Strategie nimmt offensichtlich die (zwar als vorübergehend deklarierte) Zerstörung der Existenzgrundlagen eines Großteils der Bevölkerung in der ehemaligen DDR in Kauf. Sie glaubt, daß diese einseitig auf ökonomische Effizienz ausgerichtete Zielsetzung auch kaum sozial verträglicher Lösungen im Sinne einer "sozialen Abfederung" der individuellen Folgen des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses bedürfe. Die "menschlichen Kosten" einer so einseitig legitimierten Politik erscheinen in dieser Perspektive eher als eine 'quantité négligeable'.

In diesem Zusammenhang wurde in den vergangenen Monaten unter Rückgriff auf einen durch den Ökonomen Joseph Schumpeter geprägten Begriff eine solche Strategie als "schöpferische Zerstörung" alter Strukturen euphemistisch umschrieben und damit gerechtfertigt. Bundeswirtschaftsminister Haussmann sprach von einem unvermeidbaren "schöpferischen Chaos, das nicht verdeckte Arbeitslosigkeit, sondern echte Arbeitsplätze gebiert" (Spiegel 27/1990, 2.7.90). Der Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht betonte Anfang August letzten Jahres die Notwendigkeit einer "schöpferischen Zerstörung" der DDR-Wirtschaft als Voraussetzung für einen dann schon angeblich unvermeidlichen Aufschwung.

Ansätze eines Empowerment (Rappaport 1985) i.S. einer sozialen Aktivierung oder Ermächtigung der Bevölkerung der DDR, die sich in der Revolution vom Herbst '89 gezeigt haben (vgl. auch Keupp 1990), als die Menschen ihre Geschichte selbst in die Hand nahmen und sich von Formen gesellschaftlicher Bevormundung in einer wenig individuelle Spielräume lassenden Kommandowirtschaft befreit haben, werden durch diese Art ökonomischer Kolonisierung rücksichtslos in einen Zustand von Demoralisierung überführt. Mit Demoralisierung ist ein sozialepidemiologisches Konzept angesprochen, welches Einstellungen und Grundhaltungen bezeichnet, die bestimmt sind durch geringes Selbstwertgefühl, Hilflosigkeit, Hoffnungslosigkeit, unbestimmte Zukunftsängste und eine allgemein gedrückte Grundstimmung (Link & Dohrenwend 1980). Etwa die Hälfte einer so klassifizierten Gruppe in den USA wies klinisch auffällige behandlungsbedürftige Symptome auf (Dohrenwend et al. 1980). Die Einschätzung erscheint gerechtfertigt, daß ein beträchtlicher Teil von Langzeitarbeitslosen zu dieser Gruppe von Demoralisierten gerechnet werden muß.

Die neuerworbenen individuellen Handlungsmöglichkeiten werden durch die Geschwindigkeit und den Charakter des Vereinigungsprozesses, der historische Besonderheiten der Entwicklung der DDR kaum noch berücksichtigt, sowie die dar-

aus resultierenden ökonomischen und sozialen Folgen für die Bevölkerung wahrscheinlich weitgehend wieder verbraucht.

#### **4. Psychologie der Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern**

Ich möchte abschließend einige Punkte anführen, die sich auf die wichtigsten Aspekte einer aus der Perspektive der psychologischen Arbeitslosenforschung bedrohlichen Entwicklung beziehen. Zu diesem Zeitpunkt kann es sich dabei selbstverständlich nur um hypothetische Überlegungen darüber handeln, wie sich das zu erwartende hohe Niveau der Massenarbeitslosigkeit auf einer individuellen Ebene im Bereich der ehemaligen DDR auswirken wird:

1. Es gab in der ehemaligen DDR keine historische Erfahrung und deshalb auch keine soziale oder individuelle adäquate Antizipation der zu erwartenden Massenarbeitslosigkeit. Individuelle und soziale Reaktionen können sich deshalb nicht an persönliche Lebenserfahrungen oder kollektive Formen der Bewältigung anlehnen. Das Recht auf Arbeit garantierte eine weitgehende Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen im Bereich beruflicher Sicherheit. Diese Sicherheit ging mit dem gesellschaftlichen Umbruch zuerst einmal verloren, der Einzelne ist jetzt in viel stärkerem Maße als bisher gezwungen, seine eigene Planungsinstanz zu werden.

2. Der schnelle Prozeß der Angleichung des Sozial- und Wirtschaftssystems der DDR an die BRD hat – wie sich inzwischen deutlich abzeichnet – zu einer schnellen Vereinheitlichung auf der Ebene der Lebenshaltungskosten geführt. Auf der Ebene der Einkommenshöhe bestehen jedoch erhebliche Unterschiede, die wohl auch noch für einen langen Zeitraum bestehen werden. Es besteht die Gefahr einer 'Ein-Drittel-Gesellschaft' im östlichen Teil Deutschlands, in der Arbeitslosigkeit noch viel massiver unmittelbar mit Armut verbunden sein wird als in der BRD. Ein zentrales Ergebnis der Arbeitslosenforschung besteht darin, daß das Ausmaß an finanziellen Problemen in der Arbeitslosigkeit die psychosozialen Folgen wesentlich bestimmt. Von daher wird die Erfahrung von Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR für die meisten Betroffenen ein noch gravierenderes Gesundheitsrisiko beinhalten als in der BRD.

3. Vorherrschende soziale Einstellungen gegenüber Arbeitslosen in sozialistischen Ländern und besonders in der DDR als einem Land mit einer eher hohen Arbeitsorientierung sind zentriert um Muster, die Arbeitslose als 'antisoziale Elemente' oder 'Sozialfälle' etikettieren. Wenn Massenarbeitslosigkeit Realität wird, läßt sich annehmen, daß solche Einstellungen zwar in bezug auf den Arbeitsplatzverlust selbst deutlich in Richtung externaler Schuldzuweisungen modifiziert werden. Die Annahme erscheint jedoch gerechtfertigt, daß solche tief verankerten



sozialpsychologischen Einstellungen gegenüber jenen wirksam bleiben, die auch nach längerer Zeit noch arbeitslos geblieben sind. Jene werden voraussichtlich im Rahmen einer 'victim-blaming' – Tendenz, welche die Opfer zu Tätern macht, vorrangig persönlich für ihre Situation verantwortlich gemacht. Eine daraus resultierende Stigmatisierung determiniert jedoch zumindest partiell das Ausmaß an psychosozialen Problemen bei Langzeitarbeitslosen.

4. Der Arbeitsmarkt in der DDR war ausgeprägter als in anderen sozialistischen Ländern (und unvergleichlich höher als in westlichen hochindustrialisierten Ländern) durch eine hohe Frauenerwerbsbeteiligung gekennzeichnet. Die hohe Rate weiblicher Arbeitsmarktpartizipation, verbunden mit einer starken Arbeitsorientierung von Frauen, wird dazu beitragen, daß Frauen wahrscheinlich sowohl objektiv als auch insbesondere psychologisch besonders von der Arbeitsmarktentwicklung in der ehemaligen DDR betroffen sein werden. Erschwerend wirkt sich das weitgehende Fehlen sog. sozial akzeptierter gesellschaftlicher Alternativrollen von Frauen aus, welche in westlichen Ländern für durchschnittlich geringere psychosoziale Belastungswerte bei arbeitslosen Frauen verantwortlich gemacht werden können.

5. Die Atmosphäre von Demoralisierung und Anomie, die aus weiten Teilen der Öffentlichkeit der ehemaligen DDR seit Mitte 1990 berichtet wird, kann zu einer Verschlimmerung der durch Arbeitslosigkeit häufig ausgelösten Prozesse der Verringerung von Selbstwertgefühl, der Zunahme depressiver Verstimmungen und einer erhöhten Ängstlichkeit beitragen und insofern individuelle Gesundheitseffekte von Arbeitslosigkeit noch verschärfen. Auch die völlige ideologische Demontage positiver sozialer Errungenschaften der DDR wie z.B. des Rechtes auf Arbeit mithilfe der oben beschriebenen sozialen Konstruktion von Wirklichkeit ('verdeckte Arbeitslosigkeit' und 'Notwendigkeit schöpferischer Zerstörung') kann zu einer Verschärfung demoralisierender Effekte beitragen.

6. Lediglich die Tatsache, daß sich Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR auf einem hohen Niveau herausbildet, kann dazu beitragen, daß neben einem psychosozialen Belastungen eher verstärkenden Prozeß der Hoffnungslosigkeit auch eine größere 'Normalisierung' von Arbeitslosigkeit eintritt. Diese ist mit einer Verringerung von Stigmatisierung zugunsten von solidarischen Reaktionsformen gegenüber Arbeitslosen und damit zusammenhängend mit einer Verringerung der psychosozialen Belastungen Arbeitsloser verknüpft. Eine solche Annahme bestimmt offensichtlich auch die Äußerung der Bildungsministerin von Brandenburg, Marianne Birthler. Sie geht davon aus, daß die Arbeitslosigkeit in der früheren DDR, anders als im Westen, "nicht als persönliches Versagen erlebt werde, sondern im Kollektiv, da alle betroffen sind" (FR v. 23.11.90).

7. Ein solcher Prozeß der kollektiven gesellschaftlichen Bewältigung von Arbeitslosigkeit kann jedoch möglicherweise gerade in der Situation der Angleichung der beiden Sozialsysteme behindert werden, welche sich u.a. kennzeichnen läßt als Übergang von einer gesellschaftlichen Situation sozialer Sicherheit – wenngleich auf einem Niveau niedrigeren Lebensstandards – in ein hochgradig individualisiertes gesellschaftliches System, in dem auch die individuelle Bewältigung solcher sozialer Risiken wie Arbeitslosigkeit weitgehend dem Einzelnen überlassen bleibt. Übergangsprozesse zeichnen sich aber sowohl durch Phänomene von Verlangsamung als auch von Überkompensation aus. Entwicklungen der Überkompensation von Individualisierungstendenzen können aber gerade in der individuellen Konkurrenz um ein berufliches und soziales Überleben auch Ansätze solidarischer Bewältigung von Arbeitslosigkeit behindern oder sogar weitgehend zunichte machen.

Ich habe zu Beginn die Feststellung der WHO angeführt, daß die gegenwärtigen und die prognostizierten Niveaus von Massenarbeitslosigkeit für die davon betroffenen Länder hinsichtlich des Gesundheitszustands der Bevölkerung einer "größeren epidemiologischen Katastrophe" gleichkommen. Falls die Entwicklung in der DDR nicht stärker durch langfristig greifende sozialpolitische Regelungen gesteuert wird (wie beispielsweise eine soziale Garantie oder Beschäftigungsgarantie nach einer bestimmten Dauer der Arbeitslosigkeit, wie sie im Rahmen der EG entwickelt und in einzelnen EG-Ländern bereits in Ansätzen realisiert wurde (Kieselbach & Svensson 1988, Kieselbach & Wacker 1991), oder die Ausdehnung von Kurzarbeit mit Qualifizierungs- und Umschulungsmöglichkeiten für perspektivenreiche Beschäftigungsfelder), die einen wichtigen Beitrag zur individuellen Abfederung des notwendigen ökonomischen Umstrukturierungsprozesses leisten können, wird sich dort ein größeres epidemiologisches Desaster mit gravierenderen Gesundheits- und sozialen Folgen einstellen, als es in der Warnung der WHO zum Ausdruck kommt.

## Literatur

- Arnetz, B.B., Wasserman, J., Petrini, B., Brenner, S.O., Levi, L., Eneroth, P., Salovaara, H., Hjelm, R., Salovaara, L., Theorell, T. & Pettersson, I.L. (1987). Immune function in unemployed women. *Psychosomatic Medicine*, 49 (1), 3-12.
- Dohrenwend, B.P., Dohrenwend, B.S., Gould, M.S., Link, B., Neugebauer, R. & Wunsch-Hitzig, R. (1980). *Mental illness in the United States*. New York.
- Keupp, H. (1990). Umbruch in der DDR und seine psychosozialen Folgen. *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, 22 (3), 299-318.
- Kieselbach, T. (1987). Gesellschaftliche und individuelle Bewältigung von Arbeitslosigkeit. In H. Moser (Hrsg.), *Bedrohung oder Beschwichtigung. Die politische und die seelische Gestalt technischer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Gefährdungen (Fortschritte der Politischen Psychologie, Sonderband 1)* (S.28-55). Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

- Kieselbach, T. (1988a). Familie unter dem Druck der Arbeitslosigkeit: 'Opfer-durch-Nähe' und Quelle sozialer Unterstützung. In K. Menne & K. Alter (Hrsg.), *Gesellschaft im Umbruch – Antworten der Erziehungsberater* (S. 47-76). München: Juventa.
- Kieselbach, T. (1988b). Arbeitslosigkeit. In R. Asanger & G. Wenninger (Hrsg.), *Handwörterbuch der Psychologie* (S.43-51). Weinheim: Beltz-Verlag.
- Kieselbach, T. (1988c). Gesellschaftliche Rezeption von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenforschung. Politikberatung im Bereich Gesundheits- und Sozialpolitik. In H. Lösel & H. Skowronek (Hrsg.), *Beiträge der Psychologie zu politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen (Fortsschritte der Politischen Psychologie, Bd. 7)* (S.123-140). Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kieselbach, T. (1990). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Vortrag auf der Tagung des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin der DDR "Arbeitsplatzunsicherheit, Umschulung, Arbeitslosigkeit". Berlin, 19. – 20. Mai 1990.
- Kieselbach, T. (Hrsg.). (1991). Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Ergebnisse der europäischen Arbeitslosenforschung (Reihe 'Psychologie sozialer Ungleichheit', Bd. 4). Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kieselbach, T., Lödige-Röhrs, L. & A. Lünser (1989). Die Kinder von Arbeitslosen – "Opfer-durch-Nähe". Ergebnisse der psychologischen Arbeitslosenforschung zu den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Familie. Theoretisches Hintergrundpapier zum Forum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) "Gestohlene Kindheit – Verborgene Folgelasten der Langzeitarbeitslosigkeit", Bonn, 16. November 1989. Bonn: Autor.
- Kieselbach, T. & Svensson, P.G. (1988). Health and social policy responses to unemployment in Europe. In D. Dooley & R. Catalano (Hrsg.), *Psychological effects of unemployment [Special issue]*. *Journal of Social Issues*, 44 (3), 173-191.
- Kieselbach, T. & Wacker, A. (Hrsg.). (1985). Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit. *Psychologische Theorie und Praxis*. Weinheim: Beltz-Verlag (2. Aufl. Deutscher Studien Verlag Weinheim)
- Kieselbach, T. & Wacker, A. (Hrsg.). (1991). Bewältigung von Arbeitslosigkeit im sozialen Kontext – Programme, Initiativen, Evaluationen.(Reihe 'Psychologie sozialer Ungleichheit', Bd. 2). Weinheim: Deutscher Studien Verlag (erscheint demn.).
- Kuczynski, J. (1990). Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende? *Tagebuchblätter 1987 – 1989*. Berlin: Tacheles.
- Link, B. & Dohrenwend, B.P. (1980). Formulation of hypotheses about the true prevalence of demoralization in the United States. In B.P. Dohrenwend, B.S. Dohrenwend, M.S. Gould, B. Link, R. Neugebauer & R. Wunsch-Hitzig, R. (Hrsg.), *Mental illness in the United States: Epidemiological estimates* (S. 114-132). New York: Praeger.
- Rappaport, J. (1985). Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des 'empowerment' anstelle präventiver Ansätze. *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis* 17 (2), 257-278.
- Schwefel, D., Svensson, P.-G. & Zöllner, H.F.K. (Eds.). (1987). *Unemployment, social vulnerability, and health in Europe*. New York: Springer.
- Starrin, B., Svensson, P.G. & Wintersberger, H. (Hrsg.). (1989). *Unemployment, poverty, and quality of working life. Some European experiences*. Berlin: Edition Sigma.
- Vogt, M. (1990). "Nun wische ich Staub!" *Freitag*, 1 (48), 23. 11. 1990.

Westcott, G., Svensson, P.-G. & Zöllner, H. F. K. (Eds.). (1985). Health policy implications of unemployment. Copenhagen: World Health Organization.

World Health Organization (WHO) (1986). Report on a WHO meeting "Vulnerability among long-term unemployed: Longitudinal approaches". Ljubljana, Oct. 1985 (ICP/HSR 801/mo2 2440V). Copenhagen: WHO-Euro.

*Gabriele Werner*

## **Die Eingliederung der neuen Bundesländer in die Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft**

Die neuen Bundesländer stehen vor zahlreichen Problemen wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und administrativer Art, die eine Eingliederung in die Gemeinschaft erheblich erschweren. Es besteht ein enormer Umstrukturierungsbedarf, der in kurzer Zeit bewältigt werden muß, da die Wirtschaft bereits dem Wettbewerb ausgesetzt ist und flankierende Maßnahmen, zur Begrenzung der negativen Auswirkungen des Anpassungsprozesses, nur in Ansätzen vorhanden sind.

In der Unterstützung des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses der ost-deutschen Wirtschaft spielt die Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft für die neuen Bundesländer eine wichtige Rolle. Gleichzeitig hat sie allerdings weitreichende Folgen für die nationale Regionalpolitik, die im Rahmen der Beihilfenkontrolle der Genehmigung durch die EG unterliegt.

Ziel der Strukturpolitik ist es, den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern (EWG-Vertrag, Art. 130a). Die wichtigsten Gemeinschaftsinstrumente zur Erfüllung dieser Verpflichtungen sind die drei Strukturfonds: der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung, sowie eine Reihe von Darlehensinstrumenten.

Gefördert werden

- die Entwicklung und strukturelle Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand (BIP pro Einwohner unter oder nahe bei 75% des EG-Durchschnitts),

- die Umstellung der Regionen, die von rückläufiger industrieller Entwicklung betroffen sind (Kriterien: Arbeitslosenquote über EG-Durchschnitt, rückläufige Beschäftigung in der Industrie),
- die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (Arbeitnehmer über 25 Jahre, die länger als 12 Monate arbeitslos sind), Erleichterung der Eingliederung von Jugendlichen in das Erwerbsleben (Arbeitsplatzsuchende unter 25 Jahren),
- die Anpassung der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in Land- und Forstwirtschaft sowie die Förderung des ländlichen Raumes.

Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen sind Regional-, Sozial-, und Agrarstatistiken, aus denen der Bedarf hervorgeht und an denen sich die strukturalpolitischen Interventionen orientieren können. Da diese Daten für die neuen Bundesländer derzeit nicht erhoben werden können, die Beihilfen aber dem System der Strukturfonds entsprechen müssen, orientiert sich die EG an der Beihilfepolitik des Bundes und unterstützt die Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" mit sechs Milliarden DM. Die Finanzierung erfolgt aus einem Sonderfonds der Gemeinschaft (der auf die Strukturfonds verteilt wurde) und belastet somit nicht den derzeitigen Haushalt der Fonds.

Der Bund stellt den neuen Bundesländern über einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich drei Milliarden Mark im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Gefördert werden sollen gewerbliche Investitionen (Zuschüsse bis zu 23% der Investitionskosten, kumulierbar mit anderen Hilfen bis zu einem Höchstsatz von 33%) und Maßnahmen der "wirtschaftsnahen Infrastruktur" (Förderhöchstsatz: 90%).

Darüber hinaus fördert die Gemeinschaft im Rahmen des EFRE

- Existenzgründungen,
- die Modernisierung, Erweiterung und Rationalisierung von Betrieben,
- die Schaffung und Sicherung von festen Arbeitsplätzen (mindestens fünf Jahre zu besetzen),
- die Einrichtung von Arbeitsplätzen, bei denen das Bruttojahreseinkommen mindestens 60.000 DM beträgt,
- Dienstleistungsunternehmen (z.B. Beratungsstellen für mittelständische Unternehmen) sowie
- die Förderung des Fremdenverkehrs durch den Bau von Hotels.

Mit Hilfe des Sozialfonds sollen Aus- und Weiterbildung sowie Umschulungskurse für Langzeitarbeitslose, arbeitslose Jugendliche und Arbeitslose ohne

Qualifikation unterstützt werden. Darüber hinaus sind die Förderung von Fachhochschulen, die Fortbildung der Ausbilder, Qualifizierung in neuen Technologien sowie spezielle Programme für Frauen vorgesehen.

Mit den Mitteln des EAGFL soll die Neuausrichtung und Umstellung der ländlichen Infrastruktur bezuschußt werden, wobei zusätzlich 50 Mio. DM für Flächenstilllegung bereitgestellt werden.<sup>1</sup>

Die Strukturbeihilfe wird rückwirkend ab 1.1.1991 für drei Jahre gewährt. Der Bund bzw. die Bundesländer haben der Kommission einen Entwicklungsplan für die Strukturinterventionen in den neuen Bundesländern für die Zeit bis zum 31.12.1993 unterbreitet. Diese wiederum erarbeitet zusammen mit der Bundesregierung sechs "Gemeinschaftliche Förderkonzepte" (für jedes der fünf Bundesländer und Ost-Berlin). Die Liste der förderwürdigen Maßnahmen wird von der Kommission Ende März dieses Jahres vorgelegt.

Die Förderungen gewerblicher Investitionen sind bei den Mitgliedsländern allerdings umstritten, da sie gegen die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages (Art. 85-90 EWG) bzw. gegen die Bestimmungen bei staatlichen Beihilfen (Art. 92 EWG) verstoßen.

In der Tat ist die Förderung der neuen Bundesländer durch Investitionsanreize nicht mit der Investitionsförderung in strukturschwachen Gebieten der alten Bundesländer zu vergleichen, da es sich hier um Größenordnungen handelt, die die dominierende Stellung westdeutscher Großunternehmen in der Gemeinschaft nicht zuletzt durch die Übernahme ostdeutscher Unternehmen wesentlich stärken wird. Hinzu kommt, daß ein Engagement ausländischer Unternehmen in den neuen Bundesländern zwar ausdrücklich begrüßt wird, die in weiten Teilen noch ungeklärte Rechtslage (u.a. Eigentumsrecht, Übergangsbestimmungen) dieses jedoch vielfach verhindert. Von daher ist nicht auszuschließen, daß bereits in wenigen Monaten die EG sich gezwungen sieht, diese Form der Aufbauhilfe einschließlich der Aktivitäten der Treuhandanstalt stärker zu reglementieren und zu kontrollieren.

Die Förderpolitik der Gemeinschaft für die ostdeutsche Wirtschaft wird z.T. tiefgreifende Konsequenzen für die Regionalpolitik in den alten Bundesländern ha-

---

1 Für den Agrarbereich gelten des weiteren Übergangsmaßnahmen hinsichtlich spezifischer staatlicher Beihilfen und Investitionshilfen. Sie bestehen im Bereich der Marktorganisation (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften), der Bewertung der Lagerbestände (Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Beständen) sowie der Qualitäts- und Gesundheitsstandards (abweichende Standards in der Verarbeitungsindustrie, der Bodenqualität und des Saatguts, Produkte dürfen nur in den fünf Bundesländern vermarktet werden).

ben. Regionalbeihilfen der Mitgliedstaaten zugunsten der gewerblichen Wirtschaft unterliegen der Beihilfekontrolle der EG und müssen von ihr geltenden Richtlinien entsprechend genehmigt werden. Ein Teil der westdeutschen Gebiete wird demnach seinen nationalen Förderstatus verlieren.

Davon betroffen sind zum einen die Zonenrandgebiete. Die Kommission hält in bezug auf die Berlin- und Zonenrandförderung die "wirtschaftliche Rechtfertigung der ständigen Subventionierung dieser Gebiete" für nicht mehr gegeben. Eine angemessene Auslaufzeit der Förderung wird derzeit beraten. Somit wird das bisherige Zonenrandgebiet zukünftig unter die geltenden Regeln für die Genehmigung von Regionalbeihilfen fallen.

Ihren nationalen Förderstatus werden zum anderen die Gebiete verlieren, deren wirtschaftliche Situation (gemessen am BIP/Einwohner und an der Arbeitslosenquote) unter dem Bundesdurchschnitt lag. Viele von ihnen befinden sich durch die Einbeziehung der neuen Bundesländer nun über dem Bundesdurchschnitt, womit die wirtschaftliche Rechtfertigung für die Förderung bei einer Reihe von Regionen entfällt.

Bislang lebten 38% der Bevölkerung der "alten Bundesrepublik" und West-Berlins in Regionalfördergebieten; zusammen mit der gesamten Bevölkerung der neuen Bundesländer (denn das gesamte Gebiet erhält den Förderstatus) würden fast 60% der Gesamtbevölkerung der nach wie vor relativ wohlhabenden Bundesrepublik in förderungswürdigen Regionen leben. Die EG fordert von daher eine erhebliche Reduzierung des Fördergebietsumfanges. Der Vorschlag der Bundesregierung, eine Verringerung in den alten Bundesländern von bisher 39% auf rd. 30% der westdeutschen Bevölkerung vorzunehmen, geht der EG nicht weit genug. Sie fordert eine Reduzierung auf 22%, um durch eine Konzentration der Mittel ein deutliches Fördergefälle von Ost nach West zu erreichen.<sup>2</sup> Es würde, so ihre Argumentation, den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Bundesländern behindern, wenn in den alten, in denen es die großen Probleme der Rechtsunsicherheit, der noch dürftigen Infrastruktur, der immensen Altlasten im Umweltbereich usw. nicht gibt, für Neu- und Erweiterungsinvestitionen annähernd dieselben Fördersätze zu erhalten wären.

Dieser im Kern richtige Ansatz impliziert allerdings eine relativ ausgeglichene Wirtschaftsstruktur in den alten Bundesländern, was jedoch nur in der Gegenüberstellung mit den neuen Bundesländern zuzutreffen scheint. Der Vergleich darf

---

2 Diese Einschränkungen betreffen nur die Regionalförderung. Andere Beihilfen wie z.B. Mittelstandsförderung, Forschungsförderung und andere nicht regional begrenzte Förderprogramme bleiben davon unberührt.

aber nicht dazu führen, die nach wie vor bestehenden Probleme und ungleichen Lebensbedingungen in den alten Bundesländern als Marginalie zu betrachten.

Vor dem Hintergrund der erheblichen finanziellen Belastung der alten Bundesländer durch die Unterstützung des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft ist die von der Kommission geforderte Reduzierung der Fördergebiete auf 22% der westdeutschen Bevölkerung noch einmal zu diskutieren und der von Bund und Ländern verabschiedeten Verringerung auf unter 30% (bei Einbeziehung der auslaufenden Programme) gegenüberzustellen.

*Charles C. Roberts*

## **Gewinnentstehung im Aufschwung Ein Vergleich zwischen 1975 – 1979 und 1983 – 1989**

### **1. Vorbemerkung<sup>1</sup>**

Schon seit einiger Zeit sprechen kritische Ökonomen von einem neuen Akkumulationsmodell.<sup>2</sup> Einige ihrer Argumentationsstränge sind:

- wachsende Bedeutung des technischen Fortschritts als treibende Kraft bei den unternehmerischen Investitionsentscheidungen;
- eine Tendenz zur Entkoppelung der unternehmerischen Investitionsentscheidungen von der Gewinnentwicklung;
- zunehmender Einfluß von Wirtschaftsmacht als bestimmender Faktor der Gewinnerzielung.

---

1 Der Autor bedankt sich bei Jan Prieue und Jörg Huffscheid für wertvolle Kritik und Anregungen; sie sind selbstredend an den verbleibenden Unzulänglichkeiten der Arbeit nicht beteiligt.

2 Eine Auswahl neuerer Arbeiten zum Thema: R. Hickel "Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie", Hamburg: VSA-Verlag, 1987; Jörg Goldberg, "Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch", Köln: Pahl-Rugenstein, 1988; Jan Prieue, "Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der BRD. Die krisentheoretische Debatte", Köln: Pahl-Rugenstein, 1988.



Der letzte Punkt ist das eigentliche Thema dieses Diskussionspapiers. Nun ist es den Teilnehmern an den Memorandumarbeiten eine Binsenwahrheit, daß die Gewinnentstehung sowohl unter dem Aspekt der Einkommensverwendung als auch unter dem Kostenaspekt betrachtet werden muß. In der öffentlichen Diskussion steht indessen die Kostenbetrachtung im Mittelpunkt, läßt sie doch den Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Rentabilität des Sachkapitals als eine, bzw. beim SVR fast als die zentrale wirtschaftspolitische Frage erscheinen. Es ist ebenfalls ein Binsenwahrheit, daß die Arbeitskosten nur einen Kostenfaktor unter vielen (Terms of Trade, Zinskosten, steuerliche Entlastung) darstellen; die einseitige Hervorhebung der Arbeitskosten ist also eine tendenziöse Vorgehensweise innerhalb einer schon von Haus aus ergänzungsbedürftigen Betrachtungsweise.

In der normalen Rezessionssituation, in der ungenutzte oder nicht voll ausgelastete Produktionskapazitäten vorhanden sind, kann die Privatwirtschaft auf vielerlei Art und Weise ihre Gewinnlage verbessern. Eine Möglichkeit, gegen die arbeitsmarktpolitisch nichts einzuwenden ist, besteht in der Ausdehnung der Produktion, wodurch die vorhandenen Produktionskapazitäten besser ausgelastet werden und eine profitablere Kapitalverwertung erreicht wird. Nur wenn andere Kosten gleichzeitig überproportional zunehmen, kann diese gestiegene Kapazitätsauslastung eine günstige Auswirkung auf die Gewinnentwicklung verfehlen. Die Problematik einer solchen Entwicklung ist aus Arbeitnehmersicht einmal ökologisch (die Auswirkung der gestiegenen Produktionstätigkeit auf die Umwelt), aber auch verteilungspolitisch (die weitere Bereicherung der Reichen), aber im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage der Arbeitnehmer und ihre Existenzsicherung hat eine solche Entwicklung im Rahmen der Logik der kapitalistischen Produktion ihre positive Seite: In dem Maße, wie bisher unbesetzte Arbeitsplätze besetzt werden, wird der Arbeitsmarkt entlastet. Falls die zunehmende Kapazitätsauslastung die Unternehmen zur Schaffung von neuen Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen veranlaßt, so wird dies – namentlich in einer an chronischem Arbeitsplatzmangel leidenden Wirtschaft – ebenfalls zu begrüßen sein. Und schließlich dürfen die Arbeitnehmer die Hoffnung hegen, daß die eingetretene Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerorganisationen soweit verbessern wird, daß diese mehr von ihren Forderungen werden durchsetzen können.

Eine zweite Möglichkeit zur Steigerung der Gewinne besteht darin, den Einsatz der Produktionsfaktoren im Verhältnis zum Produktionsergebnis zu verringern. Grundsätzlich kommen alle Produktionsfaktoren einschließlich des Sachkapitals hierfür in Frage, doch steht wieder der Produktionsfaktor Arbeit im Mittelpunkt des Interesses. Rührt die Gewinnverbesserung von einer Einsparung etwa von Energie her, so wird man dies mit Rücksicht auf den Schutz der Umwelt zu begrüßen haben. Wenn aber die Gewinnsteigerung dadurch zustande kommt, daß Ar-

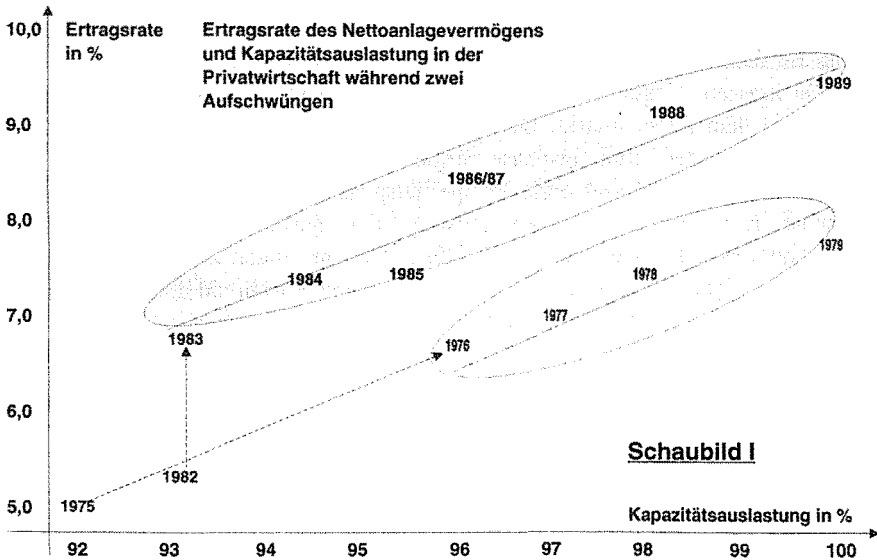
beitsplätze wegrationalisiert werden, so hat man die Entwicklung aus Arbeitnehmersicht differenzierter zu beurteilen. Zwar entstehen dadurch Produktivitätsreserven, die zur Verteilung anstehen, doch erschwert die dadurch hervorgerufene Verschlechterung des Arbeitsmarktes die Durchsetzung solcher Forderungen, und die Erschwerung ist um so erheblicher, je schlechter die Arbeitsmarktlage am Anfang war.

Die weiteren Möglichkeiten der Gewinnsteigerung hängen mit dem Einsatz der unternehmerischen Macht zusammen, und sie können unterschiedliche Formen annehmen. Handelt es sich um die unternehmerische Preisgestaltungsmacht, so wird sie sich in einer Ausdehnung des Preisaufschlags, sei es gegenüber inländischen Abnehmern (was auf eine Verstärkung des binnenwirtschaftlichen Preisauftriebs hinausläuft), sei es gegenüber ausländischen Kunden (Terms of Trade-Verschiebung) äußern. Hier haben wir es mit reinen Umverteilungsvorgängen zu tun, deren unmittelbare Nachteile für die Arbeitnehmer – namentlich bei dem binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb – auf der Hand liegen. Insbesondere soll darauf hinweisen werden, daß über die Umverteilung hinaus der erfolgreiche Einsatz der unternehmerischen Preisgestaltungsmacht einen ausschlaggebenden Einfluß auf die qualitative Gestalt des Aufschwungs ausübt; von der unternehmerischen Entscheidung, ob eine Nachfragebelebung zum Anlaß für eine Ausdehnung der Produktion oder für Preisanhebungen genommen wird, hängen konjunktureller Verlauf, Arbeitsmarktentwicklung, Wirksamkeit globaler Nachfragesteuerung u. a. m. in entscheidendem Maße ab.

Und schließlich bietet sich die Steuer- und Subventionspolitik als politökonomischer Tummelplatz für Unternehmen und ihre Verbände an, auf dem sich eine Kostenentlastung erreichen läßt.

Hier fällt die Beurteilung einer auf solchen Einflüssen fussenden Gewinnverbesserung aus Arbeitnehmersicht schon wesentlich leichter: Einer solchen Gewinnverbesserung kann man keine guten Seiten abgewinnen – ihre Vorteile kommen einseitig der Kapitaleseite zugute.

Die unternehmerische Macht kann sich aber auch im erhöhten Leistungsdruck am Arbeitsplatz äußern (Verdichtung der Arbeit); dies wird dann der Fall sein, wenn eine Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht von gestiegenen unternehmerischen Investitionen und einer echten Rationalisierung, sondern von einem erhöhten Leistungsdruck herrührt, der möglicherweise mit einer sich verschlechternden Arbeitsmarktlage zusammenhängt. So entsteht eine Wechselwirkung: Die ungünstige Arbeitsmarktlage schafft die Voraussetzungen für den erhöhten Leistungsdruck am Arbeitsmarkt, der sich dann wiederum ungünstig auf den Arbeitsmarkt auswirkt.



Es ist außerordentlich schwierig, das richtige Maß für die Arbeitsintensität zu bestimmen. Unter bestimmten Umständen können eine Intensivierung der Arbeit und die daraus resultierende Zunahme der Arbeitsproduktivität auch aus Arbeitnehmersicht zu begrüßen sein, und zwar dann, wenn sie von mehr Freizeit beziehungsweise höheren Löhnen begleitet werden. Das einseitige Hochschrauben der Arbeitsintensität ist indessen genau so eindeutig wie der Einsatz der unternehmerischen Preisgestaltungsmacht zu verurteilen.

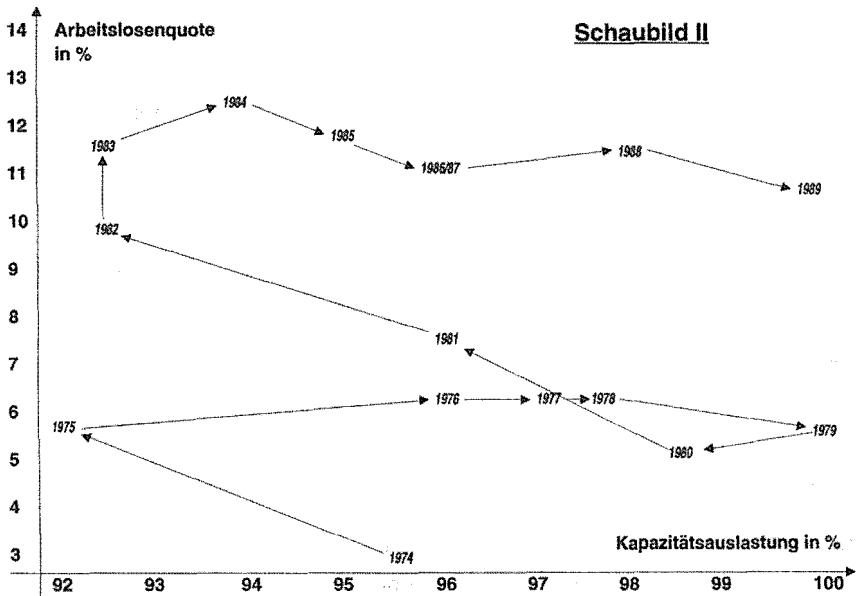
Im folgenden wollen wir mit Hilfe der amtlichen Statistik, vor allem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Frage nachgehen, inwieweit der Aufschwung der achtziger Jahre gegenüber dem vorangegangenen Aufschwung durch einen massiveren und erfolgreicherem Einsatz unternehmerischer Macht gekennzeichnet ist, und wie sich dieser auf seinen bisherigen Verlauf ausgewirkt hat.

## 2. Gewinnentwicklung und Kapazitätsauslastung im Aufschwung

In der unteren Hälfte von Schaubild III wird der Grad der Kapazitätsauslastung für die private Wirtschaft gezeigt.<sup>3</sup> Gemessen an früheren Abschwüngen hatte der

3 Zur Berechnungsmethodik siehe die methodischen Erläuterungen im Anhang zum jeweiligen SVR-Gutachten. Diese Art und Weise, die Kapazitätsauslastung zu berechnen, geht von der Vorstellung aus, daß es stets die Sachkapitalanlagen sind, welche die Grenze zur Produktionserweiterung darstellen, und nicht die Arbeitskräfte. In einer Zeit chronischer

leichte Produktionsrückgang Anfang der achtziger Jahre keinen ausgesprochen tiefen Einschnitt in dem Auslastungsgrad der Produktionsanlagen zur Folge; dies steht in krassem Gegensatz zum in der gleichen Zeit eingetretenen tiefen Einschnitt auf dem Arbeitsmarkt. Der darauf folgende Aufschwung fing bei einem für den Anfang der Erholungsphase vergleichsweise hohen Auslastungsgrad von 93 % an. Die damit einsetzende Prosperitätsphase wurde vor allem von einem zunächst nur sehr verhaltenen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades gekennzeichnet, was selbstredend im engen Zusammenhang mit der unbefriedigenden Entwicklung des Arbeitsmarktes während dieser Periode zu sehen ist. Erst im Jahre 1988, im 6. Jahre des Aufschwungs, kam es zu einem



und struktureller Arbeitslosigkeit hat diese Prämisse ihre Berechtigung, steht indessen in krassem Widerspruch zum Kernglaubenssatz des SVR, daß Vollbeschäftigung stets erreichbar sei, woraus folgt, daß Arbeit als gleichberechtigter Kandidat zur Festlegung der Kapazitätsobergrenze anzusehen wäre. – Im übrigen sei an dieser Stelle bemerkt, daß der SVR in seinem jüngsten Gutachten dazu übergegangen ist, den Trend des Kapitalkoeffizienten anhand nur einer einzigen zyklischen Aufschwungphase zu berechnen, denn sonst hätte sich für das Jahr 1990 eine Kapazitätsauslastung für die gesamte Wirtschaft von nahezu 100 % errechnet.

Die Zahlen für das Arbeitsvolumen ergeben sich aus den IAB-Angaben über die durchschnittlich geleistete jährliche Arbeitszeit und den VGR-Angaben über die Zahl der Erwerbstätigen beziehungsweise der abhängig Beschäftigten. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß der 1987er Zensus auf eine bedeutende Untererfassung der Erwerbstätigkeit, insbesondere bei Teilzeitbeschäftigung, hinweist, die nun in den VGR-Angaben berücksichtigt wird. Die IAB-Zahlen für Arbeitszeit in: Ch. Brinkmann und Hans Kohler, "Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen", in: Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit, 4/1989.

Auslastungsgrad, der höher als normal gelten könnte. Und erst nach 7 Jahren Aufschwung wurde ein Auslastungsgrad erreicht, der eine konjunkturelle Überhitzung anzeigte.

Während dieses Aufschwungs blieb der Produktionsfaktor Arbeit zunächst ebenfalls unterausgelastet, aber seine Unterauslastung – im Gegensatz zu den Produktionsanlagen – hielt während des gesamten untersuchten Zeitraums an. Hierbei wird die Unterauslastung am Ausmaß der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit gemessen, wobei die sogenannten stillen Reserven bei der Berechnung der Unterauslastung des Faktors Arbeit selbstredend berücksichtigt werden. Trotz Aufschwung erreichte erst im Jahre 1987 die Zahl der abhängig Beschäftigten wieder den Stand von 1980. Die Arbeitslosenquote verharrte auch im Jahre 1989 auf dem Stand von 11 % und lag somit auch noch nach achtjährigem Aufschwung deutlich über dem Niveau des Jahres 1982.

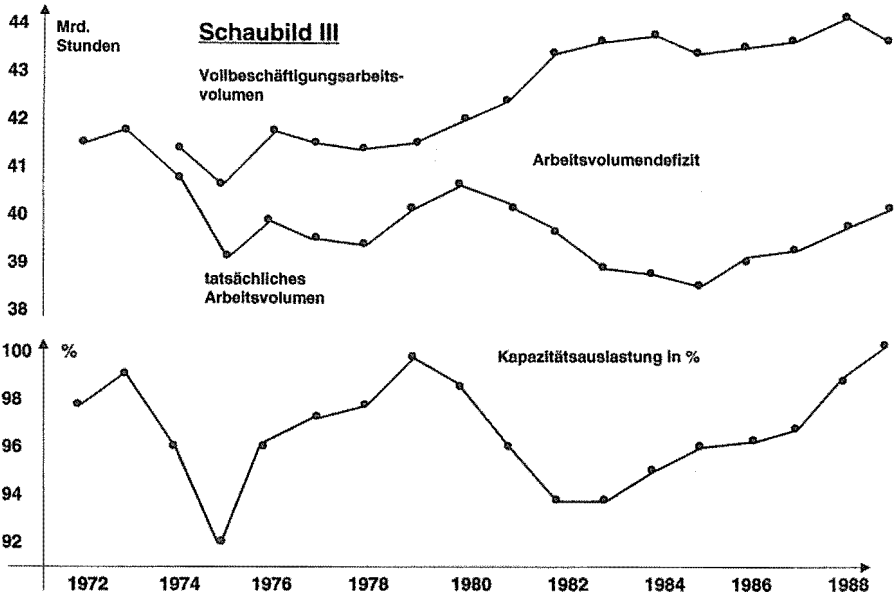
Die Entwicklung der Unternehmensgewinne stellt gegenüber der Entwicklung der Beschäftigung (und des Arbeitseinkommens) geradezu ein Kontrastprogramm dar: Im Jahre 1989 lagen die Nettogewinne um 150 % über dem Niveau von 1982, was auf eine jährliche Zunahme in Höhe von 14 % hinausläuft. Tabelle II führt die Daten über die Gewinnentwicklung vor, die der VGR entnommen und um einen rechnerischen Unternehmerlohn bereinigt wurden.<sup>4</sup> Im übrigen wurden die amtlichen Angaben um den Saldo der Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und den Unternehmen korrigiert. Damit ist die in der amtlichen Statistik und Beratung sorgsam gepflegte Fiktion verabschiedet, daß es einen Wesensunterschied zwischen staatlichen Übertragungen (beispielsweise Subventionen) und Vermögensübertragungen (etwa Investitionszuschüssen) gebe. Haben doch beide Arten von Zuwendungen die gleiche Wirkung: eine Steigerung der unternehmerischen Rentabilität.

Einmal ausgerüstet mit Angaben über die Gewinnentwicklung, fehlen zur Berechnung der Kapitalrentabilität in der Privatwirtschaft nur noch Angaben über den Bestand an Sachkapital; die amtliche Statistik liefert solche Zahlen, und zwar fast im Überfluß, denn man hat die Wahl zwischen Anlagevermögen brutto und netto, jeweils zu Anschaffungs-, Wiederbeschaffungs- oder konstanten (1980er) Preisen. Da die Gewinnzahlen in laufenden Preisen sind, müssen die entsprechenden Vermögensangaben auch in laufenden Preisen sein, und zwar zu Anschaf-

---

4 Es sei unterstrichen, daß es sich hierbei nicht um das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sondern um die darin enthaltenen Unternehmensgewinne handelt, die in der vollständigen VGR (Hauptbericht) in Tabelle 3.27 ("Unternehmensgewinne und Ersparnis der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit") veröffentlicht werden. Ungeachtet der Tabellenüberschrift handelt es sich hier um die Gewinne aller Unternehmen, woraus die Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit dann ausgegliedert werden.

fungspreisen, stellt doch die Berechnung zu Wiederbeschaffungspreisen eine partielle und stillschweigende Preisbereinigung dar.<sup>5</sup> Die Angaben der amtlichen Statistik über das Anlagevermögen der privaten Wirtschaft wird um die Vorratsbestände ergänzt, die ebenfalls der amtlichen Statistik (VGR) entnommen werden.



Die Zahlen widerlegen die Mär von einer enormen Gewinnkompression am Anfang der achtziger Jahre. Zwar ist die Ertragsrate des Sachkapitals naheliegenderweise während der Rezession 1980 – 1982 deutlich gesunken, doch lag sie 1982 immer noch etwas höher als im Vergleichsjahr 1975. Interessanter ist aber der Vergleich zwischen der Entwicklung der Ertragsrate in Abhängigkeit vom Auslastungsgrad im Aufschwung 1976 – 1979 und 1983 – 1989; dieser Vergleich wird im Schaubild I präsentiert. Augenfällig ist die enorme Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Ertragsrate zwischen 1982 und 1989: Sie hat sich in diesem Zeitraum

5 Diese Entscheidung und der dafür angeführte Grund würden für eine Berechnung der Gewinnzahlen anhand der Abschreibungen zu Anschaffungspreisen (anstelle der von der VGR praktizierten Verwendung von Abschreibungsangaben zu Wiederbeschaffungspreisen) sprechen. Von dieser Korrektur wurde indessen abgesehen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die Angaben zum Bruttoanlagevermögen nicht die Abschreibung, sondern das physische Ausscheiden von Produktionsanlagen berücksichtigt, während die Nettoberechnung die rechnerische Abschreibung alter Anlagen widerspiegelt. Somit sind die Bruttoangaben augenscheinlich die zweckmäßige Grundlage zur Berechnung des Produktionspotentials. Über die zweckmäßige Grundlage für die Berechnung der Ertragsrate des Sachkapitals läßt sich vortrefflich streiten, was jedoch Kraftvergeudung darstellt, handelt es sich doch fast ausschließlich um eine Niveauverschiebung.

von 5½ % auf gut 9½ % erhöht. Aber diese Verbesserung der Sachkapitalrentabilität ist, für sich genommen, von nur untergeordneter Bedeutung. Viel interessanter ist die Beziehung zwischen Veränderung der Ertragsrate des Kapitals und dem Auslastungsgrad desselben. Bereits im Jahre 1986 wurde trotz nur mäßig gestiegenen Auslastungsgrades eine Rentabilität des Sachkapitals erzielt, die weit höher lag als die höchste im vorangegangenen Aufschwung erreichte Kapitalertragsrate, die sich im übrigen erst ganz am Ende der Aufschwungphase und bei einem deutlich höheren Auslastungsgrad einstellte.

Untersucht man die Entwicklung des Sachkapitalertrags und der Auslastung der Produktionskapazitäten zwischen 1975 und 1979, so stellt man gegenüber der Expansionsphase der achtziger Jahre bedeutende Unterschiede fest. Das Verhältnis zwischen der Auslastung des Sachkapitals und dessen Rentabilität entwickelte sich in etwa umgekehrt. Der Auslastungsgrad stieg schneller an, kam auch rascher in den Überhitzungsbereich (was selbstredend mit der kurzen Dauer des damaligen Aufschwungs zusammenhängt), wohingegen sich die Ertragsrate des Sachkapitals deutlich langsamer erholte. In einer Hinsicht gibt es indessen eine wichtige – und ungünstige – Übereinstimmung zwischen den zwei Aufschwüngen: Der Ende der siebziger Jahre ausgelaufene Aufschwung läutete die Entkoppelung von Auslastung der Produktionskapazitäten und Arbeitsmarktentwicklung ein, die in noch stärkerem Maße den Aufschwung der achtziger Jahre kennzeichnet.

Es ist interessant, daß sich die Entwicklung der Sachkapitalrentabilität in den beiden hier untersuchten Aufschwüngen durch eine annähernd lineare Beziehung charakterisieren läßt. Noch bemerkenswerter ist jedoch der Tatbestand, daß sich die Regressionslinien durch die zwei Beobachtungssätze deutlich voneinander unterscheiden, und zwar sowohl hinsichtlich der Lage als auch der Steigung. Der hier – allerdings erst für zwei Aufschwünge – konstatierte Unterschied macht einen zentralen Bestandteil des politökonomischen Verständnisses des ökonomischen Geschehens aus: Die jeweilige wirtschaftliche Dynamik hängt demzufolge nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie von der technisch gegebenen Grenzproduktivität der Faktoren oder den Zeitpräferenzen der Wirtschaftssubjekte hinsichtlich ihres gegenwärtigen Konsums und künftigen Vermögens ab, also von Faktoren, bei denen innerhalb kürzerer Zeiträume ein nur relativ geringer Grad der Variierbarkeit erwartet wird, sondern vielmehr von den gesamtwirtschaftlichen Machtverhältnissen, der unternehmerischen Marktmacht, der wirtschaftspolitischen Gewichtung zwischen verschiedenen Zielen (beispielsweise Vollbeschäftigung / Preisstabilität) u.ä., also von Einflüssen, die in starkem Maße von der jeweiligen politischen Konstellation bestimmt sind. Es sind hier im übrigen

die gleichen Einflußfaktoren am Werke, welche die Instabilität der Phillips-Kurve zur Folge haben.<sup>6</sup>

Die Unterschiede in der Entwicklung der Sachkapitalrentabilität und der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung im aktuellen Aufschwung gegenüber früheren Aufschwüngen, namentlich gegenüber der Expansionsphase 1975 – 1979, sind ein wichtiges Steinchen im Konjunkturmosaik. Die folgenden Abschnitte versuchen hierauf etwas Licht zu werfen.

### 3. Gewinnentwicklung und Kosten

In der öffentlichen – und veröffentlichten – Meinung herrscht auf recht breiter Front der Eindruck, daß der Aufschwung der achtziger Jahre zumindest in puncto Preisstabilität günstig vonstatten gegangen ist, mag er in anderer Hinsicht unbefriedigend sein. Und die verfügbaren Daten scheinen ohne Zweifel diese Auffassung zu erhärten. Der Preisindex der letzten inländischen Verwendung von Gütern und Dienstleistungen, das umfassendste Maß des binnenwirtschaftlich wirksamen Preisauftriebs, stieg im Zeitraum 1982 – 1988 um durchschnittlich  $1\frac{1}{2}$  % jährlich; zwischen 1975 und 1979 betrug die jährliche Inflationsrate mehr als das Doppelte (3,9 %).<sup>7</sup> Somit scheint festzustehen, daß der Aufschwung der achtziger Jahre nicht durch eine Inflationsproblematik – oder zumindest nicht durch eine Verschärfung der Inflationsproblematik – gekennzeichnet ist, und diese Erkenntnis hat von dem Einsatz der unternehmerischen Marktmacht abgelenkt, der die Expansion dennoch – auch ohne verschärften Inflationsauftrieb – geprägt hat und in hohem Maße für die unbefriedigende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich ist. Dieser Abschnitt will vor allem statistisch vorführen, daß die seit 1982 eingetretene Steigerung der Sachkapitalrentabilität, die – wie wir gesehen haben – weit massiver als im vorangegangenen Aufschwung ausgefallen ist, un-

---

6 Es erübrigt sich wohl der Hinweis, daß zwei Aufschwünge nicht ausreichen, die These von einer annähernden Linearität der Beziehung zwischen Kapazitätsauslastung und Kapitalrentabilität zu erhärten. Diese Beziehung war im Aufschwung 1967 – 1970 auf jeden Fall nicht linear. Der weit wichtigere Aspekt ist die deutliche Verschiebung der Beziehung von einem Aufschwung zum nächsten. Die Punkte für 1967 – 1970 liegen ungefähr in der Mitte zwischen den beiden hier genauer untersuchten Aufschwüngen, was der postulierten Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung der Beziehung zwischen Zyklen zumindest nicht widerspricht. Aber diese Verschiebung wird keineswegs immer zwangsläufig sein, können doch die Einflüsse, die für Lage und Steigung der Ertragsrate-Auslastungs-Kurve maßgeblich sind, sehr wohl von einer Konjunkturerholung zur nächsten in etwa gleich bleiben.

7 Hier und im folgenden werden durchschnittliche jährliche Veränderungsraten für einen sich über mehr als zwei Jahre erstreckenden Zeitabschnitt anhand eines log-linearen Trends durch die absoluten Werte berechnet.



geachtet der relativen Preisstabilität in noch stärkerem Maße als 1975 – 1979 dem Einsatz der unternehmerischen Marktmacht zu verdanken ist.

In Tabelle III wird die Gewinnentstehung von den Kosten her beleuchtet. Die zugrundeliegenden Daten entstammen restlos der amtlichen Statistik (hauptsächlich der VGR, aber auch dem IAB [für die Angaben zum Arbeitsvolumen] und den amtlichen Angaben zu den Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte). Die Tabelle lehnt sich zum Teil an die Berechnungen des SVR zur Gewinn-Erlös-Relation in der privaten Wirtschaft an, aber in einer wesentlichen Hinsicht liefert sie weitergehende Information: Die Kostenposten werden sowohl in laufenden als auch in konstanten Preisen ausgewiesen. Für alle Kostenarten außer den Produktionssteuern wird ihre Berechnung in den 1980er Preisen entweder in der amtlichen Statistik selbst vollzogen (Vorleistungen, Abschreibungen), beziehungsweise ist im Falle der Arbeitskosten anhand von amtlichen Angaben unproblematisch (Arbeitsvolumen, nominale Entlohnung, Lebenshaltungskosten). Allein die Produktionssteuern (selbstredend mit den Subventionen saldiert) widersetzen sich nach allgemeiner Auffassung einer Preisbereinigung; und die amtliche Statistik (und die offiziöse politökonomische Beratung à la SVR) verzichtet auf die Veröffentlichung preisbereinigter Gewinnzahlen. Doch ist es offenkundig, daß der geeignete Index zur Preisbereinigung der von den Unternehmen entrichteten Produktionssteuern der Deflator des Staatsverbrauchs und der staatlichen Anlageinvestitionen ist.<sup>8</sup> Somit kann man das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in konstanten Preisen berechnen.

Die Daten über die Entwicklung der Kosten und der Preise zeigen deutlich, in welchem hohen Maße die Unternehmen im 1983 – 1989er Aufschwung von einer Kostenentlastung profitiert haben. Gemessen an den Preissteigerungen, die auf der Outputseite durchgesetzt werden konnten, ist bei allen Kostenaggregaten eine relative Verbilligung zu konstatieren; die Vorleistungen, namentlich die Produktionsinputs aus dem Ausland haben sich sogar absolut verbilligt, das heißt, ihre Preise, in laufender DM ausgedrückt, haben nachgegeben. (Mit Bezug auf die importierten Vorleistungen sind die wichtigsten Kostenentlastungen bei den Roh-

---

8 M.a.W., man geht von einem Realtransfer vom Unternehmenssektor an den Staat als Beitrag zu den laufenden Ausgaben des Staates (einschließlich Personalkosten) und der staatlichen Kapitalbildung aus. Hierbei werden die staatlichen Übertragungen an die privaten Haushalte (Altersversorgung, Arbeitslosenunterstützung, auch Sozialhilfe etc.) als Transfers innerhalb der privaten Haushalte vernachlässigt, das heißt, daß der Bundesbeitrag zu den Sozialversicherungsanstalten aus dem allgemeinen Steuertopf, aber auch der Anteil der Unternehmen etwa über die Gewerbesteuer an den Übertragungen der Gemeinden an die privaten Haushalte (Sozialhilfe) unberücksichtigt bleibt. Ihre Berücksichtigung ist zwar grundsätzlich möglich, wenngleich mit zusätzlicher Rechnungsarbeit verbunden, würde jedoch angesichts der Größenordnungen, die hier im Spiele sind, am Ergebnis kaum etwas ändern.

stoffen und Halbwaren festzustellen, deren Preise nach 1985 dramatisch zurückgingen.) Demgegenüber fiel die Kostenentlastung über die Preise für Vorleistungen im vorangegangenen Aufschwung deutlich geringer aus: Sie war zum einen nur eine relative Entlastung (die Preise für Vorleistungen stiegen zwar, jedoch etwas weniger als die des Outputs), und sie war nicht sehr ausgeprägt (Preisindex der privatwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung + 3,6 % jährlich, Preisindex der Vorleistungen + 2,7 %).

Was die Entwicklung der Löhne und Gehälter betrifft, so ist festzustellen, daß die um die Lebenshaltungsteuerung bereinigte Stundenentlohnung<sup>9</sup> im Unternehmenssektor während des Zeitraums 1982 – 1989 um durchschnittlich nur gut 2½ % pro Jahr gestiegen ist (gegenüber einem jährlichen Zuwachs von beinahe 4 % in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre). Die jährliche Zuwachsrates der Stundenproduktivität hat sich ebenfalls verlangsamt (+ 3,0 % gegenüber + 4,3 % zwischen 1975 und 1979). Somit war seit 1982 die Entwicklung des Reallohnes im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Unternehmenssektor annähernd verteilungsneutral, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß der Einstieg in die 35-Stunden-Woche in einigen wichtigen Bereichen während des Berichtszeitraums durchgesetzt wurde. Insgesamt betrachtet, verringert sich die tarifliche Jahresarbeitszeit zwischen 1982 und 1989 um etwas mehr als ½ % pro Jahr; überdies gab es eine deutliche Zunahme von Teilzeitbeschäftigung. Dennoch lag der kaufkraftmäßige Anstieg der Stundenentlohnung höher als die prozentuale Verkürzung der Arbeitszeit: Im Durchschnitt hatten die beschäftigten Arbeitnehmer in der betrachteten Periode keine Einkommenseinbußen hinzunehmen.

In bezug auf die Ökonomisierung von Produktionsinputs als weitere Möglichkeit der Ertragsverbesserung ist festzustellen, daß sie vor allem den Faktor Arbeit betrifft: Das Arbeitsvolumen nahm im Zeitraum 1982 – 1989 um jährlich 0,1 % ab, während die Bruttowertschöpfung um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr zunahm, was auf eine Produktivitätssteigerung von jährlich ca. 2,7 % hinausläuft. Bei den Vorleistungen hingegen sind keine globalen Einsparungen feststellbar: Preisbereinigt nahmen sie jährlich um 3,0 % zu, während die Bruttowertschöpfung im gleichen Zeitraum – wie wir gesehen haben – um wenig mehr als 2½ % per annum wuchs. Zwar stiegen die inländischen Vorleistungen in ungefährem Gleichschritt mit der Ausdehnung der Produktionstätigkeit, aber die aus dem Ausland

---

9 Der "Stundenlohn" wird berechnet anhand der VGR-Angaben über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der privaten Wirtschaft (Bruttolohn und Gehaltssumme zuzüglich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung), dividiert durch das Arbeitsvolumen in geleisteten Stunden; er bezieht sich also keineswegs nur auf blue collar workers, aber es wäre wohl ungewöhnlich, von Stundenlohn und -gehalt zu sprechen.

bezogenen Vorleistungen nahmen mit einer Jahresrate von  $4\frac{1}{2}\%$  fast doppelt so schnell zu.

Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, daß seit 1982 deutliche Fortschritte bei Einsparung der zum erheblichen Teil auf importierten Trägern basierenden Energiegewinnung erzielt worden sind: Zwischen 1982 und 1989 ist der globale Energieverbrauch mit jährlich rund  $0,8\%$  weit langsamer als das BIP zu konstanten Preisen ( $+ 2,5\%$  pro Jahr) gewachsen.<sup>10</sup>

Was die Abnutzung der Sachkapitalanlagen (Abschreibung) zu konstanten Preisen betrifft, so konstatiert die amtliche Statistik eine jährliche Zunahme während des Aufschwungs 1982 – 1989 von  $2,7\%$ ; dies bedeutet, daß die jährliche Abnutzung im Schnitt ein klein wenig höher lag als die Ausdehnung der Produktion, gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung; also hier eine – wenn auch nur minimal – gestiegene Kostenbelastung von den Kapitalkosten her.

Schließlich lassen sich die Produktionssteuern auch als Kostenfaktor auffassen, wobei sich – wie bereits ausgeführt wurde – eine Nettobetrachtung, also eine Verrechnung mit den erhaltenen Subventionen und Vermögensübertragungen, empfiehlt. Hier erfuhren die Unternehmen eine deutliche Kostenentlastung: Bis zum Jahre 1988 stagnierte das Nettoaufkommen dieser Steuerarten; 1989 war dann – zum ersten Mal seit 1982 – eine spürbare Zunahme zu verzeichnen. Preisbereinigt ging diese Belastung bis einschließlich 1988 sogar kontinuierlich zurück, und erst die deutlich gestiegene Nettobelastung im Jahre 1989 führt dazu, daß für den Berichtszeitraum keine absolute, sondern nur eine relative Entlastung der Unternehmen bei dieser Kostenart eingetreten ist. Im Zeitraum 1982 – 1989 steht bei den mit den Subventionen saldierten Produktionssteuern eine preisbereinigte durchschnittliche Zunahme von rund  $\frac{1}{2}\%$  einem Zuwachs der Bruttowertschöpfung von gut  $2\frac{1}{2}\%$  gegenüber.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die zwischen 1982 und 1989 eingetretene Zunahme des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur zum geringen Teil von realwirtschaftlichen Effekten, sprich einer Rationalisierung der Produktion im Sinne einer relativen Verminderung der Inputs (das heißt eine Verminderung der inputs pro Einheit des Outputs) herrührt, und sie war nur beim Arbeitseinsatz gegeben. In bezug auf die Vorleistungen – besonders die importierten – stellt man dagegen eine überproportionale Zunahme (im Verhältnis zur Steigerung der Bruttowertschöpfung) fest. Eine ins Gewicht fallende Kostenentlastung konnten die Unternehmen – real betrachtet – bei den von ihnen netto geleisteten Produktionssteuern erreichen.

---

10 Gemessen am Primärenergieverbrauch der Wirtschaft insgesamt. Quelle: SVR, Gutachten 1990/91, Tabelle 78\*.

Diese realwirtschaftlichen Einflüsse sind indessen für die insgesamt eingetretene Verschiebung der Verteilungsrelationen nur zum kleineren Teil verantwortlich; weit größere Bedeutung hatten die Preiseinflüsse. Zwar trat keine Verstärkung inflationärer Tendenzen im Inland ein, aber gegenüber den inländischen Abnehmern setzten die Unternehmen verstärkt ihre Marktmacht ein, um im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ihren Aufschlag und mithin ihre Gewinne auszuweiten. Trotz der Kostenentlastung sowohl bei den Vorleistungen, besonders bei den importierten Produktionsinputs, als auch bei den Steuern wurden die Preise im Inland weiter erhöht; im Auslandsgeschäft konstatiert man die gleiche Entwicklung: Einer Abnahme der Importpreise in der Periode 1982 – 1989 von durchschnittlich 1,3 % im Jahr steht eine Erhöhung der Exportpreise von jährlich gut 1 % gegenüber, was auf eine massive Terms of Trade-Verschiebung zugunsten der deutschen Unternehmen hinausläuft. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre blieben die Terms of Trade dahingegen nahezu unverändert.

Um diese Zusammenhänge zu verdeutlichen, ist es zweckmäßig, die Entwicklung des Aufschlags – definiert als Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an den Gesamtkosten (Vorleistungen, Lohn- und Gehaltssumme, Abschreibungen, Steuern abzüglich Subventionen) – nominal und preisbereinigt als Index darzustellen. Hierbei wählen wir die beiden Ausgangsjahre 1975 und 1982 als Basisjahre:

### Preisauflschlag im Unternehmenssektor

	konst. Pr.	lauf. Pr.		konst. Pr.	lauf. Pr.
1975	100,0	100,0	1982	100,0	100,0
1976	110,0	106,3	1983	105,4	108,8
1977	109,6	106,4	1984	110,4	111,7
1978	105,8	108,6	1985	110,6	113,6
1979	108,1	107,7	1986	104,9	124,8
			1987	99,7	128,3
			1988	102,2	133,2
			1989	104,3	132,9

### Durchschnittliche jährliche Veränderung (%)

1975 – 1979	1,2	1,7	1982 – 1989	- 0,3	4,3
-------------	-----	-----	-------------	-------	-----

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß sich der Ausdruck "konstante Preise" nur auf die Preise für Faktorleistungen bezieht; die

preisbereinigten Zahlen schließen demzufolge schon einen Preiseffekt ein, und zwar denjenigen, der auf Veränderungen in dem realen, das heißt, um die Lebenshaltungsteuerung bereinigten, Lohnsatz beruht. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Netto-Steuerbelastung eine Kostenart ist, die keine unmittelbare Verbindung zum Faktoreinsatz aufweist. M.a.W., auch der reale Aufschlag beinhaltet einen politischen Preis (den realen Lohn beziehungsweise das reale Gehalt) und eine politische Belastung (die Produktionssteuern).

Die Resultate der Analyse der Gewinnentstehung von der Kostenseite her zeigen, daß die exorbitante Verbesserung der Sachkapitalrentabilität, welche die deutschen Unternehmen zwischen 1982 und 1989 zu erzielen verstanden, vor allem auf die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals und nicht auf ein erfolgreicherer – also rationaleres, ökonomischeres – Wirtschaften zurückzuführen ist. In erster Linie ist die unternehmerische Marktmacht zu nennen, die sich in noch – wenn auch verlangsamt – steigenden Preisen auf der Outputseite bei nachlassenden Inputpreisen ausdrückt. Aber auch die politische Macht der Wirtschaft, die sich in einer insgesamt zurückgehenden Belastung mit Produktionssteuern äußert, hat hier eine bedeutende Rolle gespielt.

Im übrigen ist der Hinweis nicht überflüssig, daß das hier betrachtete Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit den unternehmerischen Gewinnen nicht gleichzusetzen ist. Um zu dieser Größe zu gelangen, die als Zähler in der Rentabilitätsberechnung auftritt, muß man noch zusätzlich einen rechnerischen Unternehmerlohn und die per Saldo geleisteten Zinsen der Unternehmen berücksichtigen. In dem untersuchten Zeitraum stieg der rechnerische Unternehmerlohn weit langsamer als das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (denn das Arbeitsvolumen der Selbständigen und Mithelfenden war rückläufig), und die per Saldo geleisteten Zinsen waren sogar stark rückläufig, so daß die Unternehmensgewinne zwischen 1982 und 1989 mit der schwindelerregenden jährlichen Rate von durchschnittlich 12,6 % boomten.

Ob die erreichte Verbesserung der Sachkapitalrentabilität gerechtfertigt ist oder nicht, ist nicht die Frage, die hier vornehmlich zur Debatte steht. Freilich, der Nachweis, daß sie vor allem mittels des Einsatzes der unternehmerischen Wirtschaftsmacht zustande gekommen ist, läßt ihre Berechtigung überaus fragwürdig erscheinen. Vor allem aber geht es um qualitative Aspekte des Aufschwungs. Es ist durchaus denkbar, daß es im ureigenen Interesse der deutschen Wirtschaft selbst gelegen hätte, auf den Einsatz dieser Macht zumindest teilweise zu verzichten, um anstelle von Monopolgewinnen eine Rentabilitätsverbesserung infolge einer höheren Kapazitätsauslastung zu erzielen. Auch muß es nicht unbedingt stimmen, daß die Kapazitätsobergrenze und die dann unvermeidliche inflationäre Situation um so früher erreicht worden wäre. Angesichts einer höheren

Kapazitätsauslastung wären möglicherweise mehr Anlageinvestitionen und vor allem mehr Erweiterungsinvestitionen mit arbeitsplatzschaffendem Effekt getätigt worden; zu finanzieren wären sie schon gewesen.

#### 4. Gewinnentwicklung und Einkommensverwendung

Die unternehmerischen Gewinne hängen im gesamtwirtschaftlichen Rahmen genauso von der Einkommensverwendung wie von den Kostenrelationen ab. Und eine kritische Wirtschaftspublizistik muß immer wieder hierauf hinweisen, denn in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion steht der Zusammenhang mit der Einkommensverwendung immer in Gefahr, verschüttet zu werden, lenkt er doch die Aufmerksamkeit auf einige Legitimationsprobleme, welche die Kapitalseite wohl lieber in Vergessenheit geraten ließe. Der Zusammenhang, der auf M. Kalecki<sup>11</sup> und am Ende auf Marx zurückgeht, läßt sich folgendermaßen verdeutlichen: Wie können die Unternehmen als Gesamtheit Gewinne erzielen, wenn sie den Arbeitnehmern Güter oder Dienstleistungen verkaufen, die diese mit den Löhnen oder Gehältern bezahlen, die sie von den Unternehmen erhalten haben? Des Rätsels Lösung ist natürlich, daß nicht nur die Arbeitnehmer, die mit der Herstellung von Konsumgütern für sich selber und andere Arbeitnehmer beschäftigt sind, Arbeitseinkommen erhalten, sondern auch die Arbeitnehmer, welche Investitionsgüter herstellen, erhalten eine Entlohnung. Es sind unter normalen Bedingungen vor allem ihre Ausgaben, die den Überschuß ausmachen, der den Herstellern von Konsumgütern einen Gewinn ermöglicht.<sup>12</sup> Es gibt in einer Wirtschaft mit Außenhandelsbeziehungen und einem interventionistischen Staat andere Möglichkeiten, Gewinne entstehen zu lassen (Handelsbilanzüberschuß, staatliches Haushaltsdefizit), und schließlich können die Konsumausgaben der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen den Gewinnausfall, der durch ausbleibende Investitionen entsteht, wettmachen.

Es werden folgende Beziehungen zugrunde gelegt:

Nettoinvestitionen der Unternehmen

- + Saldo der Übertragungen von der beziehungsweise an die übrige(n) Welt
- Überschußbildung des Staates
- + Außenbeitrag
- + Konsum der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

---

11 M. Kalecki, "The Determinants of Profits", in: "Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy", Cambridge: Cambridge University Press, 1971

12 Diese Formulierung ist entnommen: J. Robinson, "Aspects of Development and Underdevelopment", Cambridge: Cambridge University Press, 1979, S. 29

– Ersparnisse der Arbeitnehmerhaushalte

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

(Hierbei werden die Nettoinvestitionen definiert als die Bruttoanlageinvestitionen plus Vorratsveränderungen abzüglich Abschreibungen; die Überschufbildung des Staates als die Differenz zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben abzüglich der Nettoinvestitionen; der Außenbeitrag als die Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen; das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit wird um einen rechnerischen Nettounternehmerlohn bereinigt.) Alle in dieser Rechnung auftretenden Größen werden von der amtlichen Statistik erfaßt mit Ausnahme des Konsums der Bezieher von Kapitaleinkommen und der Ersparnisse der Arbeitnehmerhaushalte; der Saldo dieser beiden Posten wird als rechnerischer Rest ermittelt. Die Ergebnisse werden in Tabelle IV zusammengefaßt.

Die Zahlen verdeutlichen die abnehmende Bedeutung der unternehmerischen Investitionen für die Gewinnentstehung im gegenwärtigen Aufschwung: Nur am Anfang der Erholung (1983), und dann wieder in den Jahren 1988/89 kam es zu einer starken Ausdehnung der privatwirtschaftlichen Investitionen. Wie schwach die unternehmerischen Anlageinvestitionen im gegenwärtigen Aufschwung im Vergleich zur vorangegangenen Expansionsphase sind, geht noch deutlicher aus den nachstehenden preisbereinigten Zahlen für die unternehmerischen Nettoanlageinvestitionen hervor.

**Nettoanlageinvestitionen in der Privatwirtschaft (Mrd. DM)**

	konst. Pr.	lauf. Pr.		konst. Pr.	lauf. Pr.
1975	75,45	57,01	1982	78,74	84,42
1976	112,65	88,61	1983	94,86	105,05
1977	110,41	89,62	1984	100,49	114,89
1978	112,98	96,99	1985	89,73	104,36
1979	144,66	134,21	1986	97,61	111,12
			1987	98,75	118,03
			1988	120,12	147,04
			1989	143,00	182,70

**Durchschnittliche jährliche Veränderung (%)**

1975 – 1979	13,9	19,8	1982 – 1989	6,6	9,0
-------------	------	------	-------------	-----	-----

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote (Nettoinvestitionen im Inland als % des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen) stellt eine andere Art dar, die Investitionsschwäche zu verdeutlichen. Betrug sie im Durchschnitt 12 % im vorangegangenen Aufschwung, so ging sie in der Zeit 1983 – 89 auf 9,1 % zurück. Eine rückläufige Tendenz war sowohl bei den unternehmerischen als auch bei den staatlichen Investitionen festzustellen, am stärksten jedoch bei letzteren: Der Anteil der Nettoinvestitionen des Staates am NSP ging von 3,1 % in den Jahren 1976 bis 79 auf 1,9 % zwischen 1983 und 89 zurück. Diese Vernachlässigung seiner Infrastrukturaufgaben durch den Staat während des Booms der achtziger Jahre muß im Zusammenhang mit der Dringlichkeit der Aufgaben etwa im Umwelt- und Bildungsbereich gesehen werden.

Ein weiterer Aspekt der Investitionsschwäche und zugleich eine weitere Ursache dafür werden sichtbar, wenn man sich vor Augen führt, daß nach 1982 die jährlichen Aufwendungen der Unternehmen für die Ausdehnung ihrer Produktionsanlagen in konstanten Preisen im Durchschnitt nur 84 % ihrer jährlichen Ausgaben in den Jahren 1976 – 79 ausmachten. Gerade im Zusammenhang mit diesem Absacken in der Bildung von zusätzlichen Produktionsanlagen im Inland ist es interessant, die Entwicklung der langfristigen deutschen Nettokapitalanlagen im Ausland 1983 – 89 mit der zwischen 1976 und 79 zu vergleichen. Betrug der jährliche Kapitalabfluß im vorangegangenen Aufschwung jährlich im Durchschnitt rund 21,4 Mrd. DM, so stieg er zwischen 1983 und 1989 auf 64,5 Mrd. DM jährlich; in diesem Zeitraum flossen über 450 Mrd. DM ins Ausland. Hierbei gab es keine entsprechende Zunahme ausländischer Nettoanlagen in der BRD: Die jährlichen Angaben für die Kapitalzuflüsse in den beiden Zeiträumen sind 20,4 beziehungsweise 44,6 Mrd. DM. Saldiert man die Zahlen, so stellt man einen Nettoverlust an langfristig angelegtem Kapital in Höhe von jährlich knapp 1 Mrd. DM zwischen 1976 und 1979 fest; die entsprechende Zahl für den Zeitraum 1983 – 89 beträgt 20 Mrd. DM im Jahr oder knapp 139 Mrd. DM für den gesamten betrachteten Zeitraum.<sup>13</sup> Der Hinweis, daß hierin gewaltige – wenngleich keineswegs ausreichende – Finanzierungsreserven zur Bewältigung der Ausgaben in den neuen Bundesländern zu erblicken sind, ist an dieser Stelle nicht fehl am Platz. Ob diese Mittel dafür tatsächlich eingesetzt werden, ist freilich eine völlig andere Frage, denn entscheidend für die unternehmerischen Investitionsentscheidungen ist nicht die Dringlichkeit der Aufgabe, sondern allemal die Attraktivität der sich bietenden Investitionsgelegenheit.

---

13 Es handelt sich hier ausschließlich um den langfristigen Kapitalverkehr, also um Direktinvestitionen, Grunderwerb, aber auch um Kreditgewährung und Wertpapieranlagen, sofern die ursprüngliche Laufzeit mehr als ein Jahr beträgt. "Netto" bezieht sich einmal auf den Nettoabfluß (Bruttoanlagen ins Ausland abzüglich repatriierter Guthaben etc.), und dann wieder auf den Saldo zwischen Abfluß und Zufluß. Quelle: SVR, JG 1989/90, Tab. 58\*; die Urquelle ist die Deutsche Bundesbank.



Die gewinnschmälernde Wirkung der Investitionsschwäche wurde indessen durch die eingetretene Steigerung des Außenbeitrags mehr als ausgeglichen; und der Hinweis darf hier nicht ausbleiben, daß es selbstredend einen Zusammenhang mit dem Kapitalexport und dem Export von Gütern und Dienstleistungen gibt. Dieser Zusammenhang ist am engsten bei der Kreditgewährung zur Finanzierung von Exportgeschäften. Die Problematik – am stärksten bei der Dritten Welt – besteht in der Rückzahlung, wie die noch heute schwelende Schuldenkrise dieser Länder eindrucksvoll belegt. Es ist auf der anderen Seite sehr fraglich, ob eine Wirtschaft ihre Exportquote mittels Direktinvestitionen auf Dauer aufrechterhalten kann, mögen diese unmittelbar durchaus eine belebende Wirkung auf die Ausfuhr haben. – Eine weitere Belebung der Gewinne hat die Entwicklung der Überschußbildung des Staates bis zum Jahre 1988 zur Folge gehabt: Seine Ersparnisse (laufende Einnahmen minus laufende Ausgaben abzüglich der Nettoinvestitionen), die sich ja mindernd auf die Gewinne auswirken, fielen im gegenwärtigen Aufschwung deutlich geringer aus als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Allerdings wies der staatliche Überschuß im Jahre 1989 einen auffallend hohen positiven Betrag auf.

Ein weiterer Faktor, der die Gewinnsteigerung stark fördert und der vermindern den Auswirkung der Investitionsschwäche auf die Gewinnentstehung entgegenwirkte, war die Zunahme des Verbrauchs der Unternehmerhaushalte beziehungsweise der Rückgang der Ersparnisse der Arbeitnehmerhaushalte, was nur ein Spiegelbild der abnehmenden gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Entwicklung der Gewinnentstehung seit dem unteren Wendepunkt 1982 – wenn sie im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf betrachtet wird – eine eindrucksvolle Widerlegung des einst gefeierten Kanzlerworts darstellt, wonach "die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen" seien. Die Erfahrungen der achtziger Jahre zeigen, daß ein Gewinnboom ohne entsprechende Investitionsbelebung sehr wohl möglich ist; sie zeigen auch, daß im Hinblick auf den Abbau der Arbeitslosen ein solcher Boom wertlos ist.

## **Schluß**

Anfangen hat dieses Papier mit einer Graphik, in der die Sachkapitalrentabilität und die Kapazitätsauslastung gezeigt wurden. Schaubild II gibt die Entwicklung der Kapazitätsauslastung und der Arbeitslosenquote graphisch wieder. Hierbei werden als "ohne Erwerb" die amtlich registrierten Arbeitslosen und die von der amtlichen Statistik (IAB) ermittelten, sogenannten stillen Reserven gezählt. Die abhängigen Erwerbspersonen, der Nenner der Arbeitslosenquote, werden dann als

die abhängig Beschäftigten definiert nach der amtlichen Definition zuzüglich Arbeitslose und stille Reserve. Die Graphik zeigt, in welchem hohen Maße eine Asymmetrie in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. In der Rezessionsphase, wenn die Kapazitätsauslastung zurückgeht, schießt die Arbeitslosigkeit recht schnell hoch; in der Aufschwungs- oder Expansionsphase geht sie ungeachtet der steigenden Kapazitätsauslastung nur wenig zurück. So nahm sie nach dem Ölschock von 1973 innerhalb von zwei Jahren von weniger als 2 % im Jahre 1973 auf knapp 6 % im Jahre 1975 zu. Trotz aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und einer recht starken Konjunktur stieg sie während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eher noch an; 1980 lag die Arbeitslosenquote immer noch über 5½ %. In der Rezession am Anfang der achtziger Jahre schoß sie auf beinahe 13 % im Jahre 1983 und ging während der folgenden Expansion nur sehr zögernd zurück und verharrte – auch nach sieben Jahren Aufschwung – immer noch auf dem viel zu hohen Niveau von 11 %.

Die Erfahrungen zweier Aufschwünge (und einer Rezession) zeigen also, daß unter den Bedingungen des neuen Akkumulationsmodells die Expansion den Arbeitsmarkt kaum entlastet, eine Rezession, auch wenn sie relativ kurz ist, zu einem Quantensprung bei der Arbeitslosigkeit führt. Vom zuletzt erreichten Niveau kommen wir dann in dem darauf folgenden Aufschwung kaum herunter, und zwar auch dann nicht, wenn er sechs oder sieben Jahre anhält.

Schaubild III verdeutlicht diesen Zusammenhang auf eine andere Art: Hier wird der Kapazitätsauslastung in der privaten Wirtschaft das empirisch gemessene Arbeitsvolumen gegenübergestellt. Darüber hinaus wird das zusätzliche Arbeitsvolumen berechnet, das zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf das sozialpolitisch erträgliche Maß von 2 % notwendig wäre, und dem tatsächlich geleisteten Arbeitsvolumen hinzuaddiert (schattierte Fläche), um so einen Anhaltspunkt für das Arbeitsvolumendefizit zu gewinnen. Hierbei wurde der bereits erreichten Herabsetzung der tatsächlich geleisteten Jahresarbeitszeit Rechnung getragen. Berücksichtigt man, daß eine annähernde Vollausslastung der Produktionskapazitäten im Jahre 1989 herrschte, woraus folgt, daß eine Steigerung der Beschäftigung durch Besetzung vorhandener Arbeitsplätze nur in äußerst begrenztem Umfang möglich war, so gewinnt man einen Anhaltspunkt für das Ausmaß der zur Erreichung von Vollbeschäftigung zu schaffenden Arbeitsplätze allein in den elf alten Ländern: Es sind derer rund 2,5 Millionen.

Hier stellt sich die Aufgabe einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten Wirtschaftspolitik: Insbesondere müßte es darum gehen, Gewinnbooms ohne Investitionsbelebung und Arbeitsplatzschaffung zu vermeiden, und das heißt, wieder einen Zustand zurückzugewinnen, wo Wachstum sich auch am Arbeitsmarkt zeigt. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird selbstverständlich unter dem Zei-

chen der Wiedervereinigung und der damit verbundenen strukturpolitischen Probleme stehen, und es steht zu befürchten, daß die gesamtdeutsche Arbeitslosigkeit infolge der wiedervereinigungsbedingten Verwerfungen recht bald depressionsähnliche Ausmaße annehmen wird. Solcherart entstandene, strukturelle Arbeitslosigkeit darf selbstredend nicht als ein konjunkturpolitisches Problem angesehen werden, doch ebensowenig darf vergessen werden, daß sie vor dem Hintergrund eines Akkumulationsmodells entsteht, das seinerseits auf eine Arbeitslosigkeit depressionsähnlichen Ausmaßes zusteuert, indem es in der Rezessionsphase eine dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit hervorruft, die aber in der Expansionsphase kaum nennenswert zurückgeht. So gesehen stellt sich die wirtschaftspolitische Herausforderung der neunziger Jahre als ein überaus schwieriger Aufgabenkomplex dar.

**Tabelle I: Produktionspotential und Kapazitätsauslastung im Unternehmenssektor Mrd. DM in Preisen von 1980**

	Bruttoanlageverm. 1)	k*	Produktionspotential 1)	Bruttowertschöpfung		Prod.Pot. Privatwirt. insgesamt	Bruttowertschöpf.		Auslastung (%)
				Landw.	Wohnverm.		o.Landw. u.Wohnverm.	insgesamt	
1960	886,85	0,597	529,85	24,98	39,95	594,78	526,16	591,09	99,38
1961	957,17	0,588	562,97	22,86	41,16	626,99	554,62	618,64	98,67
1962	1.031,80	0,579	597,42	24,54	42,91	664,87	580,18	647,63	97,41
1963	1.106,43	0,570	630,66	25,30	44,14	700,10	595,46	664,90	94,97
1964	1.182,78	0,561	663,70	24,82	46,02	734,54	642,20	713,04	97,07
1965	1.264,00	0,552	698,24	23,59	47,84	769,67	682,15	753,58	97,91
1966	1.345,90	0,544	731,91	24,81	50,11	806,83	700,69	775,61	96,13
1967	1.419,95	0,535	760,17	26,90	52,16	839,23	694,18	773,24	92,14
1968	1.488,88	0,527	784,66	28,53	54,00	867,19	740,95	823,48	94,96
1969	1.567,50	0,519	813,25	27,75	54,86	895,86	808,70	891,31	99,49
1970	1.662,69	0,511	849,21	28,63	56,88	934,72	849,20	934,71	100,00
1971	1.770,00	0,503	889,96	28,14	59,69	977,79	870,00	957,83	97,96
1972	1.879,36	0,495	930,24	27,34	62,77	1.020,35	908,68	998,79	97,89
1973	1.984,45	0,487	966,98	29,41	66,27	1.062,66	953,07	1.048,75	98,69
1974	2.076,95	0,480	996,31	30,75	69,67	1.096,73	948,77	1.049,19	95,67
1975	2.155,20	0,462	996,27	29,17	70,94	1.096,38	921,94	1.022,05	93,22
1976	2.230,72	0,457	1.019,06	28,73	74,94	1.122,73	982,13	1.085,80	96,71
1977	2.309,64	0,451	1.042,72	30,42	78,14	1.151,28	1.014,82	1.123,38	97,58
1978	2.393,30	0,446	1.067,79	31,35	81,01	1.180,15	1.044,85	1.157,21	98,06
1979	2.485,26	0,441	1.095,79	29,96	84,62	1.210,37	1.095,79	1.210,37	100,00
1980	2.584,66	0,436	1.126,23	30,37	86,50	1.243,10	1.106,45	1.223,32	98,41
1981	2.680,96	0,431	1.154,46	30,55	90,15	1.275,16	1.103,80	1.224,50	96,03
1982	2.766,30	0,426	1.177,21	36,01	92,71	1.305,93	1.088,16	1.216,88	93,18
1983	2.847,29	0,421	1.197,44	32,84	95,28	1.325,56	1.107,93	1.236,05	93,25
1984	2.928,18	0,416	1.216,99	35,69	98,47	1.351,15	1.141,16	1.275,32	94,39
1985	3.011,07	0,411	1.236,74	33,80	100,75	1.371,29	1.172,09	1.306,64	95,29
1986	3.101,18	0,406	1.258,78	36,68	104,15	1.399,61	1.199,92	1.340,75	95,79
1987	3.197,59	0,401	1.282,66	33,89	106,37	1.422,92	1.220,06	1.360,32	95,60
1988	3.302,47	0,396	1.309,17	36,24	108,27	1.453,68	1.272,19	1.416,70	97,46
1989	3.420,28	0,392	1.339,94	35,93	110,90	1.486,77	1.323,29	1.470,12	98,88

1) Ohne Landwirtschaft und Vermietung von Wohnraum.

Quelle: VGR, eigene Berechnungen.

**Tabelle II: Komponenten der Gewinnbildung<sup>1)</sup>**

	Brutto- wertsch.	Abschrei- bungen		Steuern ./Subv.	Nettowert- schöpfung	Eink.aus unselbst. Tätigk.	Arbeits- vol.	St.Lohn (DM)	Bruttoein. aus U & V	Empf. Ein.aus U & V	Per Saldo geleist. Zins	Untern.- gewinne	Arbeits- vol. (Selbst.)	Untern.- lohn	Netto- Gewinne	Netto anlage- vermögen	Profit- rate
			k.Pr.	Saldo			Mill. St.	k.Pr.					Mill. St.				(%)
1960	270,35	22,24	52,03	33,15	214,96	117,97	35,93	6,97	96,99	2,75	3,82	95,92	14,317	47,009	48,91	712,91	6,86
1961	295,46	25,57	57,05	36,11	233,78	133,23	36,18	7,64	100,55	2,79	4,50	98,84	14,098	51,919	46,92	779,87	6,02
1962	321,03	29,47	62,38	36,21	255,35	148,25	35,85	8,19	107,10	3,12	4,73	105,49	13,751	56,867	48,62	850,43	5,72
1963	338,49	33,01	67,73	39,53	265,95	158,11	35,47	8,56	107,84	3,57	5,58	105,83	12,996	57,927	47,90	922,96	5,19
1964	373,06	36,75	73,15	43,81	292,50	173,28	36,13	9,01	119,22	3,98	6,16	117,04	12,829	61,532	55,51	1.003,78	5,53
1965	406,31	40,84	78,85	45,87	319,60	191,54	36,28	9,59	128,06	4,40	7,43	125,03	12,380	65,353	59,68	1.096,14	5,44
1966	430,69	45,02	84,49	49,12	336,55	204,84	35,71	10,06	131,71	5,10	8,96	127,85	12,141	69,639	58,21	1.189,73	4,89
1967	433,56	47,62	89,43	51,32	334,62	201,57	33,39	10,43	133,05	5,09	8,93	129,21	11,502	69,428	59,78	1.271,95	4,70
1968	441,09	50,47	93,94	23,11	367,51	216,97	33,66	11,01	150,54	5,71	9,43	146,82	11,022	71,050	75,77	1.352,28	5,60
1969	490,22	54,68	99,11	28,04	407,50	243,98	34,48	11,83	163,52	6,62	10,79	159,35	10,507	74,340	85,01	1.452,58	5,85
1970	555,42	63,82	105,46	25,32	466,28	291,05	34,98	13,48	175,23	7,45	15,62	167,06	10,038	83,518	83,54	1.578,25	5,29
1971	611,11	72,69	112,57	27,81	510,61	326,30	34,86	14,43	184,31	7,25	16,44	175,12	9,600	89,866	85,25	1.721,31	4,95
1972	668,41	79,98	119,64	30,16	558,27	357,56	34,44	15,19	200,71	7,90	17,77	190,84	9,250	96,039	94,80	1.875,67	5,05
1973	742,88	88,58	126,45	34,02	620,28	403,29	34,37	16,09	216,99	8,42	24,02	201,39	8,827	103,577	97,81	2.043,49	4,79
1974	790,75	99,72	132,09	34,66	656,37	438,45	33,34	16,88	217,92	10,50	25,21	203,21	8,294	109,088	94,12	2.216,39	4,25
1975	817,34	108,60	136,53	33,68	675,06	451,48	31,47	17,37	223,58	10,86	26,18	208,26	7,997	114,732	93,53	2.374,93	3,94
1976	898,25	116,32	140,77	32,76	749,17	488,14	31,98	17,68	261,03	12,29	23,26	250,06	7,795	118,976	131,08	2.534,67	5,17
1977	959,28	124,30	145,27	35,48	799,50	523,18	31,65	18,49	276,32	12,97	22,94	266,35	7,331	121,173	145,18	2.707,93	5,36
1978	1.024,84	133,95	150,14	34,43	856,46	558,78	31,48	19,37	297,68	13,76	20,10	291,34	7,366	130,756	160,58	2.889,32	5,56
1979	1.108,65	146,01	155,66	35,98	926,66	603,34	31,81	19,95	323,32	15,80	23,25	315,87	7,106	134,769	181,10	3.107,03	5,83
1980	1.169,38	161,67	161,67	36,35	971,36	655,58	32,11	20,42	315,78	17,18	33,38	299,58	6,963	142,156	157,42	3.362,47	4,68
1981	1.213,41	175,34	167,34	38,77	999,30	682,10	31,61	20,31	317,20	17,85	44,39	290,66	6,831	147,419	143,24	3.618,40	3,96
1982	1.261,27	186,83	172,12	38,99	1.035,45	694,45	31,12	19,91	341,00	16,63	46,49	311,14	6,801	151,762	159,38	3.854,65	4,13
1983	1.320,86	196,38	177,33	38,75	1.085,73	704,47	30,31	20,11	381,26	16,29	29,71	367,84	6,739	156,626	211,21	4.088,40	5,17
1984	1.389,10	206,16	182,26	35,62	1.147,32	732,30	30,19	20,47	415,02	24,15	34,37	404,80	6,740	163,494	241,31	4.334,77	5,57
1985	1.453,56	215,35	186,99	38,70	1.199,51	760,03	29,94	21,02	439,48	25,29	35,77	429,00	6,645	168,674	260,33	4.580,72	5,68
1986	1.539,21	223,68	191,41	40,89	1.274,64	797,40	30,12	21,97	477,24	31,82	33,30	475,76	6,607	174,943	300,82	4.823,64	6,24
1987	1.591,17	231,66	196,40	36,43	1.323,08	828,78	30,14	22,79	494,30	31,05	30,37	494,98	6,486	178,324	316,66	5.073,09	6,24
1988	1.684,28	241,83	202,04	39,34	1.403,11	863,97	30,47	23,24	539,14	28,67	26,51	541,30	6,470	183,448	357,85	5.345,22	6,69
1989	1.789,73	257,11	209,06	51,73	1.480,89	906,73	30,62	23,60	574,16	37,23	29,10	582,29	6,299	186,518	395,77	5.653,60	7,00

1) Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, in laufenden Preisen (Mrd. DM).

Quellen: VGR, IAB, eigene Berechnungen.

**Tabelle III: Kostenarten und Einkommen aus Unternehmertätigkeit  
und Vermögen (Mrd. DM bzw. 1980 = 100)**

	Produktionswerte			Kostensumme			Vorleistungen - inl.			Vorleistungen - ausl.		
	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.
1960	-	-	-	-	-	-	-	-	-	78,36	56,96	44,63
1961	-	-	-	-	-	-	-	-	-	85,07	54,13	46,04
1962	1.695,07	53,72	910,51	1.521,92	52,79	803,41	964,49	55,92	539,30	98,08	51,16	50,18
1963	1.761,88	54,17	954,48	1.591,23	53,21	846,64	1.009,15	55,93	561,56	104,16	52,25	54,43
1964	1.895,34	55,02	1.042,83	1.713,14	53,91	923,61	1.085,69	56,40	609,09	114,45	53,02	60,68
1965	2.013,76	56,53	1.138,33	1.820,62	55,49	1.010,27	1.148,92	57,82	661,05	130,60	54,34	70,97
1966	2.068,04	57,57	1.190,61	1.874,98	56,48	1.058,90	1.180,25	58,50	686,36	133,02	55,30	73,56
1967	2.073,21	57,39	1.189,76	1.882,46	56,13	1.056,71	1.190,81	57,90	685,02	131,92	53,95	71,18
1968	2.299,56	56,29	1.294,50	2.019,55	56,64	1.143,96	1.348,87	57,59	771,42	153,06	53,57	81,99
1969	2.418,27	57,58	1.392,42	2.123,13	57,88	1.228,90	1.377,24	58,86	805,11	178,50	54,39	97,09
1970	2.618,43	60,05	1.572,42	2.339,81	59,71	1.397,19	1.511,84	60,36	908,41	202,00	53,76	108,59
1971	2.718,61	63,06	1.714,28	2.455,96	62,30	1.529,97	1.571,89	62,84	983,73	220,75	54,20	119,65
1972	2.827,91	65,51	1.852,68	2.556,10	64,63	1.651,97	1.630,87	64,97	1.055,46	233,43	55,17	128,78
1973	2.963,07	70,15	2.078,63	2.681,07	69,44	1.861,64	1.708,95	69,75	1.189,11	241,93	60,57	146,54
1974	2.941,61	78,36	2.305,09	2.671,76	78,12	2.087,17	1.683,04	78,82	1.325,86	247,29	76,22	188,48
1975	2.875,36	82,14	2.361,86	2.617,80	81,68	2.138,28	1.646,69	82,40	1.353,94	245,34	77,68	190,58
1976	3.054,98	85,49	2.611,57	2.756,64	85,27	2.350,54	1.734,08	85,93	1.486,54	276,49	82,02	226,78
1977	3.141,50	87,82	2.758,86	2.835,87	87,54	2.482,54	1.781,10	87,93	1.563,58	282,63	83,50	236,00
1978	3.281,45	88,95	2.918,85	2.972,06	88,19	2.621,17	1.875,12	88,29	1.652,47	298,53	80,91	241,54
1979	3.416,96	93,46	3.193,63	3.088,56	92,93	2.870,31	1.931,80	93,01	1.795,40	327,91	88,31	289,58
1980	3.446,50	100,00	3.446,41	3.130,63	100,00	3.130,63	1.938,25	100,00	1.938,25	338,78	100,00	338,78
1981	3.406,61	106,55	3.629,71	3.083,72	107,42	3.312,51	1.910,83	107,37	2.050,65	326,75	111,90	365,65
1982	3.343,02	111,68	3.733,64	3.011,22	112,67	3.392,64	1.861,60	112,95	2.103,05	321,75	114,78	369,32
1983	3.413,30	113,28	3.866,59	3.058,22	113,97	3.485,33	1.908,38	113,65	2.168,50	328,02	115,00	377,23
1984	3.529,21	116,47	4.110,30	3.146,40	117,44	3.695,28	1.965,36	117,13	2.300,82	349,09	120,42	420,39
1985	3.621,91	118,38	4.287,51	3.228,55	119,19	3.848,03	2.016,21	118,59	2.388,72	362,44	122,84	445,23
1986	3.722,84	115,04	4.282,70	3.337,14	114,03	3.805,46	2.075,10	113,25	2.347,10	374,25	105,92	396,39
1987	3.799,36	113,91	4.327,83	3.423,43	111,98	3.833,53	2.121,86	111,14	2.348,64	387,91	100,03	388,02
1988	3.953,62	115,52	4.567,16	3.553,35	113,36	4.028,02	2.199,80	112,26	2.465,92	410,95	101,46	416,96
1989	4.079,63	119,45	4.872,92	3.659,10	117,48	4.298,76	2.242,16	116,40	2.609,83	443,86	106,65	473,36
Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten (%)												
1975-79	+4,25	+3,02	+7,41	+4,14	+2,96	+7,23	+4,06	+2,73	+6,93	+6,79	+2,46	+9,41
1982-89	+7,39	+0,56	+3,45	+2,90	(+0,10)	+3,00	+2,74	-0,06	+2,65	+4,54	-2,17	+9,94

Quellen: VGR, IAB, eigene Berechnungen.

**Tabelle III: Fortsetzung**

	Arbeits- vol.	St.Lohn	Lohnsumme		Abschreibungen		Steuern / Subventionen			Einkommen aus U & V			
	MrdSt	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.	konst.Pr.	Pr.Index	lauf.Pr.
1960	35,93	6,97	47,10	117,97	52,03	42,74	22,24	107,19	30,93	33,15	168,76	57,47	96,99
1961	36,18	7,64	48,19	133,23	57,05	44,82	25,57	109,38	33,01	36,11	161,68	62,19	100,55
1962	35,85	8,19	50,48	148,25	62,38	47,24	29,47	103,32	35,05	36,21	173,15	61,85	107,10
1963	35,47	8,56	52,05	158,11	67,73	48,74	33,01	106,45	37,14	39,53	170,65	63,20	107,84
1964	35,93	9,06	53,26	173,28	73,15	50,24	36,75	114,50	38,26	43,81	182,20	65,43	119,22
1965	36,28	9,59	55,07	191,54	78,85	51,79	40,84	114,45	40,08	45,87	193,14	66,30	128,06
1966	35,71	10,06	57,00	204,84	84,49	53,28	45,02	117,88	41,67	49,12	193,06	68,22	131,71
1967	33,39	10,43	57,85	201,57	89,43	53,25	47,62	121,86	42,12	51,32	190,75	69,75	133,05
1968	33,66	11,01	58,57	216,97	93,94	53,73	50,47	121,86	43,38	53,27	190,75	70,17	133,05
1969	34,48	11,83	59,78	243,98	99,11	55,17	54,68	121,86	46,61	58,00	200,00	71,17	134,31
1970	34,98	13,48	61,71	291,05	105,46	60,52	63,82	121,86	48,91	51,77	200,00	71,17	134,31
1971	34,86	14,43	64,86	326,09	112,57	64,57	72,69	121,86	51,77	53,27	200,00	71,17	134,31
1972	34,44	15,19	68,36	357,59	119,64	66,85	79,98	121,86	58,00	60,16	200,00	71,17	134,31
1973	34,37	16,09	72,95	403,40	126,45	70,05	88,58	121,86	61,49	60,16	200,00	71,17	134,31
1974	33,34	16,88	77,90	438,45	132,09	75,49	99,72	121,86	67,06	60,16	200,00	71,17	134,31
1975	31,47	17,37	82,61	451,48	136,53	79,54	108,60	121,86	74,55	60,16	200,00	71,17	134,31
1976	31,98	17,68	86,35	488,14	140,77	82,63	116,32	121,86	78,86	60,16	200,00	71,17	134,31
1977	31,65	18,49	89,37	523,18	145,27	85,56	124,30	121,86	81,88	60,16	200,00	71,17	134,31
1978	31,48	19,37	91,67	558,78	150,14	89,22	133,95	121,86	85,55	60,16	200,00	71,17	134,31
1979	31,81	19,95	95,05	603,34	155,66	93,80	146,01	121,86	88,99	60,16	200,00	71,17	134,31
1980	32,11	20,42	100,00	655,58	161,67	100,00	161,67	121,86	93,66	60,16	200,00	71,17	134,31
1981	31,61	20,31	106,28	682,10	167,34	104,78	175,34	121,86	100,00	60,16	200,00	71,17	134,31
1982	31,12	19,91	112,08	694,45	172,12	108,55	186,83	121,86	104,76	60,16	200,00	71,17	134,31
1983	30,31	20,11	115,58	704,47	177,33	110,74	196,38	121,86	37,01	60,16	200,00	71,17	134,31
1984	30,19	20,47	118,48	732,30	182,26	113,11	206,16	121,86	107,91	60,16	200,00	71,17	134,31
1985	29,94	21,02	120,77	760,03	186,99	115,17	215,35	121,86	112,72	60,16	200,00	71,17	134,31
1986	30,12	21,97	120,53	797,40	191,41	116,86	223,68	121,86	35,62	60,16	200,00	71,17	134,31
1987	30,14	22,79	120,65	828,78	196,40	117,95	231,66	121,86	38,77	60,16	200,00	71,17	134,31
1988	30,47	23,24	121,98	863,97	202,04	119,69	241,83	121,86	40,89	60,16	200,00	71,17	134,31
1989	30,62	23,60	125,48	906,73	209,06	122,98	257,11	121,86	39,34	60,16	200,00	71,17	134,31
Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten (%)													
1975-79	+0,06	+3,76	+3,46	+7,41	+3,32	+4,15	+7,61	-2,42	+4,37	+1,84	+5,36	+3,53	+9,08
				+3,82*									
1982-89	-0,10	+2,75	+1,33	+4,01	+2,73	+1,68	+4,46	+0,56	+2,06	+2,63	+2,63	+3,53	+7,39
				+2,65*									

\*) Reallohnsumme

**Tabelle IV: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen  
(ohne den Staat) Mrd. DM**

	Nettoeink. U & V (1)	Rechn. U.-lohn (2)	Nettoeink. bereinigt (3)	Konsum ./. Erspar. (4)	Außen- beitrag (5)	Überschuß des Staates (6)	Saldo übrig. Welt (7)	Netto- inv. (8)
1960	73,37	35,95	37,42	2,15	7,64	20,00	- 3,18	50,81
1961	72,62	39,29	33,33	0,76	7,44	24,21	- 3,87	53,21
1962	74,59	42,45	32,14	1,59	4,58	24,39	- 4,53	54,89
1963	75,91	43,07	32,84	4,22	5,88	22,55	- 4,82	50,11
1964	85,50	45,67	39,83	4,51	6,48	26,23	- 5,20	60,27
1965	94,14	48,77	45,37	1,93	1,30	20,44	- 6,18	68,76
1966	96,81	51,23	45,58	2,35	8,25	21,80	- 6,20	62,98
1967	98,22	50,99	47,23	1,69	17,99	13,51	- 6,43	47,49
1968	114,04	51,18	62,86	9,02	19,32	17,60	- 7,45	59,57
1969	121,26	52,85	68,41	15,95	16,73	33,49	- 9,07	78,29
1970	135,07	57,39	77,68	19,18	13,73	36,14	-10,35	91,26
1971	142,14	60,94	81,20	23,29	13,69	38,05	-12,17	94,44
1972	156,95	64,55	92,40	24,32	16,54	34,60	-14,72	100,86
1973	162,66	66,99	95,67	27,69	26,99	51,29	-16,64	108,92
1974	160,58	69,67	90,91	19,54	42,92	33,71	-17,35	79,51
1975	174,98	73,14	101,84	25,72	27,55	-11,35	-19,19	56,41
1976	203,74	72,62	131,12	46,72	24,63	9,64	-19,00	88,41
1977	205,23	73,14	132,09	55,63	27,77	21,06	-19,57	89,32
1978	231,66	79,22	152,44	62,58	31,20	18,75	-19,38	96,79
1979	252,99	81,49	171,50	72,84	7,02	20,13	-22,44	134,21
1980	253,90	84,36	169,54	85,55	- 9,23	17,70	-23,99	134,91
1981	259,98	86,73	173,25	86,34	11,08	- 3,45	-27,71	100,09
1982	273,19	87,97	185,22	86,82	38,29	- 4,64	-28,95	84,42
1983	324,66	89,30	235,36	124,93	32,45	0,40	-26,67	105,05
1984	360,76	91,31	269,45	157,50	40,81	11,22	-32,53	114,89
1985	377,75	92,65	285,10	169,99	66,39	22,89	-32,75	104,36
1986	418,13	96,15	321,98	159,09	101,20	19,93	-29,50	111,12
1987	443,45	96,68	346,77	165,54	101,58	7,32	-31,06	118,03
1988	491,69	99,47	392,22	167,92	109,64	- 1,04	-33,42	147,04
1989	515,33	99,76	415,57	206,15	117,73	52,48	-38,53	182,70
% Veränd. p. a.								
1975-79:	+9,04	+3,08	+12,67	+26,80	-22,10	-	-3,38	+20,01
1982-89:	+9,00	+1,96	+11,43	+9,49	+22,59	-	-3,49	+8,99

(1) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ohne den Staat

(2) Nettolohn der abhängig Beschäftigten multipliziert mit dem Arbeitsvolumen der Selbstständigen und Mithelfenden.

= (1) - (2).

(3) Konsum der Unternehmenshaushalte abzüglich der Ersparnisse der Nichtunternehmerhaushalte - als Rest berechnet; d. h. (3)-(5)+(6)-(7)-(8).

(5) Saldo der Einfuhr und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen.

(6) Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben, bereinigt um die Nettoinvestitionen und ohne Vermögensübertragungen.

(7) Saldo der Einkommensübertragungen aus der bzw. an die übrige Welt.

(8) Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen zuzüglich Vorratsveränderungen minus Abschreibungen.

Quelle: VGR, IAB, eigene Berechnungen.



# PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Alberstraße 12 B · W-2800 Bremen 1 — Kopenhagener Straße 48 · O-1058 Berlin

Rudolf Hickel, Jan Prieue

## Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung der Wirtschaft

PIW-Studie Nr. 5, Bremen 1990, 90 Seiten, DM 18,- (ISBN: 3-925139-11-7)

Heiner Heseler, Rudolf Hickel

## Der maritime Sektor im Umbruch – Wirtschaftsstrukturelle und beschäftigungspolitische Vorschläge für die Region Rostock

PIW-Studie Nr. 6, Bremen 1990, 100 Seiten, DM 25,- (ISBN: 3-925139-12-5)

### Neuerscheinungen im Mai '91

Hildegard Kaluza, Bernhard Pollmeyer, Gerd Tehter

## Kommunale/regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Ein Leitfaden für die Praxis

Bremen 1991, ca. 184 Seiten, DM 20,- (ISBN: 3-925139-13-3)

Jörg Goldberg

## Die deutsche Bauwirtschaft nach der Strukturkrise.

## Eine Bestandsaufnahme an der Schwelle des EG-Binnenmarktes

Bremen 1991, ca. 200 Seiten, ca. DM 48,- (ISBN: 3-925139-14-1)

Joachim Eisbach

## Die Entwicklung der zehn größten deutschen Bauunternehmen in ihren Jahresabschlüssen

Bremen 1991, ca. 120 Seiten, ca. DM 37,- (ISBN: 3-925139-16-8)

Gerd Syben, Annegret Tügel, Bert Warich, Dietmar Zoll

## Situation und Perspektive von Baubetrieben in Regionen der ehemaligen DDR beim Übergang zur Marktwirtschaft

Bremen/Berlin 1991, ca. 100 Seiten, ca. DM 18,- (ISBN: 3-925139-17-6)

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder direkt beim

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung · Alberstr. 12 B · 2800 Bremen 1

## DIE GRÜNEN

## Der Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Mitbestimmung (incl. Montanmitbestimmung) und zur ökologischen Mitbestimmung in Unternehmen

ist demnächst als Broschüre über die Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Postfach 1422 gegen die Einsendung von Briefmarken im Wert von 5,- DM zu beziehen.

# mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

mehrwert Heft 32

## Freie Produktionszonen in der Dritten Welt – Entwicklung oder Ausverkauf?

mit Beiträgen von:

Eberhard Liebau, Philip Wahnschaffe, Regina Schmidt, Karin Stöckigt, Waltraud Waidelich, Bernd Druve, Susanne Hinz

Erscheint im Dezember 1990

mehrwert Heft 33

## Genossenschaften in Ungarn Cooperatives in Hungary – Issues, Debates, Comparisons

Erscheint im Januar 1991

## KURSWECHSEL

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Jahresprogramm 1991

### Heft 1: Grundeinkommen

zwischen gesellschaftspolitischer Utopie, sozialpolitischer Resignation und Verteilungskonflikt

### Heft 2: Frauenpolitik

Herausforderungen und Perspektiven

### Heft 3: Die Autorepublik

Bedeutung des Autos für Wirtschaft, Politik und Selbstverständnis in Österreich

### Heft 4: Das Problem der Macht

in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

Preis Einzelheft DM 12,- (zuzügl. Porto)

Normalabonnement DM 38,-

Studentenabonnement DM 26,-

Bestellungen an: BEIGEWUM

A-1060 Wien, Mariahilferstr. 105/2/13

„In diesem Buch haben die Autoren den Extrakt unserer Erfahrungen aus über einem Jahrzehnt bremischer Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Diese Erfahrungen und unsere Konzepte sind begehrt in den neuen Bundesländern“, erklärte Bremens Bürgermeister und Arbeitssenator Klaus Wedemeier bei der Präsentation dieses Handbuches über die Methoden kommunaler Arbeitsmarktpolitik. Geschrieben worden ist es für die Kommunalverwaltungen, Arbeitsämter, Kammern, Arbeitgeber und Gewerkschaften in den neuen Bundesländern, die wissen wollen, wie aktive Arbeitsmarktpolitik funktioniert. Mit Sicherheit ist das Buch aber auch interessant für die Verantwortlichen der Arbeitsmarktpolitik in den alten Bundesländern, da Bremen in der Bundesrepublik einen Spitzenplatz einnimmt, was Arbeitsbeschaffungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angeht.

„Die im Buch aufgeführten Beispiele von Projekten, die wir im Land Bremen ins Leben gerufen haben, zeigen, daß die Kenntnis von Verwaltungsstrukturen und das Wissen um Geldtöpfe nicht ausreichen. Gefordert sind auch Kreativität und Phantasie“, sagte Wedemeier.

Die Autoren des Buches, Hildegard Kaluza, Bernhard Pollmeyer und Gerd Tehler, sind seit mehreren Jahren beim Senator für Arbeit verantwortlich tätig in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Berufsförderung. Bis in Feinheiten hinein haben sie in dem Buch dargestellt, wie z.B.

Drittmittel aus Programmen des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der Europäischen Gemeinschaft eingeworben und effektiv genutzt werden. Der Aufbau von effizienten Verwaltungsstrukturen wird ebenso erläutert wie die Förderung und Unterstützung von geeigneten Trägern für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Breiten Raum nimmt zudem die Erklärung des umfangreichen und für Außenstehende nur schwer zu durchschauenden Instrumentariums ein, mit dem Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslose in zukunftsträgigen Berufen qualifiziert werden können.

2.000 Exemplare dieses Handbuches gibt das Land Bremen im Rahmen der Aufbauhilfe kostenlos an das Land Mecklenburg-Vorpommern weiter. Brandenburgs Arbeitsministerin Regine Hildebrand will in ihrem Land 1.000 Exemplare verteilen.

FREIE HANSESTADT BREMEN



DER SENATOR FÜR ARBEIT

Hildegard Kaluza · Bernhard Pollmeyer · Gerd Tehler

## Kommunale / regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Ein Leitfaden für die Praxis

# PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

184 Seiten, DM 20,- (ISBN: 3-925139-13-3)

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder direkt beim  
Progress-Institut für Wirtschaftsforschung - Albersstr. 12 B - 2800 Bremen 1

**Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik**

# **MEMORANDUM '91**

**Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos –  
Aufbaupolitik in Ostdeutschland**

268 Seiten, DM 24.–

ISBN 3-89438-014-4

Das MEMORANDUM '91 setzt sich mit der sozialen und ökonomischen Lage im vereinigten Deutschland auseinander. Nach der weltwirtschaftlichen Situation und der konjunkturpolitischen Entwicklung in Westdeutschland werden die mittelfristigen Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft dargestellt. Ausführlich wird die Umbruch- und Strukturkrise in den neuen Bundesländern behandelt. Die VerfasserInnen untersuchen die Politik der Treuhandanstalt und formulieren Alternativen. Sie kritisieren die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und entwerfen ein umfangreiches "Zukunftsprogramm deutscher Integration", das mit konkreten Finanzierungsmöglichkeiten verbunden ist.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag

# **PapyRossa Verlag**

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40

# MEMO-FORUM

## Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

### Nr. 4, Oktober 1984 (88 S.)

- Pro und Kontra wertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- **Schwerpunktthema:**  
„Frauenarbeit in der Krise“

### Nr. 5, Februar 1985 (76 S.)

- Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik (II)
- **Schwerpunktthema:** Gibt es technologische Arbeitslosigkeit?

### Nr. 6, Juni 1985 (70 S.)

- Entkopplung von Arbeit und Einkommen?  
— Zur Diskussion über Mindesteinkommen
- **Schwerpunktthema:** Vergesellschaftung

### Nr. 7, November 1985 (110 S.)

- Grundzüge arbeitnehmerorientierter Kommunalpolitik in Großbritannien
- Frauen als Arbeitsmarktreserve oder Gewinner der Krise?
- Ansätze alt. Verfassungsinterpretation als Element zur demokratischen Umgestaltung
- Selbstkostenpreisbildung — ein Mittel zur Kosten- und Preissenkung bei Rüstungsgütern?
- Wege zur Vollbeschäftigung: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen für Österreich
- Rüstungsausgaben und wirtschaftliche Stagnation — zur Position der Memoranden

### Sonderheft Nr. 2, Februar 1986 (82 S.)

#### 10 Jahre Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

— Erfahrungen, Wirkungen, Aufgaben — mit Beiträgen von Jörg Hufschmidt, Rudolf Hickel, Herbert Schui, Margit Scherb, Michael Müller, Hubert Kleinert, Delfel Henschke und Heinz Jung Buchbesprechung

### Nr. 8, Juli 1986 (68 S.)

- Profitratenentwicklung und Krisenzyklus
- Zum wirtschaftspolitischen Leitansatz der SPD
- Regionale Disparitäten und Süd-Nordgefälle
- Bestellung von Sachverständigen nach § 80 (3) Betriebsverfassungsgesetz
- Selbstorganisationen — zu einigen Rezeptionsdefiziten der Memoranden

### Nr. 9, Oktober 1986 (88 S.)

- Stellungnahme: Die Werten haben eine Zukunft — Alternativen zum Arbeitsplatzabbau
- **Schwerpunktthema: Sozialpolitik**  
Sozialpolitische Umverteilung und private Produktion; Grundsicherung statt Erwerbsbeteiligung?; Krankenversicherung und Gesundheitspolitik; Bevölkerungsentwicklung und Alterssicherung
- Begriff, Ideologie und Bedeutung des kapitalistischen Privateigentums — Zur Kontroverse um die Forderung nach Vergesellschaftung

### Nr. 10, Dezember 1986 (72 S.)

- **Sondermemorandum** — Vor dem Abschwung: Schönfärberei und wirtschaftspolitisches Versagen
- Weiterhin Vorrang für die militärische Aufrüstung
- Wirtschaftsrecht in der ökonomischen Krise
- Alles wieder im Lot? — Anmerkungen zum West-Berliner „Wirtschaftswunder“

### Nr. 11, Juni 1987 (112 S.)

- Stellungnahme: Gegen Massenentlassungen und regionale Zerstörung: Gesellschaftliche Steuerung der Stahlindustrie — Vorschläge zur Sicherung der Stahlstandorte
- Ökologischer Umbau der Wirtschaft — Strategien einer neuen Strukturpolitik
- Beschäftigungs- und Qualifikationsprogramme gegen Berufs- und Arbeitsnot junger Menschen
- Überlegungen zur materiellen Grundsicherung von Frauen
- Privatisierung der Bundespost verfassungswidrig?

### Nr. 12, August 1988 (112 S.)

#### Schwerpunktthema: Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft

### Nr. 13, Oktober 1988 (112 S.)

- **Sondermemorandum** — Schuldenerlaß statt Erpressung
- Stellungnahme zum Zweiten Schiffsregister
- Kurzgutachten zu den fiskalischen und regionalen Auswirkungen der Kooperation Krupp-Mannesmann
- Die Macht der Elektrizitätsunternehmen
- Markt und Staat in Europa
- Europäische Währung und Zentralbank

### Nr. 14, September 1989 (80 S.)

- Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der BRD
- Stellungnahme zur Abschaffung der „Quellensteuer“
- Ansätze interventionistischer Politik in der deutschen Finanzwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts
- Automobilindustrie und Freihandel — ein Mythos
- Besser leben und gesünder essen
- Spekulationskapitalismus oder Produktivkraftschub?

### Sonderband 1, Jan. 1990 (330 S.) DM 14,—

#### „Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik“

Tagungsband eines Symposiums an der Wirtschaftsuniversität Wien

### Nr. 15, März 1990 (88 S.)

- Stellungnahme zur 5. Kartellgesetznovelle
- Das „Stabilitätsgesetz“ — Kritik und Alternativen
- Handlungsspielräume europäischer Umweltpolitik
- Eckpunkte eines CO<sub>2</sub>-Reduktionsplans für die BRD
- Diskussionsforum zur expansiven Finanzpolitik

### Nr. 16, Mai 1990 (96 S.)

- **Sondermemorandum** — Sozial-ökologisches Sofortprogramm: Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion aufzeigen
- „Stadtwerke der Zukunft“ — Energiedienstleistungsunternehmen am Beispiel Bremen